Wildcat

81

Mai 2008

kostet €4,-
(im Ausland €5,-)

HAUS WEG
FAMILIE KAPUTT

HAU'S WEG.

Infoladen
Coburger Str. 3 · 04277 Le
Telefon (0341) 3 02 65 0
www.nadir.org/infoladen_lei

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

80-seitige Beilage
»Mai'68 in Frankreich«

Kein Mensch ist legal +++ Kritik der Familie +++ Streikwelle in Polen +++ Dacia-Streik in Rumänien +++ Brotunruhen in Ägypten +++ Interview zur aktuellen Situation in China +++ Loren Goldner: Die südkoreanische Arbeiterklasse +++ Sergio Bologna: Béla Bartók – Eine Lektion in Demokratie +++ u.v.m.

Der französische Mai ,68: **Eine verpasste Gelegenheit der Arbeiterautonomie**

Kraushaar, Aly, Koenen und andere Renegaten geifern seit Monaten auf niedrigstmöglichem Niveau gegen »'68«. Ihr Hass richtet sich gegen zwei Dinge: gegen den tiefen Egalitarismus der »'68er« und gegen ihre (öffentlich praktizierte!) Hoffnung auf ein besseres Leben. »'68« ist jedenfalls wieder virulent! Nach 40 Jahren gibt es ein ernsthaftes Interesse einer neu entstehenden revolutionären Bewegung an »'68«: Was können wir aus den Erfahrungen, die 1968 ff. weltweit gemacht wurden, heute lernen? Die am »Mai der Arbeiter« in vorderster Front beteiligten Genossen schlagen dazu vor, den »größten Generalstreik im 20. Jahrhundert« erstmal vom Sockel der Mythen zu holen. Denn im Vergleich zu neun Millionen Streikenden war das Ausmaß an »Arbeiterautonomie« sehr gering. Die große Masse »streikte zuhause«. Und die aktiven ArbeiterInnen haben zu wenige Verbindungen untereinander aufgebaut, um aus dem Würgegriff von Gewerkschaften und stalinistischer Partei auszubrechen. Trotz einer geradezu explodierenden Kreativität auf Massenebene und trotz einiger innovativer organisatorischer Ideen (Aktionskomitees) gelang es der Bewegung nicht, die Dominanz der Stalinisten und des dahinter stehenden Staatsapparats zu überwinden. So konnte die KPF/CGT den Generalstreik benutzen, um die radikaleren Ansätze von Arbeiterautonomie zu ersticken. Kein Anlass für Pessimismus, sondern Grund, es beim nächsten Mal besser zu machen. Dabei mag auch ein Blick auf autonomen Streiks und Kämpfe helfen, die im Gefolge des Mai und außerhalb und gegen die Gewerkschaften Anfang der 70er Jahre in Frankreich liefen.
In den Jahren danach wurde der französische »Mai der Arbeiter« mystifiziert; heute wird seine revolutionäre Bedeutung auch dadurch geleugnet, dass man komplett unterschlägt, dass damals überhaupt ArbeiterInnen auf der Straße waren.
In der Broschüre wird die damals ausbrechende große Lust am Streiken, der gewaltige Ausbruch gegen den repressiven Fabrikalltag und den miefigen Gaullismus deutlich.
All das waren Gründe, die Broschüre zu übersetzen und der Wildcat beizulegen. Außerdem organisieren wir **zwei Veranstaltungen** in der BRD mit einem Genossen von Mouvement Communiste und den beiden damals beteiligten Genossen:

- am **Freitag, 6. Juni 2008**, um 20 Uhr im Buttclub, Hafenstraße 126, Hamburg-St.Pauli.
- am **Sonntag, den 8. Juni 2008,** um 11 Uhr in der Medien Galerie in Berlin, Dudenstraße 10 (U-Bahnhof Platz der Luftbrücke)

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial 3

Streik der Eisenbahner 5

Lauter, selbstbewusster, unverschämter – Der Streik bei Dacia-Renault in Rumänien 7

Wie machen wir's öffentlich? Das steht in keiner Zeitung 9

Hungerburgbahn Talstation besetzt 13

Die ersten offensiven Streiks Polen: Nachschlagbewegung im öffentlichen Dienst 15

Morgenröte nach der langen Nacht des »Arabischen Sozialismus«? Eine Welle von Arbeiterkämpfen in Ägypten 21

»Das ist hier wie ein Knast...« Interview mit einem Redakteur der China-Beilage von Wildcat 80 24

Die südkoreanische Arbeiterklasse: Vom Massenstreik zu Deregulierung und Rückzug 27

Arbeit braucht Familie – Familie macht Arbeit 32

Kein Mensch ist legal 37

Béla Bartók – eine Lektion in Demokratie 40

»Wir wussten nicht, wer mehr Angst vor einem Streik hat: Schäuble oder Bsirske?«

(Mitglieder der Großen Tarifkommission von ver.di)

Bsirske hatte die Große Tarifkommission vor der letzten Verhandlungsrunde in Potsdam mit einer Rede darauf eingeschworen, es dürfe nicht nochmal passieren, was der *ÖTV* im großen Streik 1992 passiert war! Sie hatte bestimmte Betriebe und Abteilungen zum Streik aufgerufen – und dann waren auch andere rausgegangen – und nicht mehr rein!

Diese Gefahr drohte diesmal sehr stark. Die Leute haben die Schnauze voll von dauernden Verschlechterungen, viele waren heiß auf Streiken; es ging ihnen nicht nur um Lohnerhöhungen, sondern auch darum, die eigene Wut öffentlich zu machen und auf die Straße zu tragen.

Auch Schäuble hatte Schiss, weil er die Situation *politisch* einschätzte – deshalb war er bereit zu einem finanziell hohen Angebot, gegen den Widerstand der Gemeinden. Da ist es dann keine »Geldfrage« mehr! Klassenkampf schafft Geld – macht aus Deflation Inflation (siehe die fast zehnprozentige Inflation in China und das update zur China-Beilage **Seite 25**).

»Auf welcher Basis lebt eigentlich die Gewerkschaftsführung?«

(Frage eines Busfahrers bei einer Diskussionsveranstaltung von KollegInnen unterschiedlicher Bereiche des Fahrpersonals in Berlin Ende März)

Vielleicht lässt sich die Frage so beantworten: Das Verhältnis der Gewerkschaft zu ihrer »Basis« kippelt auf schmalem Grat. Noch beim Streik im Öffentlichen Dienst vor zwei Jahren hielten die Funktionäre den kampfwilligen Betrieben in Stuttgart die »Nicht-Mobilisierbarkeit in der Fläche« vor Augen – und das war nicht gelogen, Ver.di hatte wirklich große Mobilisierungsprobleme. Diesmal war es umgekehrt. In Berlin musste *Ver.di* bei der *BVG* zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder Streiks »übernehmen«, weil sonst deutlich geworden wäre, dass es »wilde«, unabhängige Streiks sind. Das muss kein riesiges Problem, kann sogar Gewerkschaftsroutine sein – es markiert dennoch einen Wendepunkt, weil die größte Schwäche der bisherigen Streiks war, dass sie von der Gewerkschaft ausgelöst wurden und unter ihrer Kontrolle blieben. Durch das »Übernehmen« verhindert eine Gewerkschaft nicht nur, dass Streikende sanktioniert werden, weil sie »illegal« streiken – sie verhindert vor allem, dass die Tatsache öffentlich wird, dass ArbeiterInnen von sich aus gestreikt haben! Denn ein großes Problem entsteht für die Gewerkschaften dann, wenn Leute Streiks »ungefragt« aufnehmen! (***»Machen wir es wie die bei der BVG!«*** – siehe Artikel über Öffentlichkeit **Seite 10**)

Deshalb hat *ver.di* den angesagten »heißen Tanz im Öffentlichen Dienst« kleingehackt – Mitte April sieht es nun so aus, als müssten die VerkäuferInnen zu Kreuze kriechen (monatelang hatte man ihnen versprochen »nach Ostern steht ihr mit dem ganzen Öffentlichen Dienst zusammen im Streik!«) – und die Postler ggf. alleine streiken...

Ähnlich bei der IG Metall. Der *BSH*-Streik war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Der zuständige *IGM*-Sekretär hatte den *BSH*-Arbeitern am Ende gedroht: »Wenn Ihr jetzt nicht reingeht, werden wir keinen Betrieb mehr zu einem Streik für einen Sozialtarifvertrag rausrufen!« Obwohl die *BSH*-ArbeiterInnen damals den Streik beendeten, lässt die *IGM* seither nicht mehr für Sozialtarifverträge streiken. Sondern führt unwürdige Schauspiele auf wie im Fernsehen weinende *Nokia*-ArbeiterInnen. Um einen Streik zu verhindern, wurden am Verhandlungstisch ähnlich hohe Abfindungen wie bei *AEG* und *BSH* erreicht (siehe den Artikel zu Abfindungen in der *Wildcat* 79!). Das hatte zudem den Vorteil, dass der Umsatz von *Nokia* nicht zweistellig einbrach, wie es bei *AEG* und *BSH* der Fall war.

Überhaupt schafft es die *IGM* bisher hervorragend, den Exportweltmeister-Standort zu pflegen. Keine Streiks in den zentralen Exportbranchen! Ein kurzer Warnstreik beim Stahl, ein schneller Metall-Abschluss trotz hoher Tarifforderungen der »Basis« – ähh, wie war das nochmal mit der Basis? Geduld, erklären wir gleich nochmal anhand des Lokführerstreiks und der *GDL*. (**Seite 5**)

Im Leitartikel der *Wildcat* 79 hatten wir geschrieben, »in Osteuropa beeinträchtigt der Arbeitskräftemangel bereits das Wachstum des Bruttosozialprodukts.« Das führt inzwischen zu steigenden Löhnen und neuem Selbstwusstsein, das sich in Streikwellen ausdrückt. Der Streik bei Dacia in Rumänien (**Seite 7**) hat zu starken Lohnerhöhungen geführt – und die Streiks im Land gehen weiter! Das gilt auch für die Streikwelle im Öffentlichen Dienst in Polen, die ersten offensiven Streiks seit 20 Jahren. (**Seite 16**)

Hat jemand von uns in seinem politischen Leben schon eine solche Phase von sich weltweit ausbreitenden Kämpfen erlebt? Revolten gegen die »Nahrungsmittelkrise« in Haiti, Bangla Desh, Mexiko, Peru, Mauretanien, Senegal, Kamerun, Mosambik, Jemen, Indien usw. usw. Gleichzeitig breite Arbeiterunruhen in Vietnam, in Ägypten. Wir haben noch ganz schnell drei Seiten subjektive Eindrücke über Ägypten geschrieben (**Seite 22**) und werden im nächsten Heft ausführlich auf die Entwicklung der Kämpfe in diesem Land eingehen. Da ist der Bericht von Loren Goldner aus Südkorea (**Seite 28**) beinahe schon ein Rückblick!

Apropos »noch ganz schnell«. Nicht nur Ägypten, auch die Berichte zu *Dacia* und Polen sind sozusagen Stunden vor Druckbeginn geschrieben bzw. nochmal aktualisiert worden. So ist ein Heft mit einem starken Schwerpunkt auf »Streikberichte« entstanden – was gar nicht vorgesehen war, uns aber natürlich freut. Obwohl das Heft schon vier Seiten mehr hat als geplant, war so fast kein Platz mehr für Bilder. Außerdem macht sich besonders bemerkbar, dass eine grundsätzliche Auseinandersetzung über Gewerkschaft fehlt (die wir zunächst für das Heft geplant hatten!). Auch in Bezug auf die Streiks in Osteuropa: Der Streik bei *Dacia* sah aus der Ferne sehr massiv und wild aus, mit starken Lohnforderungen. Zwei GenossInnen sind hingefahren, was sie dann aus nächster Nähe berichten, klingt anders.

Und nicht nur in Osteuropa sitzen die Gewerkschaften institutionell wieder fester im Sattel. In den letzten Wochen und Monaten brauchte man nicht mehr in linken Medien recherchieren: Alle Presseorgane berichteten seitenweise über miese Machenschaften bei *Aldi, Lidl, Pin, Siemens*... Überall wurde Propaganda gemacht für »richtige« Gewerkschaften und Betriebsräte, wurden sogenannte »christliche« und »unabhängige« Gewerkschaften enttarnt. Und (fast) alle schlossen sich der Forderung nach Mindestlöhnen an.

Da passt es gut...

dass sich unser Artikel zu Öffentlichkeit und öffentlichem Subjekt mit der Frage von bürgerlicher Öffentlichkeit und proletarischer Erfahrung auseinandersetzt! 1972 schrieben Negt/Kluge: »An den vorherrschenden Interpretationen des Begriffs Öffentlichkeit fällt auf, dass Öffentlichkeit eine Vielzahl von Erscheinungen zusammenzufassen sucht, die zwei wichtigsten Lebensbereiche aber ausgrenzt: den gesamten industriellen Apparat des Betriebes und die Sozialisation in der Familie.« Da passt es gut, dass unser Artikel zur Kritik der Familie genau diesen beiden Bereiche zusammen zu diskutieren versucht! (**Seite 33**) Was als »Rütlischule« und »zu wenige Akademikerkinder« diskutiert wird, ist was letzteres betrifft sowieso eine Lüge und verdeckt insgesamt ein reales Problem des Kapitalismus in seinen Metropolen: die proletarische Familie reproduziert die Arbeiterklasse nicht mehr. Deshalb sind die Anmerkungen im Heft zwar »subjektiv«, aber sehr viel zentraler zum Thema als die bisherige »öffentliche Debatte«

Und dann haben wir sogar einen dritten Artikel zur »Ideologiekritik«: *Kein mensch ist legal.* Er ist in Diskussion mit einem Genossen in Großbritannien entstanden. (**Seite 38**)

Die Linke hat wieder begonnen, sich auf »soziale Frage«, »Arbeitskämpfe« usw. zu beziehen – das muss nicht automatisch gut werden: Die »proletarische Wende« der deutschen Studentenbewegung 1969 hatte nicht nur groteske Züge, etwa wenn die K-Gruppen ihren Mitgliedern Bier statt Wein, Kurzhaarschnitt und die »proletarische Ehe« empfahlen – während die ProletarierInnen gerade aus der Ehe flohen, französischen Käse und Wein entdeckten, lange Haare und Rockmusik zelebrierten! Sondern sie erstickte auch eine anti-autoritäre, breite soziale Revolte im Muff des leninistischen Partei-Aufbaus und schnitt ihr damit gerade die vielversprechenden Verzweigungen mit den sozialen Ausbrüchen in der Arbeiterklasse ab. Viele der K-Gruppen-Kader sind heute *IGM*-Vorsitzende, Gesundheitsministerin, *Telekom*-Personalchef und ähnliches geworden. Aber auch Leute aus der damaligen Sponti-Szene haben es zum Außenminister, Europa-Abgeordneten und dergleichen gebracht; nur der Renegat Götz Aly hat es bisher einzig zu einem Bundesverdienstkreuz gebracht – er radikalisiert folglich die aktuelle Debatte über die »68er«, indem er ihnen vorwirft, eigentlich Nazis gewesen zu sein.

Aber auch die ernsthaftere Erinnerungsarbeit zur 68er Bewegung (in der *BRD* und weltweit) und zum Mai 68 (speziell in Frankreich) kommt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ohne die ArbeiterInnen in Frankreich aus. Während aus der linksgewerkschaftlichen Ecke weiterhin die Leier dröhnt »wir« müssten es mal so machen wie in Frankreich, aktuell des öfteren in der Tonart, »bei uns« müsste auch mal ein Generalstreik her. Da passt es gut, dass die Gruppe *Mouvement Communiste* in ihrer Broschüre zum »Mai / Juni 1968« beides leistet: die ArbeiterInnen mit ihren Erfahrungen sind das zentrale Thema; der Mythos vom Generalstreik wird komplett auseinandergenommen. (**Beilage**)

Unsere »Mucke-Redaktion« hat sich immer gegen die kulturelle Abschottung in kleine Scenes aufgelehnt und nach Anzeichen gesucht, dass Szenegrenzen einbrechen. Sergio Bologna sieht in Béla Bártok etwas ähnliches. (**Seite 42**) Was er nicht erwähnt: Bartóks *Allegro barbaro* war das erste Stück auf dem Debutalbum von *Emerson, Lake and Palmer*. Sein Einfluss geht weit über den Jazz hinaus!

Neue Preise – neue Vorstufe

Seit dem letzten Heft haben wir ein neues Druckverfahren; das ist etwas teurer – wir hoffen, dass es auch sichtbar wird! Seit der *Wildcat* 80 haben wir auch den Preis erhöht: Ein Einzelheft kostet jetzt vier Euro. Wir halten aber den Preis für Abos niedrig (drei Euro pro Heft *inkl. Porto*) und wir bieten allen WeiterverkäuferInnen nach wie vor an: ab 8 Heften 2 Euro! Diese Hefte und die Abos geben wir also zum Materialpreis ab.*!*

Viel Spaß und neue Erfahrungen mit diesem Heft !

Eine Gewerkschaft ist

Zum Streik des Fahrpersonals bei der Bahn

Ein Großteil der Fahrpersonale wird vom neuen Tarifvertrag wenig haben. Viele der DB-Töchter fallen nicht unter den Tarif, die Zugbegleiter wurden sowieso ausgeschlossen. Die langen Schichten werden sich kaum verändern, die wöchentliche Arbeitszeit sinkt (ab 1.2.2009!) von 41 auf 40 Stunden. Die Lohnerhöhungen zwischen 7 Prozent und höchstens 15 Prozent werden mit dem Wegfall oder der Kürzung vieler bisherigen Zuschläge bezahlt. 15 Prozent mehr Lohn bekommen Lokführer mit langjähriger Berufserfahrung, für Einsteiger tut sich wenig. Ein Bahnaktivist brachte es auf den Punkt: »Wir haben gewonnen, aber nur an Erfahrung.«

Der Streik der *GDL* brachte endlich mal wieder »volkswirtschaftlichen Schaden«. Und die hohen Lohnforderungen und der Kampf gegen miese Arbeitsbedingungen und *für* Arbeitszeitverkürzung brachten neue Töne in die Tarifauseinandersetzung der letzten Jahre. Offensiv von den eigenen Bedingungen und Bedürfnissen ausgehen – so was wie »Klassenkampf« wurde am Horizont sichtbar! Auch die Kampfformen waren ungewohnt offensiv: der Fern-, Güter- und Nahverkehr wurde teilweise lahmgelegt, die *just in time*-Produktionsabläufe gestört. Die Lokführer demonstrierten ihre »strukturelle Macht«, die sie im Gegensatz zu den viel länger streikenden VerkäuferInnen im Einzelhandel haben. Sie streikten quasi als Stellvertreter und Vorkämpfer und fanden Solidarität und Sympathie in der Bevölkerung.

Nach dem Desaster der IG Metall 2003 um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland war es der erste Streik, der vor allem von ArbeiterInnen aus dem Osten getragen wurde, wobei viele Bahner aus dem Osten im Westen arbeiten. Sie waren als Nicht-Beamten in die *GDL* eingetreten und bildeten das Rückgrat des Streiks, etwa bei den Gleisblockaden mit ICEs in Hamburg und Berlin. Und die ursprüngliche Lohnforderung war genau darauf gezielt, ihren Lohnabstand zu den »westdeutschen Beamten« aufzuholen.

Aber im Verlauf des Streiks zeigte sich: Zwar ließen Unerfahrenheit und geringe Größe der *GDL* Raum für Selbstorganisation, doch auch die muss sich von der Gewerkschaft emanzipieren und braucht dafür Zeit und Lernprozesse. Letztlich blieb es ein gewerkschaftlicher Streik, es gelang der *GDL*, den Deckel drauf zu halten. Sie kämpfte um ihre Existenz als Gewerkschaft. 2002 war sie aus der Tarifgemeinschaft mit *Transnet* und *GDBA* ausgetreten. Die Verschlechterungen der Jahre zuvor waren hauptsächlich zu Lasten ihrer Klientel durchgesetzt worden. In der anstehenden Auseinandersetzung musste sie sich zwangsläufig gegen die »Aufsichtsratsgewerkschaft *Transnet*« profilieren, und dazu gehört auch eine eigene »Basis«.

Die Forderungen orientierten sich an den Bedürfnissen der Lokfahrdienste und Zugbegleitdienste: Anhebung des Einstiegslohns auf 2500 Euro, deutliche und nachholende Lohnerhöhungen, Begrenzung der Schichtlänge auf zwölf Stunden, bessere und längerfristige Schichtplanungen

»Wir nehmen uns das Recht raus, vier Wochen lang die Schnauze zu halten und weder die Betriebsräte noch die Ortsgruppen über den Stand der Verhandlungen zu informieren. Das Mandat haben wir. Wenn ihr wüsstet, unter welchem politischen Druck wir stehen.«
»Und mit dem Druck von unten?«
»Das ist ja noch die einfachste Übung...«

(aus einem Gespräch des zukünftigen GDL-Chefs Weselsky mit Bahnaktivisten und Streikunterstützern)

usw., aber auch die Einbeziehung der Fahrpersonale bei *DB Zeitarbeit* in den Vertrag.

Damit konnte die *GDL* für den (für Sommer 2007 geplanten!) Streik eine hohe Legitimation erreichen. Die zögerliche Streiktaktik machte aber schnell klar, dass aus dem mobilisierten Fahrpersonal eine Verhandlungsmasse für den »eigenständigen Tarifvertrag« zur Sicherung der Existenz der *GDL* werden sollte. Sie hat einen konsequenteren Streik führen müssen, um sich überhaupt den Respekt des Unternehmers zu verschaffen. Kaum war sie in der Verhandlung, wurden die Streiks abgeblasen. Der Abschluss hat sie auf eine »berufsständische« Gewerkschaft zurückgestuft. Sie hat den Rest des Fahrpersonals geopfert, um die »richtigen« Lokführer vertreten zu können. Gegenüber dem *Transnet*-Tarifvertrag haben nur die dienstältesten Lokführer »gewonnen«. Die *GDL* hat konsequenter als die *Transnet* das gemacht, was »die Basis« von »ihrer« Gewerkschaft erwartet.

Die Stärke des Kampfs bestand in der Möglichkeit zur Selbstorganisation

Im Verhältnis zur *IGM* oder zur *ver.di* verfügt die *GDL* nur über einen winzigen gewerkschaftlichen Apparat mit wenig Streikerfahrung und entsprechender Logistik. Die Eisenbahner waren gezwungen, ihren Streik zu organisieren. Der Eisenbahnverkehr erfordert eine hochkomplexe Zusammenarbeit von verschiedensten ArbeiterInnen und Qualifikationen, doch gerade die Fahrpersonale führen diese »kooperierende Arbeit« alleine aus: Ein ICE-Lokführer sitzt auf »seinem« Bock, eine Zugbegleiterin betreut »ihren« Wagen, ein *Railion*-Lokführer zieht alleine in der Nacht viele hundert Meter Güter von Berlin nach Hamburg, und eine S-Bahnfahrerin fährt den ganzen Tag (oder die ganze Nacht) alleine rum. Der Streik war eine Chance, um untereinander in Diskussion zu kommen – und die wurde ergriffen! Erfahrungen wurden ausgetauscht, die eigenen Bedürfnisse ausgesprochen (z.B. zu den Schichtplänen) und gemeinsam überlegt, wie der Streik geführt werden kann. Die persönlichen Kontakte reichten zwar selten über die Meldestellen hinaus, das *Bahnerforum* im Internet etablierte sich aber schnell als bundesweites Kommunikationsforum. Während des Streiks gab es selbst in den großen Städten kein gemeinsames Streiklokal, keine Vollversammlungen. Erst in der letzten Phase des Vollstreiks im November 2007 organisierten sich einige Berliner Bahner mit Unterstützung einen solchen Ort, doch sie hatten nicht mehr die Möglichkeit, als selbstorganisierte Gruppe in den Streik zu intervenieren. Die Selbstorganisierung der Aktivisten konnte sich noch nicht von der Gewerkschaft emanzipieren. So blieb der Streik der Eisenbahner ein Streik der *GDL*.

»Wir haben gewonnen, aber nur an Erfahrung«

Spätestens seit November 2007 rumorte es gegen die *GDL*-Führung, u.a. gegen ihre Streiktaktik und (Nicht-)Informationspolitik. Nach dem Abschluss führten das Streikergebnis und die Streikführung der *GDL* zu einigem Frust unter den Bahnern – aber auch zu Überlegungen, wie das beim nächsten Mal besser laufen kann.

Eine Berliner Gruppe trifft sich seither regelmäßig, organisiert offene Treffen, seit Februar 2008 gibt es die Flugschrift »Standpunkt – von aktiven Mitgliedern der *GDL*«. Außerdem gehen Leute aus diesem Kreis offensiv zu anderen Streiks.

Solche Gruppen werden von der Gewerkschaft kritisch beobachtet und torpediert. So etwa nach der erneuten Streikankündigung für den 10. März 2008. Die Basisaktivisten waren heiß auf den Streik, nach den Diskussionen und Treffen der letzten Wochen wäre er zum ersten Mal »vorbereitet« gewesen. Im Unterschied zur »zersplitteren Streikkultur« 2007 sollte ein zentraler Ort gefunden und die Möglichkeit geschaffen werden, über Ortsgruppen und Schichten hinaus in Kontakt zu kommen. Die *GDL* hatte nichts vorbereitet, eine kleine Gruppe hätte umso mehr erreichen können.

Dann kam der Streik bei der *BVG* (U-Bahn, Busse, Straßenbahn) dazu – der für den 10. März angekündigte Vollstreik bei der Bahn hätte zusätzlich den S-Bahn-Verkehr in der Hauptstadt stillgelegt. Für *GDL* und Bahn war der gemeinsame Streik im Nahverkehr eine Gefahr. Die *GDL* musste beweisen, dass sie in der Lage ist, die Selbstorganisation »ihrer« Basisaktivisten wieder einzufangen. Am Montag, den 10. März ging der Streik der *BVG*ler weiter, doch die S-Bahnen fuhren weiter.

In den aktuellen Streiks werden an der »Basis« wieder Kampferfahrungen gesammelt, wieder »Arbeiterforderungen« (gegen miese Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten) artikuliert (die in den Abschlüssen regelmäßig ignoriert werden). Immer wieder kommt es zu Versammmlungen von »Arbeiteraktivisten« und Gruppen von ArbeiterInnen, die mehr wollen, als mit der Gewerkschaft möglich ist. Ob diese mit dem Ende des Streiks wieder verschwinden oder letztlich nur den Apparat erneuern – oder ob sich diese selbstorganisierte Erfahrung von der Gewerkschaft emanzipieren kann, werden die nächsten Auseinandersetzungen zeigen. ■

Meldestellen funktionieren ähnlich wie die Stechuhr in der Fabrik. Sie sind der Ort, wo die Lokführer, RangierlokführerInnen und Zugbegleiter sich zur Arbeit melden. Hier findet man auch Streckeninformationen und je nach Einsatzort und -zeitpunkt auch KollegInnen.

»Wir haben ganz schön was in Bewegung gesetzt«.
Interview mit zwei Bahnern in: *Wildcat* 80, Dezember 2007

Bahnerforum
www.bahnerforum.de
Das Streikforum wurde vor einem Monat wegen »Unsachlichkeit« geschlossen, doch man kann es weiterhin nachlesen.

Der **Standpunkt** ist derzeit nicht online zu haben, fragt uns bei Interesse.

eine Gewerksch...

Lauter, selbstbewusster, unverschämter

Der Streik bei Dacia-Renault Rumänien markiert einen Wendepunkt

Am 24. März 2008 treten etwa 8000 der insgesamt 13 000 Beschäftigten des *Dacia*-Werks in Rumänien in einen unbefristeten Streik. Unter anderem fordern sie eine Erhöhung ihrer Löhne um 50 bis 70 Prozent. Die Streikenden orientieren sich dabei erstmalig nicht an landesüblichen Löhnen, sondern vergleichen sich mit Arbeitern von *Renault* in der Türkei oder Frankreich, die für die gleiche Arbeit 900 bzw. 2000 Euro erhalten, für die sie selber höchstens 300 Euro bekommen. Der Streik bei *Dacia* ist der größte Kampf im privaten Sektor in Rumänien seit 1989 und könnte der Beginn einer Welle von Streiks für bessere Lebensbedingungen sein.

Drei Tage vor Ort

Tagelang ziehen wir unsere Informationen über den Streik nur aus dem Internet. In einem längeren Artikel im *Tagesspiegel** lesen wir, die Arbeiter vom *Dacia*-Werk wären vom Streik der deutschen Lokführer beeindruckt gewesen. Wir entscheiden uns kurzfristig, selbst hinzufahren und herauszufinden, was dort passiert. Nach zwei Tagen Fahrt – 1700 km, die hinter der rumänischen Grenze nur noch über ermüdende Landstraßen mit viel LKW-Verkehr führen – sind wir nachts um ein Uhr in Pitesti. Unterwegs hingen wir lange Zeit in einem Informationsloch, die Zeitungen von gestern, im Radio kein Wort zum Streik.* Möglich, dass er schon abgebrochen wurde. Abends dann endlich eine Meldung: Das Managment des *Dacia*-Werkes hat das Angebot erneuert. Die Gewerkschaftsführer würden morgen mit den Streikenden das Angebot diskutieren und dann gemeinsam darüber abstimmen. Wir wollen keine Zeit verlieren und fahren noch in der selben Nacht nach Mioveni, einem Vorort von Pitesti, wo sich die *Dacia*-Fabrik auf einem Hügel ausweitet. Auf den riesigen Parkplätzen stehen nur vereinzelt Autos, sonst ist alles still. Ein paar Wachschützer sind unterwegs. Kein Zeichen von Streikposten.

Am nächsten Morgen, Mittwoch und der 17. Streiktag, fahren wir wieder zur Fabrik hoch. Die Parkplätze sind voller PKWs und Firmenbusse. Die Frühschicht ist am Arbeitsplatz. Nur gearbeitet wird nicht, die Bänder stehen still. Vereinzelt kommen Arbeiter aus dem Haupteingang heraus. Der erste, den wir ansprechen, sagt: *»Das Angebot ist mies. Alle sind dagegen. Der Streik wird fortgesetzt.«* Drinnen werde gerade schriftlich (!) darüber abgestimmt.

»In unseren Köpfen ist etwas passiert«

Die wichtigste Forderung der Streikenden ist eine Lohnerhöhung von 550 Lei (148 Euro) monatlich. Außerdem wollen sie eine 5-10prozentige Beteiligung am Profit, eine Erhöhung des Weihnachts- und Ostergeldes (jeweils die Hälfte eines Monatslohns) sowie des Urlaubsgeldes (ein ganzer Monatslohn), eine Erhöhung der Sonderzulagen für schwere Arbeiten um 200 Lei im Jahr sowie 15 Prozent Rabatt beim Kauf eines *Renault*-Fabrikats. In den Gesprächen mit den ArbeiterInnen wird deutlich, dass dies auch schon ihre Schmerzgrenze ist, darunter wollen sie auf keinen Fall gehen. Sie äußern ihre Wut über die stressige Arbeit, das Band stehe nie still, im Rücken die Vorarbeiter, die ständig kontrollieren und antreiben. Das Management will Wochenendschichten einführen, das sogenannte Vier-Schichtsystem mit nur einem freien Wochenende im Monat.

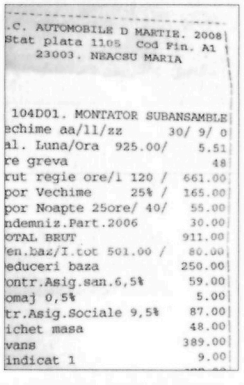
Später sprechen wir eine Gruppe von älteren Arbeitern an, die auf einem der Parkplätze steht, selbstgemachten Wein aus Plastikbechern trinkt und laut diskutiert. Sie sind sofort bereit, uns einiges zu ihrer Arbeit und zum Stand des Streiks zu erklären. *»Wir haben uns lange genug verarschen lassen. In unseren Köpfen ist etwas passiert! Wir haben kapiert, dass wir hier die gleiche Arbeit machen wie Renault-Arbeiter in Frankreich und unsere Löhne so mies sind. Wir sind nicht mehr zweite oder dritte Welt.«*

»Nicht mehr zweite oder dritte Welt!«

Seit 1968 produzierte das Werk auf dem Hügel in Mioveni vor allem den Dacia 1300, in Lizenz von Renault, und war der Stolz des Diktators Ceausescu. Renault übernahm das Werk 1999 und entließ die Hälfte der damals 27 000 Beschäftigten. Seit 2004 wird hier das Billigauto *Dacia Logan* gebaut. Ursprünglich war das Auto für den osteuropäischen Markt gedacht und so gebaut, dass in der Kombiversion hinten ein ganzes Schwein reinpasst. Dann wurde der *Logan* aber auch in Westeuropa aufgrund der sinkenden Einkommen zum Verkaufsschlager. In Deutschland ist er für 7200 Euro zu haben.

* Philipp Lichterbeck im *Tagespiegel* vom 5.4.2008

* In der Tageszeitung *Adevarul* vom 5.4.2008 hieß es, dass die Geschäftsleitung versucht habe. den Streik zu spalten, indem sie Druck auf die jungen ArbeiterInnen mit befristeten Verträgen ausübte. (nachzulesen unter: *http://www.labournet.de/branchen/auto/int/dacia_streik1.html*)


.C. AUTOMOBILE D MARTIE. 2008
Stat plata 1105 Cod Fin. A1
23003. NEACSU MARIA

104D01. MONTATOR SUBANSAMBLE
pchime aa/11/zz 30/ 9/ 0
al. Luna/Ora 925.00/ 5.51
re greva 48
rut regie ore/1 120 / 661.00
por Vechime 25% / 165.00
por Noapte 25ore/ 40/ 55.00
ndemniz.Part.2006 30.00
OTAL BRUT 911.00
en.baz/I.tot 501.00 / 80.00
educeri baza 250.00
ontr.Asig.san.6,5% 59.00
omaj 0,5% 5.00
tr.Asig.Sociale 9,5% 87.00
ichet masa 48.00
vans 389.00
indicat 1 9.00

*Die *SAD – Sindicat Autoturisme Dacia* – gab es bereits in der Zeit vor 1989. Im Zuge des EU-Beitritts musste Rumänien Gewerkschaften auch im privaten Sektor anerkennen und für demokratische Gewerkschaftsstrukturen in den (ehemals) staatlichen Betrieben sorgen. Aktuell sind 80 Prozent der Belegschaft von Dacia in der Gewerkschaft. Der monatliche Gewerkschaftsbeitrag wird direkt vom Lohn einbehalten.

Heute besteht das Werk, einzige Produktionsstätte für den Logan, aus den Einheiten Mechanik (Motoren- und Getriebebau) und Karosserie-Montage (Presswerk, Rohbau, Lackiererei, Montage). Von den rund 13 000 Beschäftigten sind etwa 9000 ArbeiterInnen, der Rest Angestellte. Außerdem hat *Dacia-Renault* eine eigene Entwicklungsabteilung für das Modell Logan vor Ort mit 300 Ingenieuren. Wie uns Arbeiter mitteilten, wird im Motoren- und Getriebebau bereits an neuen, modernen CNC-Maschinen gearbeitet. Im Rohbau, in der Lackiererei und in der Montage wird manuell gefertigt, mit niedrigem Automatisierungsgrad.

Auf dem Gelände befinden sich außerdem Zulieferer, bei denen ebenfalls ein paar tausend Beschäftigte arbeiten. Zum Beispiel produziert *Johnson Controls* Sitze für den *Logan*, *VALEO* macht Kabelbäume. Während des Streiks gab es Zeitungsmeldungen über weitere Zulieferer. Die Firma *Elba* in Timisoara, Produzent von Scheinwerfern, hatte angekündigt, wegen des Streiks schließen zu müssen. Der Zulieferer *Borla Romcat* in der Nähe von Pitesti hätte 60 Prozent seiner Beschäftigten wegen des andauernden Streiks kündigen müssen, da der einzige Auftraggeber wegfiel. *Borla Romcat* stellt die Auspuffrohre für den *Logan* her.

Unterhalb des Hügels, gegenüber vom Knast von Mioveni liegt das Exportzentrum. Dort werden fertige *Logans* wieder zerlegt (*CKD, Completely Knocked Down*), in Kisten verpackt und in andere Montagewerke in Russland, Indien und Marokko verschickt. Auf diese Weise vermeidet man die hohen Einfuhrzölle für Komplettfahrzeuge.

Alte und junge Muncitori

Am nächsten Tag lernen wir auf der Kundgebung in Pitesti Rodica kennen. Sie steht dort mit einer älteren Kollegin, einer Nachbarin aus Mioveni. Auf meine Nachfrage, wie viele Frauen in der Fabrik arbeiten, antworten sie, dass die Hälfte der Beschäftigten Frauen sind. Sie machen die gleiche Arbeit wie die Männer und erhalten auch den gleichen Lohn. Die meisten sind nach der Schule in die Fabrik gegangen. Viele der muncitori (rumänisch: Arbeiter) von *Dacia*, Frauen wie Männer haben inzwischen 20, 30 Jahre und mehr Fließbandarbeit auf dem Buckel. Rodica erhält nach 31 Jahren Betriebszugehörigkeit 253 Euro brutto, nach allen Abzügen bleiben ihr 157 Euro netto. Ihr Mann war auch Arbeiter bei *Dacia*, hat aber 2002 eine Abfindung genommen. Er arbeitet jetzt auf dem Bau und verdient etwas weniger als seine Frau. Ihre beiden Kinder sind schon erwachsen, auch sie mussten gleich nach der Schule arbeiten gehen. Die Tochter lebt mit 28 Jahren noch bei den Eltern, in einer Eigentumswohnung, 60er-Jahre-Neubau in Mioveni. Rodica und ihr Mann haben jahrelang auf Urlaubsreisen ans Schwarze Meer verzichtet und sich einen neuen *Logan* gekauft. Sieben Jahre lang muss Rodica als Arbeiterin bei *Dacia* die Hälfte ihres Lohnes in Raten dafür abzahlen. Nur 30 Prozent ihrer KollegInnen haben ein eigenes Auto.

Während die »Alten« von *Dacia* etwa zwei Drittel der ArbeiterInnen in der Produktion ausmachen, sind in den vergangenen Jahren mehr als 3500 junge Leute eingestellt worden. Die Qualifikation spielt dabei keine Rolle. Sie nehmen jeden. An den Bussen, mit denen die meisten täglich zur Fabrik kommen, steht in fetten Buchstaben: *»Wir stellen ein!«*. Die neuen Verträge sind auf drei oder sechs Monate befristet. Entlassungen und erneute befristete Einstellungen gehören zum Alltag. Aber die jungen ArbeiterInnen kündigen auch von selber. »Wer bei *Dacia* bleibt, hat entweder Familie, Schulden oder noch nichts besseres im Ausland gefunden«, erzählt uns Radu, der in der Montage arbeitet. Die »Jungen« erhalten nur den gesetzlichen Mindestlohn von etwa 200 Euro brutto. Constantin hat einen unbefristeten Vertrag, obwohl er noch nicht lange bei *Dacia* arbeitet: »Wir sind 2006 nach drei Monaten entlassen worden, weil sie uns nicht brauchten. Wir waren etwa 500 Leute und alle sehr wütend. Auf dem Hof wurden einige Neuwagen zerkratzt. Es war klar, dass die Personalabteilung uns bald erneut fragen würde, ob wir wieder arbeiten wollen. Wir verabredeten uns, und als sie einen Monat später anriefen, sagten wir geschlossen: Nur unter der Bedingung, dass wir einen unbefristeten Vertrag erhalten. Es hat geklappt.«

Der Streik im rechtlichen Rahmen

Im Jahr 2003 gab es einen wilden Streik im *Dacia*-Werk, der jedoch nach wenigen Tagen abgebrochen wurde. Die Aktivisten wurden daraufhin entlassen. Wir finden niemanden, der oder die uns genaueres darüber berichten kann. Nur ein Arbeiter aus dem Motorenwerk meint, der Streik damals wäre daran gescheitert, dass sie sich untereinander nicht gut genug koordiniert hätten. In Bezug auf den aktuellen Kampf meint er: *»Hier bekommt doch einer vom anderen nichts mit. Weiß ich, was die im Rohbau oder in der Montage beschließen!«*

Damit der Streik nicht vor Gericht als illegal erklärt und ausgesetzt werden kann, muss die Gewerkschaft* dafür sorgen, dass die Streikenden bestimmte Regeln einhalten. So ist es verboten, dass innerhalb des Werks Streikende von einer Abteilung in die andere laufen. Alle haben an ihrem Arbeitsplatz zu sein. Mit dem Unterschied, dass nicht gearbeitet wird. Auch Aktionen außerhalb der Hallen oder vor den Werkstoren sind verboten. Constantin erzählt uns, dass sie anfangs die Idee

hatten, mit Streikposten die LKW-Ausfahrt zu blockieren, damit auch aus dem Lager kein *Logan* mehr die Fabrik verlässt. Doch die Mehrheit hat sich darauf geeinigt, dass der Streik im rechtlichen Rahmen ablaufen soll.

Trotz der Entschlossenheit, die uns hier unter den Streikenden begegnet, hat dieser Streik auch seine Grenzen. Es fehlt an eigener Kooperation untereinander und an gemeinsamen Aktionen, mit denen sie mehr Druck ausüben könnten. Entscheidungsfindungen laufen innerhalb der hierarchischen Strukturen der Gewerkschaft, und die Streikenden machen sich von deren Informationskanälen abhängig. Mehrfach erwähnen Streikende uns gegenüber, dass bei ähnlichen Kämpfen in Frankreich auch Dinge kaputt gehen und Sabotage betrieben wird. Sie fragen, wie das bei uns wäre. Die Idee schwirrte wohl in manchen Köpfen, aber die Streikaktivitäten blieben verhalten.

Die Wochenenden durchknüppeln?

»Wir geben nicht auf!«, heißt es am Donnerstag, dem 18. Streiktag, noch einstimmig unter den Gewerkschaftsführern auf der Tribüne und in den Sprechchören der Streikenden, die auf der zweiten großen Kundgebung seit Streikbeginn von Trillerpfeifen und Trommeln begleitet werden.

Am nächsten Morgen, Freitag, den 11. April und 19. Streiktag, herrscht Verwirrung. Es gibt ein neues Angebot, nicht viel besser als das letzte, in manchen Punkten sogar schlechter, und bei weitem erfüllt es nicht die Forderungen der Streikenden. 300 Lei Lohnerhöhung rückwirkend ab 1. Januar 2008 und weitere 60 Lei ab 1. September 2008, hinzu kommt eine einmalige Prämie als Beteiligung am Profit aus dem Jahr 2007 in Höhe eines Monatslohns, mindestens jedoch 900 Lei. Im Schnitt sind das 30 bis 40 Prozent Lohnsteigerung. Nichtqualifizierte ArbeiterInnen (Putzkräfte) und der Angestelltenbereich *TESA* (diese Bereiche haben nicht mitgestreikt*) erhalten 15 Prozent mehr.

Um 13 Uhr wird die Vereinbarung von der Gewerkschaft unterschrieben und der Streik damit abgebrochen. An die Presse geht die Information raus, dass 70 Prozent der Streikenden für das neue Angebot gestimmt hätten. Keiner weiß, wie diese Zahl zustande kommt. Fest steht, dass es diesmal keine schriftliche Abstimmung gegeben hat und bei weitem nicht alle Streikenden an der Entscheidung beteiligt waren. Alleine zur zweiten Schicht am Nachmittag kommen unzählige Busse mit ArbeiterInnen aus den umliegenden Ortschaften, die nur dieses Transportmittel haben, um zur Fabrik zu gelangen. Sie stehen vor vollendeten Tatsachen. In der Regionalzeitung *Societatea* heißt am nächsten Tag: *»Viele der streikenden Arbeiter zeigten sich gestern unzufrieden mit der Entscheidung, den Streik abzubrechen. Es gab extrem angespannte Momente. [...] Ein großer Teil der Streikenden begann, die Gewerkschaftsführer auszupfeifen.«* Die Stimmung zum Schichtwechsel ist gedrückt, niemand vermittelt den Eindruck, hier einen Kampf gewonnen zu haben. Viele meinen, die Verhandlungsführer der Gewerkschaft wären gekauft worden und hätten sie verraten. Eine Frau aus der Frühschicht fragt uns, ob sie ihre Funktionäre verklagen könnten. Wir diskutieren über Mittel, den Kampf drinnen fortzuführen. Rodica lacht, als wir von der Möglichkeit sprechen, sich kollektiv krankschreiben zu lassen. *»Ah, ich verstehe, was ihr meint. Klar, aber dazu sind wir noch zu ängstlich. Da muss sich erstmal in unserer Mentalität was ändern.«*

Kurz nach Ende des Streiks wird den ArbeiterInnen in einer Betriebsversammlung angekündigt, sie müssten an den Wochenenden arbeiten, um die Verluste durch den Streik aufzuholen.

Wie und ob die Leitung das durchsetzen kann, ist noch offen. Das Vorhaben, ein Vier-Schicht-System mit kontinuierlicher Produktion einzuführen, war während des Streiks zurückgenommen worden – allein der Gedanke, künftig nur ein Wochenende im Monat frei zu haben, hatte unter den Streikenden zu breitem Unmut geführt. ■

* Mit Ausnahme vereinzelter Putzkräfte und von 60 Ingenieuren, die sich am 18. Streiktag dem Ausstand anschließen.

Noch ein Streik!

Kaum ist der Streik bei Dacia beendet, kommt am darauffolgenden Montag, dem 14. April 2008 die Meldung, dass in Galati 3000 Stahlwerker in der rumänischen Niederlassung von Arcelor Mittal, dem weltgrößten Stahlproduzenten, seit 6.30 Uhr streiken. Etwa 700 Streikende wollen durch das Haupttor ins Stahlwerk, in dem 13 000 Beschäftigte arbeiten, und werden vom Werkschutz daran gehindert. Einige Wachschützer haben Kameras und filmen das Geschehen. Daraufhin kommt es zu Randale, Steine und Flaschen fliegen. Ein Wachhäuschen wird verwüstet. Die Solidaritate, eine der vier Gewerkschaften, die im Stahlwerk Arcelor Mittal Galati vertreten ist, hatte sich geweigert, den Tarifvertrag zu unterschreiben. Sie fordern die Verdopplung der Löhne, mindesten aber eine Lohnsteigerung von 25 Prozent. Die Geschäftsführung des Stahlwerks bietet nur 9,5 Prozent. Aufgrund des Streiks können Posten nicht besetzt werden, die Sicherheit an den Öfen ist laut Werksleitung nach kurzer Zeit nicht mehr gewährleistet, es besteht Explosionsgefahr. Um die Öfen aber nicht abschalten zu müssen und einen Produktionsstopp zu verhindern, geht die Werksleitung vor Gericht und fordert eine einstweilige Verfügung zur Aussetzung des Streiks. Am Dienstag, den 15. April wird zu ihren Gunsten entschieden: der Streik sei illegal und müsse wegen der Gefahr, die für die Menschen in und um das Werk bestünde, sofort beendet werden. Die Solidaritate bricht den Streik ab. Neue Verhandlungen stehen noch aus...

Wie machen wir's öffentlich?

Im Leitartikel der *Wildcat 79* hatten wir geschrieben: »Endlich werden auch in der BRD Kampferfahrungen in einer gewissen Breite gemacht. In der Vergangenheit verpufften die wenigen Erfahrungen, und die nächsten Kämpfe fingen wieder bei Null an. Sie fanden in einem gesellschaftlichen Vakuum statt. Alle Streikenden fühlten sich allein und unbeachtet.« Das ging im letzten Jahr nicht nur streikenden ArbeiterInnen so (tausende von Verkäuferinnen blieben auf ihren Demos oder beim Streikpostenstehen vor den Kaufhäusern allein und damit ein Anhängsel zäher Tarifverhandlungen), sondern auch der Anti-G8-Bewegung. Dass in beiden Fällen die Frage nach der »Öffentlichkeit« aufgeworfen wird, ist verständlich und ein richtiger Schritt – aber beide haben die Frage zunächst mal falsch, nämlich institutionell beantwortet. Der Artikel in der *Wildcat 79* fuhr fort: »Inzwischen bauen die Streiks nach und nach ihr eigenes Terrain auf.« Das wollen wir im folgenden näher beleuchten unter dem Aspekt: was brauchen wir für eine Öffentlichkeit?

Das steht in keiner Zeitung.

Alleine können wir nicht gewinnen – wie können wir uns sichtbar machen? Wie können wir Verbündete erreichen? Dass den einen nur »Promis und *RTL*-Fernsehen ins Streikzelt holen«, den anderen nur »Professionalisierung der Medienarbeit« einfällt, geht hinter die eigenen Erfahrungen und die eigenen Zielsetzungen zurück. »Professionalisierung« hieß beispielsweise in Heiligendamm eine doppelte Arbeitsteilung (zwischen Medienprofis und Bewegung; zwischen professionellen Medienarbeitern und professionellen Technikerinnen). Jede Kritik am Sprechen für Andere, alle Träume von Selbstbefähigung und Hierarchiefreiheit werden damit unterhöhlt.

»BILD lügt«,

das wissen die meisten. Und viele haben auch schon die Erfahrung gemacht, dass die *taz* lügt. Wer schon mal einen Zeitungsbericht über etwas gelesen hat, was er selbst erlebt hat, weiß dass die Massenmedien nicht informieren. Aber von der gewalttätigen Macht der Falschmeldung nach der Demo gegen den G8-Gipfel in Rostock waren dann doch alle komplett überrumpelt: »mehrere hundert schwer verletzte Polizisten« legitimierten die Käfighaltung und den Bundeswehreinsatz, und trieben die DemonstrantInnen politisch auseinander. Trotzdem wurde kurz danach ausgerechnet von denen, die den Medien am meisten auf den Leim gekrochen waren, schon wieder beflissen behauptet, es sei möglich, »unsere Inhalte einzubringen«.

Die Massenmedien sind Teil der Herrschaft, kein »umkämpftes Terrain«, das wir verändern und für unsere Zwecke benutzen könnten – es sei denn, diese Zwecke sind die Denunziation der Militanten.

Etwas anderes ist es, Massenmedien für ein genau umgrenztes Ziel zu benutzen, etwa eine Freilassungskampagne. Das kann funktionieren, zu fragen ist, welchen »Preis« man dafür an anderer Stelle bezahlen muss. Das ist aber nicht Thema dieses Artikels.

Viele Leute würden in der Argumentation so weit mitgehen. Trotzdem stehen sie dann im Falle des Falles vor dem Problem, dass sie ihren eigenen Kampf anderen mitteilen wollen. Denn fast allen Kämpfen und Bewegungen der letzten Zeit fehlte der soziale Rückraum, selbst große Demos wie die gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm sind erstmal »gesellschaftlich allein«. Das schwächte die Kampfkraft von Streiks stärker als die vielbeschworene Globalisierung. Wir wissen aus der Geschichte, wie entscheidend das proletarische Viertel bei historischen Schlachten war (Hauseingänge als Versteck; Runterkippen von heißen Flüssigkeiten auf die Polizei; Zuhilfeeilen bei Betriebsbesetzungen; aber auch moralische Unterstützung, Versorgen mit Essen usw.). Entgegen mancher romantischer

Vorstellungen gibt es solche Viertel kaum noch, auch die *riots* in Frankreich im Herbst 2005 blieben in ihren »eigenen« Vierteln minoritär.

Die Verbindung zwischen Stadtteil und Arbeiterkampf ist kein ganz neues Problem, bereits Friedrich Engels beschrieb 1872 das »Breschelegen«: »gerade und breite Straßen mitten durch die enggebauten Arbeiterviertel zu brechen«, wobei neben »dem strategischen Zweck der Erschwerung des Barrikadenkampfes« die soziale Aufmischung der Viertel durch »die Heranbildung eines von der Regierung abhängigen, spezifisch-bonapartistischen Bauproletariats« beabsichtigt sei. Diese strategische Stadtplanung, z.B. in Paris nach den Aufständen von 1848, erreichte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen Höhepunkt, als die im Bombenkrieg zerstörten proletarischen Stadtteile komplett aufgemischt und überall Durchgangsstraßen gebaut wurden. Die Jugendkulturen der 50er Jahre (Halbstarke, Teds, ...) waren auch eine Reaktion darauf, dass es das »proletarische Viertel« nicht mehr gab. Durch einen bestimmten Kleidungsstil konnte man sich auch außerhalb des eigenen Kiez erkennen. Sich gegenseitig zu erkennen und Plätze in der Innenstadt zu erobern war ein zentrales Thema (gesteigert noch in der Gammlerbewegung der 60er Jahre, abgeschwächt bei den Punks der 70er und 80er Jahre).

Wirklich zur Sache im Straßenkampf ging es immer dann, wenn politische Bewegungen und Jugendkulturen zusammen kamen. Und nur wenn solche Szenen sich vermischten, haben sich die Konflikte ausgeweitet und radikalisiert, entstanden *Bewegungen* (die Jugendzentrumsbewegung in den 70er Jahren zum Beispiel). Was aber tun, wenn man allein vorm bestreikten Betrieb steht, oder allein im besetzten Haus rumhängt? Gerade weil wieder viel mehr, aber vereinzelt gekämpft wird, scheint es eine Möglichkeit zu sein, andere Leute mit Hilfe der Medien zu erreichen. Man setzt auf sie als Verbindung »nach draußen«, um zu sagen, warum man streikt, oder was am G8-Gipfel scheiße ist.

Es gibt hier zwar keine Zensur mehr, aber es ist erstmal gar nicht so einfach, »in die Presse« zu kommen. Umso enttäuschter sind die Leute dann meistens, wenn sie es nach vielen Bemühungen geschafft haben und ihr Streik endlich im Fernsehen kommt. Es sind nämlich meist nur ein paar Sekunden, die untergehen im Meer der anderen Informationen. Auch wenn in letzter Zeit tatsächlich streikende Lokführer und manchmal sogar streikende Verkäuferinnen im Fernsehen zu sehen waren, erfuhr man wenig über ihre Motive – und gar nichts über ihre Erfahrungen. Was in einer Auseinandersetzung gemeinsam anfängt, findet auf dem Sofa vor der Glotze keine Fortsetzung. Und weil man den Medien gegenüber gar nicht ehrlich sein *kann*, fängt man selbst an zu lügen, zu beschönigen, Widersprüche zu übertünchen – ohne dass man tatsächlich Einfluss darauf nehmen könnte, was berichtet wird.

Wir behaupten nun aber, das ist nicht schlecht, sondern das ist gut so! Bürgerliche Öffentlichkeit *kann* unsere Erfahrungen gar nicht transportieren! Sie muss ein »abstraktes Allgemeines« herstellen – eine Perspektive für die Entwicklung der Menschengattung, Republikanismus, Würde – sie muss einen Friedenszustand simulieren (Negt/Kluge). Leute, die was verändern wollen, vertreten aber zunächst einmal ein Partikularinteresse.

Was Neues entsteht

Eine Linke, deren Praxis in der Erfindung »anschlussfähiger Kampagnenthemen« besteht, um »andere gesellschaftliche Gruppen« zu erreichen, entwaffnet sich selber. Und macht die anderen zu Objekten und aufzuklärenden AdressatInnen ihrer »Öffentlichkeitsarbeit«. Die Idee zum Beispiel, den Klimawandel als *Thema* aufzugreifen verkennt, dass dieser *Diskurs* die Rettung der »Menschengattung« auf die Tagesordnung setzt und damit Kämpfen »von unten« entgegenläuft.

Die Linke protestiert gegen die »Privatisierung des öffentlichen Raums« und verpasst dabei, dass man sich Öffentlichkeit *nehmen* muss.

Unsere Marginalität können wir nicht über professionelle Medienkampagnen und Diskurspolitik, sondern nur durch die Verbindung zu realen Kämpfen durchbrechen. Wenn man an Öffentlichkeit ohne Inhalt, an Öffentlichkeit als Spektakel ansetzt, kommt bestenfalls eine horizontale *Vernetzung* heraus. Wenn man am Inhalt, an der Erfahrung ansetzt, wird daraus eine Vertiefung. Erfahrungen sind aber nur als öffentliche möglich. Ein gutes Beispiel dafür ist die Frauenbewegung: Die Frauen haben ihre individuellen Erfahrungen aus der »Privatsphäre« gerissen, zu einer gemeinsam Erfahrung und damit veränderbar gemacht.

Das Schöne ist, dass sich solche Prozesse schon entwickeln. Niemand hat mehr ein Problem damit, sich beim Bäcker als Hartz IV-Empfänger zu *outen*, altgediente Verkäuferinnen diskutieren über ihren Streik, der Postbote lässt sich ohne Zögern in ein Gespräch über seinen Job verwickeln. Arbeitsbedingungen werden nicht mehr als Privatproblem, sondern mehr von einem gemeinsamen Standpunkt aus gesehen. Es gibt wieder Konflikte, es werden wieder (neue) Erfahrungen gemacht und nicht nur Rituale wiederholt. Die vielen Streiks werden (zumindest in Berlin) auch im Alltag spürbar und treffen auf die verbreitete Stimmung, dass es reicht mit Arbeitszeiterhöhungen, Arbeitsverdichtung und Lohnsenkungen. Beim *GDL*-Streik wurde das deutlich: obwohl er Einschränkungen

Friedrich Engels:
Zur Wohnungsfrage (1872)
»... gerade und breite Straßen mitten durch die enggebauten Arbeiterviertel zu brechen und sie mit großen Luxusgebäuden an beiden Seiten einzufassen, wobei neben dem strategischen Zweck der Erschwerung des Barrikadenkampfes noch die Heranbildung eines von der Regierung abhängigen, spezifisch-bonapartistischen Bauproletariats und die Verwandlung der Stadt in eine reine Luxusstadt beabsichtigt war. ... die allgemein gewordene Praxis des Breschelegens in die Arbeiterbezirke, besonders die zentral gelegenen unserer großen Städte... Das Resultat ist überall dasselbe...: die skandalösesten Gassen und Gäßchen verschwinden unter großer Selbstverherrlichung der Bourgeoisie..., aber sie erstehn anderswo sofort wieder und oft in der unmittelbaren Nachbarschaft.
In *Lage der arbeitenden Klasse in England* gab ich eine Schilderung von Manchester, wie es 1843 und 1844 aussah. Seitdem sind durch Eisenbahnen, die mitten durch die Stadt gehn, durch Anlegung neuer Straßen, durch Errichtung von großen öffentlichen und Privatgebäuden manche der schlimmsten, dort beschriebenen Distrikte durchbrochen, bloßgelegt und verbessert worden, andre ganz beseitigt... Hier nur ein Beispiel: In meinem Buch schilderte ich (... eine ...) Häusergruppe, die unter dem Namen Klein-Irland schon seit Jahren den Schandfleck von Manchester gebildet hatte. Klein-Irland ist lange verschwunden; an seiner Stelle erhebt sich jetzt, auf hohem Unterbau ein Bahnhof; die Bourgeoisie wies prunkend auf die glückliche, endgültige Beseitigung von Klein-Irland hin wie auf einen großen Triumph. Nun erfolgt im verflossenen Sommer eine gewaltige Überschwemmung, wie denn überhaupt die eingedämmten Flüsse in unsern großen Städten aus leicht erklärlichen Ursachen von Jahr zu Jahr größere Überschwemmungen veranlassen. Da findet sich denn, dass Klein-Irland keineswegs beseitigt, sondern bloß von der Südseite von Oxford Road nach der Nordseite verlegt ist und noch immer floriert.«

und Unannehmlichkeiten mit sich brachte, wuchs die Sympathie. Trotz der Verarschung durch die Gewerkschaft kam ganz gut rüber, was »die Eisenbahner« wollten und hat ihr Streik positiv gewirkt (bis hin nach Rumänien und den Streikenden bei *Dacia*!). Weil sie nicht fürs bürgerliche Allgemeininteresse, sondern für ihr Partikularinteresse gekämpft haben!

rausgehen!

Kämpfe gegen Betriebsschließungen stehen vor einem ähnlichen Problem wie z.B. »streikende« Studis: sie können keinen Druck durch das Blockieren der Produktionsmittel aufbauen. Die Streikenden müssen »rausgehen«, sich an andere wenden. Und das ist gar nicht so einfach. Auch die »Fußgängerzone« ist erstmal bürgerliche, normierte Öffentlichkeit. AktivistInnen, die dort Aufmerksamkeit für ihren Kampf oder ihr Anliegen wecken wollen, konkurrieren mit Unterschriftensammlern und Werbeheinis. Die *BSH*-ArbeiterInnen haben während ihres Streiks im Herbst 2006 einmal eine große Aktion auf dem Ku'damm veranstaltet, sich als Waschmaschinen verkleidet, per Hand Wäsche gewaschen und eine Blaskapelle mitgebracht. Am Ende sagten sie: »Damit kann man keine Öffentlichkeit herstellen.« Der Frust, der bei vielen Bemühungen dieser Art entsteht, führt dann gegen besseres Wissen dazu, doch wieder auf Promis und Presse zu setzen.

Zum Streik bei *Bosch-Siemens-Hausgeräte* in Berlin siehe *Wildcat* 78, 79, 80.

Ganz anders hat der »Marsch der Solidarität« währed des *BSH*-Streiks funktioniert, bei dem die ArbeiterInnen Betriebe besuchten, die in einer ähnlichen Situation waren. Statt zu versuchen, die bürgerliche Öffentlichkeit für sich einzunehmen, haben sie einen Zusammenhang zu anderen Kämpfen hergestellt. Sie bekamen von den Stahlarbeitern in Eisenhüttenstadt Ratschläge und handfeste Unterstützungsangebote, in Kamp-Lintfort war die halbe Stadt auf den Beinen, in Dillingen legten die KollegInnen für ein paar Stunden die Arbeit nieder... und in der Fußgängerzone in Nürnberg wurde ihnen erklärt, dass sie aufpassen müssen, weil die IG Metall versuchen wird, sie zu »verraten«! Durch den Austausch von Erfahrungen können so auch Orte nutzbar gemacht werden, die erstmal für was ganz anderes gedacht sind. Auch VerkäuferInnen, die in den letzten Monaten während der Streiks im Einzelhandel in den Fußgängerzonen Streikposten standen, haben zu solchen Prozessen beigetragen und aus einem Ort des Konsums einen der öffentlichen Auseinandersetzung gemacht. Diesen Lernprozess mussten sie notfalls mit Fußtritten fördern, um ihr kollektives Interesse gegen individuelles Konsuminteresse oder Streikbrecherei durchzusetzen.

Wenn das Wissen, die Erlebnisse und die Gedanken von Vielen zusammen kommen, ist das nicht einfach *mehr* Wissen, sondern es wird zu einer anderen Qualität, zu *Erfahrung*. Nur so, über solche sozialen Prozesse sind Lernschritte möglich. Mit zwanzig Leuten direkt zu reden kann besser sein, als Tausende über die Medien (dann doch nicht) zu erreichen. Die Sprengkraft des »Marsches der Solidarität« lag darin, dass er sich vorgenommen hatte, solche Prozesse von unten zu organisieren: direkten und selbstkontrollierten Erfahrungsaustausch, damit Infos und Ideen zirkulieren, die niemals in der Zeitung stehen und die die Gewerkschaft nicht vermittelt, eigene Kontakte knüpfen, sich verabreden. Den *BSH*-ArbeiterInnen war in letzter Konsequenz gar nicht klar, was für eine scharfe Waffe sie da in die Hand genommen hatten. Die Kontakte in andere Städte zu halten und die gemeinsame Demo in München zu planen, haben sie deshalb der Gewerkschaft überlassen. Die hat den Marsch dann abgebrochen – und seither keine Streiks gegen Betriebsschließungen mehr organisiert.

hingehen!

In Kämpfen können die Mystifizierungen des Kapitals, die Mechanismen, die uns trennen durchbrochen werden: Konkurrenz, Leistung, Geld... Es sind oft nur kurze Momente, in denen die Möglichkeiten offen liegen. Die dabei gemachten Erfahrungen wurzeln im Konflikt und vergehen mit ihm auch wieder. Deshalb ist es eine gute Entwicklung, dass mehr und mehr Linke zu Streiks hingehen, sich solidarisieren und fragen, wie sie »unterstützen« können. Es ist aber wichtig, über die Idee des »Unterstützens« rauszukommen, denn sich gegenseitig ernstzunehmen bedeutet voneinander zu lernen, sich selbst zu verändern und in Frage stellen zu lassen, aber auch sich zu kritisieren. Die Kämpfe kritiklos zu feiern, um erstmal überhaupt Interesse dafür herzustellen, betoniert sie im Status Quo ein. Denn die Verherrlichung der guten Ansätze verhindert nur, dass sie sich entfalten können. Eine Arbeiterzeitung ist vielleicht eher Ausdruck einer scheintoten als einer lebendigen Öffentlichkeit, genauso wie ein Gesangsverein heute nicht mehr der Ort ist, an dem sich ProletarierInnen treffen. Die emanzipieren sich von solchen Formen, wenn sie erstarrt sind. Wichtiger als an alten Institutionen festzuhalten ist es, die *Erfahrung in der Herstellung von Erfahrung zu erweitern* (Negt/Kluge). Die Stärken und Schwächen der Kämpfe selbst wahrzunehmen hilft mehr, als sich auf politisches Kalkül zurückzuziehen oder sich mit dem Glücksgefühl durch ein kurzes Gemeinschaftserlebnis zufrieden zu geben.

Und ein zweites Beispiel aus einer ganz anderen Perspektive: Auch wenn die Demos und Blockaden von Heiligendamm weit weg von einer sozialen Bewegung waren, haben sie Leute mitgerissen und angesteckt. Der monatelage Aufbau der Camps und die Faszination des kollektiven Lebens, das dort organisiert wurde, die vielen tausend DemonstrantInnen, haben die Jugendlichen vor Ort und sicher auch einige DorfbewohnerInnen beeindruckt. Sie haben sich in Diskussionen verwickelt – und sind jetzt wieder unter sich. Auch die Linken sind unter sich bei ihren »politischen Aufarbeitungsdiskussionen«, die vielleicht zum nächsten Kongress führen, aber nicht an den Erfahrungen anknüpfen, die dabei entstanden sind. Auch hier heißt es »hingehen!« und in mecklenburgischen Jugendzentren die begonnenen Diskussionen und Lernprozesse fortsetzen.

Erfahrungen, die uns weiterbringen, aus denen wir lernen und auf die wir aufbauen können, sind etwas Kollektives und lassen das individuelle Hamsterrad hinter sich. Sie ermöglichen, gemeinsam was zu verändern - Subjekt zu werden. Es geht darum, was wir als Vereinzelte erleben, überhaupt zu etwas Gemeinsamen zu machen – die Tatsache, dass wir die Gesellschaft gemeinsam, aber »hinter unserem Rücken« produzieren, an die »Öffentlichkeit« zu holen.

Gegenöffentlichkeit?

Stattdessen haben die linken Medien eine Tendenz zur Beschäftigung mit sich selbst und sind blind nicht nur gegenüber der Situation und den Kämpfen von anderen, sondern auch gegenüber den gesellschaftlichen Folgen der eigenen Praxis (wie das Beispiel aus Heiligendamm zeigt).

Die linken Medien dienen vor allem der eigenen Verständigung und Identitätsbildung. *Indymedia* erreicht nur die eigenen Leute – und diese erwecken oft den Eindruck, dass sie tatsächlich nicht viel mehr mitkriegen als auf *indymedia* steht. Der Ausstoß an Kommunikationsmitteln und die Beschäftigung mit der neuesten Vernetzungstechnik stehen in seltsamem Kontrast zu den fehlenden politischen Ideen und »Inhalten«. Aber eine andere *Form* der Öffentlichkeit ersetzt nicht gemeinsame Erfahrungen und Diskussionen. Auch linke Medienproduktion ist »privat« organisiert: Die Beiträge werden von Einzelnen verfasst, die Zusammenarbeit beschränkt sich darauf, sie zusammenzuwürfeln.

Eine von anderen Menschen abgekoppelte Gegenöffentlichkeit bedingt gerade die Kooperation mit den Massenmedien.

Technisch ist heute vieles möglich. Niemand braucht teure Maschinen, um selber Filme zu drehen. Jede Arbeiterin mit einem Fotohandy kann ihren Streik auf *youtube* dokumentieren (und die ArbeiterInnen weltweit haben das auch erkannt und nutzen das massiv! siehe die Beiträge zu China, Ägypten und Rumänien im Heft). Aber man hat den Eindruck, dass die Nutzung des Internet in der deutschen Linken eher zu mehr Vereinzelung führt.

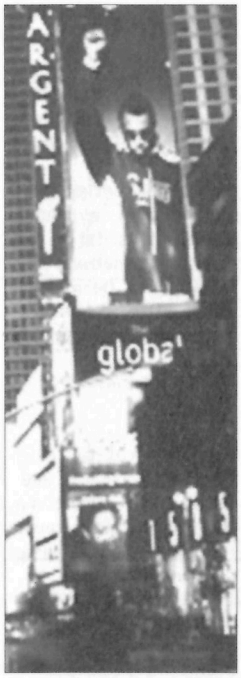
Es dreht sich immer mehr um (vermeintliche) Öffentlichkeit, um »Informationen« und letztlich um Meinungen und Befindlichkeiten – und immer weniger um »Erfahrung«, die nur im Ergebnis einer Auseinandersetzung mit anderen zu haben ist.

Erfahrung ist nur als öffentliche vorstellbar

»Proletarische Öffentlichkeit« muss erkämpft werden, sie ist und war auch im Arbeiterviertel nicht »organisch« vorhanden. 1968 ff. ist das möglich geworden: zunächst schufen die Demos und Besetzungen eine Öffentlichkeit, in der Arbeiterkämpfe wahrgenommen wurden; dann konnten diese sich von den Fabriken in die Stadtteile ausweiten und viele Aspekte der Reproduktion angehen: Strom, Miete, Familie... Die Auseinandersetzungen konnten zum Kampf der *Klasse* werden, weil die Arbeiter die Kämpfe mit der Fabrik als Zentrum kollektivieren konnten. Die Fabrik hat diese organisierende Kraft verloren, zum einen durch Massenentlassungen, zum anderen durch die Aufsplitterung der ArbeiterInnen durch Umstrukturierung und Deregulierung. Es gibt gar keine Gelegenheiten mehr, bei denen viele ArbeiterInnen sich treffen und ihre eigene »Masse« wahrnehmen können, denn durch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten gibt es oft keine gemeinsame Mittagspause und gleichzeitigen Schichtwechsel mehr. Nicht nur ein vertrauter Raum, sondern ein kollektives Bezugssystem ist verloren gegangen. Denn der Rückhalt im Stadtviertel und der Community hing nicht nur von räumlicher Nähe, sondern auch davon ab, dass die gemeinsamen Interessen klar waren und durchgesetzt wurden. Nun sollen Arbeiter zu »Staatsbürgern« werden, denen nur der »Republikanismus« der bürgerlichen Öffentlichkeit bliebe, die den Arbeiterstandpunkt in Einzelinteressen zerlegt.

Die Arbeiterviertel haben auch immer Kontrolle und Enge bedeutet, die Jugendlichen sind aus ihnen ausgebrochen. Die ethnischen Communities, die viele Kämpfe der 70er Jahre getragen haben, waren immer auch repressiv, die heutigen migrantischen Kämpfe *wollen* sich gar nicht mehr auf sie beziehen. Etwas Neues muss an die Stelle der alten »Verankerung« treten. Ein neues öffentliches, kollektives Subjekt kann nur in *Kämpfen* entstehen, man kann es sich nicht ausdenken wie das »Prekariat« oder die »Multitude«. Mit diesem Text wollen wir die Aufmerksamkeit drauf lenken, dass das

Oskar Negt, Alexander Kluge: *Öffentlichkeit und Erfahrung.* Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt am Main 1972.



Ausdenken auch gar nicht nötig ist, denn dieses Neue ist bereits unterwegs.

Und daran gilt es anzusetzen, anstatt in unseren eigenen Medien hängen zu bleiben, oder weitere professionelle Kampagnen auf die Beine zu stellen. Damit aus den neuen Erfahrungen ein kollektives Gewebe, eine »öffentliche Erfahrung« entsteht, müssen diese ausgetauscht, diskutiert und kritisiert werden. Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen dem »Marsch der Solidarität« und der Waschaktion auf dem Kudamm, zwischen den Streikposten vorm Kaufhaus und dem linken Diskurs über »Freiräume«, wenn es dabei nur um eigene Zentren und Rückzugsorte geht.

Als die streikenden *BSH*-ArbeiterInnen nach Kamp-Lintfort kamen und dort von der halben Stadt empfangen wurden, entstand ein direkter Austausch zwischen den ArbeiterInnen, nicht vermittelt über die Gewerkschaft oder *RTL*. In der *Wildcat* 79 hatten wir das so zusammengefasst: »da entstand punktuell so etwas wie proletarische Öffentlichkeit.«

Im Artikel *Migrantische Arbeit als neue Verallgemeinerung der kapitalistischen Arbeit* in der *Wildcat* 78 hatten wir nach der »kollektiven Sichtweise, die von der Erfahrung ausgeht« gesucht. (siehe auch den Artikel *Kein Mensch ist legal!* in diesem Heft!)

Es ist egal, ob wir das »proletarische Öffentlichkeit« oder »kollektive Sichtweise« nennen, beide Begriffe sind nur vorläufige Annäherungen – »Ändern sich die geschichtlichen Situationen wirklich, dann stellen sich auch neue Worte ein« (Negt/Kluge). Ein Zyklus von Klassenkämpfen entsteht immer dann, wenn soziale Gruppen anfangen, die Kämpfe von anderen »nachzumachen«, dabei aber ihr eigenes Ding entwickeln! »Machen wir es wie die Studenten!« (1968) »Machen wir es wie die Arbeiter!« (1969) »Machen wir es wie die Lokführer!« (2008) – Aber machen wir es öffentlich! ■

Migrantische Arbeit als neue Verallgemeinerung der kapitalistischen Arbeit, in: *Wildcat* 78

Hungerburgbahn Talstation besetzt

International Squatterdays in Innsbruck

Vom 11. bis zum 12. April wurde auf internationaler Ebene zu Hausbesetzungen und Aktionen für besetzte Häuser aufgerufen. Neben den InnsbruckerInnen beteiligten sich verschiedene linke Gruppen aus anderen Städten an den Aktionstagen. In Innsbruck wurde zu einer Demo für mehr soziale, politische und kulturelle Lebensräume aufgerufen. Im Aufruf wird die zunehmende Durchkapitalisierung der Gesellschaft kritisiert – und das Bedürfnis nach einem autonomen politischen Raumprojekt geäußert. Auf die Demo schafften es um die 200 Leute – größtenteils StudentInnen und SchülerInnen. Bei der Abschlusskundgebung wurde nochmal festgestellt, dass wir unsere Ziele gegen den Staat durchsetzen müssen. Außerdem wurde kritisiert, dass man mit linksradikaler Politik über den Kultur- und Freizeitbereich hinaus gehen müsste. Zu guter Letzt kam die zentrale, erstmal kurzfristig durchzusetzende Forderung zur Sprache: ein autonomes, soziales Zentrum befreit von Miete und Vorgaben der Politik.

Nach der Demo kam es zur Besetzung der ehemaligen *Hungerburgbahn Talstation*, die leer und unbenutzt vor sich hin vegetiert und im Besitz der Innsbrucker *Nordkettenbahn GmbH* ist.

Der Aufbruch ...

Ab dem frühen Abend wurden die Türen geöffnet und die Räumlichkeiten allen zugänglich gemacht. Vorerst verlief alles nach Plan: Am Ende der Demo sollten die anwesenden Leute auf die Besetzung hingewiesen werden und so in kleinen Gruppen zum Haus kommen. Nach und nach fanden sich

http://april2008.squat.net bietet eine europaweite Übersicht über die Aktionen.

www.catbull.com/freiraum ist die Website des Innsbrucker Kollektivs, das die Demo und Besetzung angeleiert hat (inkl. Demoaufruf, Rede, Texten, Bildern und Videos zur Besetzung).

Die ***Squatterdays*** in Österreich:

In **Wien** kam es nach einer Demonstration mit ca. 300 Leuten zu einer Besetzung eines Wagenplatzes, der am nächsten Tag wieder verlassen wurde.
Eine Gruppe organisierte daraufhin eine »*BimParty*«, bei der AktivistInnen gratis Essen und Getränke in öffentlichen Verkehrsmitteln verteilten (Bim = Straßenbahn).
Ebenfalls in Wien wurde ein Haus besetzt, das 28 Stunden später wieder geräumt wurde.
In der selben Straße fand auch eine praktische Übung zu queer-feministischer Raumaneignung statt.

um die 150 Menschen in der besetzten Talstation ein. Die Stimmung war anfangs kämpferisch und fast schon euphorisch. Nachdem in einer kollektiven Aktion Essen, Generator, Licht, Soundanlage und Müllsäcke angekarrt wurden, bemalten Leute die Wände mit den üblichen Codes, installierten Transparente, richteten einen (dann doch nicht genutzten) Kinoraum ein und kümmerten sich um die Beseitigung von eventuellen Gefahrenmomenten. Man merkte, dass man gemeinsam sehr schnell etwas erreichen kann. Nach ca. eineinhalb Stunden kamen die ersten Bullen, die sich – anscheinend von AnrainerInnen gerufen – ein Bild der Situation machten, aber nicht eingriffen. Letzten Endes waren sie mit sechs Autos, ca. 20 Uniformierten, sechs Zivis, dem Polizeichef und dem Sicherheitsbeauftragen der Stadt Innsbruck zur Stelle.

Die ersten Plenumsversuche verliefen dann in dem ganzen Trubel, der von Freibier und Besetzungseuphorie geprägt war, etwas unüberschaubar. Es war sehr schwer, etwas halbwegs gemeinsam zu bereden und produktiv umzusetzen.

... endet vorzeitig im Chaos

In einer ersten mündlichen Stellungnahme formulierten wir drei Dinge: 1. Die Polizei muss abziehen. 2. Das Objekt muss uns in Selbstverwaltung überlassen werden. 3. Leute, die aus dem Haus wollen, dürfen nicht aufgeschrieben oder sonstwie von der Polizei belästigt werden.

Zu unserer Überraschung zog sich die Polizei nach 30 min fast komplett zurück. Wirklich genervt haben nur noch die BeamtInnen in Zivil. Aufgrund der oben beschriebenen Widersprüche: es einerseits als Partymöglichkeit zu nutzen, andererseits die bestehende Notwendigkeit einzusehen, sich kollektiv zu organisieren und zu bereden, ließen wir uns plötzlich ohne größere Diskussionen darauf ein, mit dem Einsatzleiter und einem Stapo-Typen im Beisein eines Gemeinderats von den *Grünen* zu verhandeln. Dabei haben wir es völlig versäumt, uns als selbstbewusste AkteurInnen zu setzen – man überließ ihm eine »Vermittlerrolle«. Wir waren nicht im Stande, genau dies zu kritisieren. Nach zwei Treffen und sinnlosem Hin-und-Her war der von uns geforderte EigentümerInnenvertreter anwesend und wollte schriftliche, namentlich unterschriebene Versicherungen von uns, dass wir nichts im Haus beschädigen und für die Sicherheit der Personen garantieren. Erst danach ließe er sich auf Verhandlungen über die Dauer unseres Aufenthalts ein, erst dann hätte er eine »Vertrauensbasis«. Auf politische Diskussionen ließ er sich nicht ein, er sei »EigentümerInnenvertreter und hat somit die damit zusammenhängenden Interessen durchzubringen«. Bei so viel Starrköpfigkeit verpuffte auch unsere Forderung, uns die Nacht in Ruhe zu lassen und am nächsten Morgen mit politischen VertreterInnen der Stadt zu verhandeln.

Währendessen litt die Kommunikation mit den Leuten, die nicht persönlich verhandelten, sondern im Haus blieben. Schlussendlich wurde von drei Möglichkeiten – bleiben und abwarten, eine Art »Vertrauenserklärung« unterschreiben oder raus bis 10 Uhr Vormittag (ohne Garantie) – die dritte vorzeitig durchgeführt. Hier müssen wir uns noch überlegen, welche Fehler wir gemacht haben. Die Stimmung war in etwa so, dass wir auf eine gewaltsame Räumung keinen Bock hatten und uns lieber zurück zogen – auch deswegen, weil wir im Haus immer weniger Leute wurden. Gegen Ende waren es noch ca. 40-50.

Übrig bleiben ...

... Fragen und Widersprüche, die wir diskutieren müssen und die in den schöngefärbten Berichten auf *Indymedia* bis jetzt nicht angesprochen wurden (warum nicht?):

– Warum haben wir uns so schnell auf Verhandlungen eingelassen, obwohl wir wissen müssten, dass unsere und die Interessen des Eigentümers in einem unlösbaren Gegensatz zueinander stehen?
– Wie bekommt man es hin, auf großen Versammlungen in solchen Situationen was Gemeinsames gebacken zu kriegen? Alkoholverbot? Nicht alle ins Haus lassen? Eine Kerngruppe bilden, die geschlossener auftreten kann?
– Warum konnten wir nicht mehr klar bekommen, wie es weiter gehen soll? Warum haben wir das Haus – »kampflos« möchte man fast sagen – verlassen?

Der Verlauf der Aktion hat uns wieder mal klar gemacht, wie wichtig es ist, zusammen etwas Praktisches im engeren Sinn anzufangen. Um Erfahrung darin zu gewinnen, kollektiv etwas anzugehen und durchzusetzen. Durch das gemeinsame Erleben treten Leute in Diskussionen, die ohne die Besetzung nur halb so viel Wirkung hätten. Solche Prozesse lassen sich dann gar nicht mehr medial verwerten. Auch wenn es oft zu kurz kam, die eigene Situation als MieterIn zu thematisieren, so konnten wir doch auch schon in Vorbereitungsplena zumindest eine theoretische Debatte über die eigene Reproduktion lostreten. Was steckt wirklich hinter Parolen wie »kein Gott, kein Staat, kein Mietvertrag«? Vielleicht ist es ein Zeichen voranschreitender Diskussionen, dass ein Teil der »Gruppe Freiraum« sich Gedanken über einen Namenswechsel macht ...

oe/Innsbruck

In **Linz** wurde ein Haus besetzt und auf den Namen »Louise« [Michel] getauft. Am nächsten Tag wurde das Haus wieder verlassen.

Salzburg: Open Air Konzert und Kundgebung für ein »soziales kulturelles Zentrum«.

In **Graz** ist das Haus in der Annenstraße 3 noch immer besetzt. Das »*Projekt A-Z*« scheint sich zu entwickeln – das schwarz-grüne Koalitionsabkommen der Stadtregierung sieht sogar ein »autonomes Kulturzentrum« vor. Die Verhandlungen laufen ...

Besetzung auch in der Schweiz:

LaBiu blibt stabiu!
Letzten Mai wurde die Liegenschaft am Wydenauweg 38/40 in Biel besetzt. Die beiden Häuser waren lange Wohnraum von (v.a. spanischen) ArbeiterInnenfamilien, standen einige Zeit leer und gingen in Besitz des Kantons über, der dort ab 2012 Infrastruktur für ein riesiges Autobahnprojekt bauen will. In seiner Argumentation war das Haus in einem unbewohnbaren Zustand, weshalb den BesetzerInnen das Bleiben an einen umfassenden Katalog von Renovationsarbeiten geknüpft wurde. Der Name des Squats ist ein Wortspiel aus dem Zustand der Häuser (labil), dem französischen »la« (Biel ist zweisprachig) und »Biel« in Dialekt. Nachdem die Renovationen (unter nicht geringem finanziellen und Arbeitsaufwand) alle erledigt wurden und der Squat auch menschlich wunderbar zu funktionieren begonnen hat, soll er nun auf den 19. Mai geräumt werden. Da wir verbotenerweise Konzerte durchgeführt hätten, sei das »Vertrauensverhältnis gestört«. Als Gegenmaßnahmen sind neben einer Petition auch ein Straßenmusiktag, eine Demo und für den Ernstfall ein Blockadeworkshop geplant. Das volle Program, Infos und Fotos gibt's auf:
www.myspace.com/labiu
www.labiu.ch

Die ersten offensiven Streiks seit 20

Polen: Nachschlagbewegung im Öffentlichen

Seit einem halben Jahr wird in Polen ständig gerade irgendwo gestreikt oder ein Streik vorbereitet, zumeist im Öffentlichen Dienst. Dabei werden hohe Lohnsteigerungen verlangt – zum ersten Mal seit 20 Jahren.

Letzten Sommer beschränkten sich die Krankenschwestern noch auf Demos und ein medienwirksames Zeltdorf. Inzwischen lösten die von den Ärzten im Herbst durchgesetzten Lohnerhöhungen eine Welle von Streiks der Krankenschwestern und dann auch der nichtmedizinischen Beschäftigten aus. Ebenso haben sich LehrerInnen, Zöllner, Finanzbeamte, Bullen und Staatsanwälte in Bewegung gesetzt.

Nach einer Phase hoher Arbeitslosigkeit Anfang dieses Jahrzehnts sind seit dem EU-Beitritt das Bruttosozialprodukt, die Industrieproduktion und die Produktivität schnell gewachsen. Die Ausweitung der Beschäftigung und die gleichzeitige Massenauswanderung haben in kurzer Zeit die Arbeitslosigkeit halbiert. Aufgrund der Arbeitskräfteknappheit sind die Löhne im privaten Sektor in den letzten zwei Jahren ohne größere Auseinandersetzungen schnell gestiegen. Die Streiks im Öffentlichen Dienst lassen sich als Nachschlagbewegung verstehen, denn dort stagnieren die Löhne seit Jahren. Materiell war sie erfolgreich, fast überall wurden Lohnerhöhungen von 25 Prozent und mehr durchgesetzt, gleichzeitig verändert sie das gesellschaftliche Klima: Streiken ist wieder angesagt. Jetzt muss sich zeigen, ob diese Stimmung auch auf den Privatsektor und besonders auf die vielen neuen internationalen Fabriken übergreift.

Zum Zeltdorf der Krankenschwestern siehe ausführlich *Wildcat* 79, Herbst 2007

Arbeitskräftemangel und steigende Löhne

Verglichen mit der BRD sind die Löhne in Polen nach wie vor niedrig, aber der Abstand verringert sich. Laut polnischem Statistikamt lag der Durchschnittslohn Ende 2007 bei 2703 Zloty und in größeren Privatunternehmen bei 3092 Zloty (772 bzw. 883 Euro)[1]. In Warschau ist der Durchschnittslohn mit 4600 Zloty (1314 Euro) am höchsten, auf dem Dorf, wo 40 Prozent der Bevölkerung leben, am niedrigsten. Am wenigsten verdienen immer noch Neueingestellte: Nach sechs Jahren Betriebszugehörigkeit haben sich in allen Einkommens- und Qualifikationsgruppen die Löhne fast verdoppelt. Trotzdem liegen in Betrieben mit ausländischem Kapital (d.h. tendenziell neueren Betrieben mit überdurchschnittlich vielen Neueingestellten) die Löhne durchschnittlich 20 bis 25 Prozent höher als in Betrieben mit rein polnischem Kapital.

Jahrelang schienen die Löhne in Polen im Keller eingefroren. In der Russlandkrise 1998/99 brachen die traditionellen östlichen Märkte weg, viele Industriebetriebe, die die »Schocktherapie« Anfang der 90er Jahre noch überlebt hatten, wurden geschlossen. In Städten wie Lodz mit seiner auf den Ostblock ausgerichteten Textilindustrie stieg die Arbeitslosigkeit auf weit über 20 Prozent. Durch den weltweiten Kriseneinbruch 2001 entstanden einige Jahre lang auch kaum neue Betriebe.

[1] Der Zloty ist in den letzten Monaten gegenüber dem Euro gestiegen. Der aktuelle Kurs liegt bei etwa 1 Euro = 3,50 Zloty. Die Kaufkraft ist schwierig zu bestimmen: Lebensmittel sind generell billiger als in der BRD einheimisches Gemüse sogar deutlich, Autos und Computer aber teurer. Fahrkarten für Eisenbahn oder ÖPNV kosten in Polen etwa so viel in Zloty wie in der BRD in Euro. Viele Leute können sich ihre Wohnungen leisten, weil sie Anfang der 90er Jahre relativ günstig ihre bisherige Mietwohnung gekauft haben, aber heute sind die Quadratmeterpreise und -mieten auf dem freien Markt in Warschau höher als in Berlin.

»Komm zurück nach Polen!«

Jahren

Dienst

Seit dem EU-Beitritt 2004 steigen von Jahr zu Jahr die ausländischen Direktinvestitionen, zum einen im Einzelhandel, wo Ketten wie *Carrefour, Tesco* und *Kaufland* den Markt aufrollten, zum anderen in Montagebetrieben v.a. der Auto- und Hausgeräteindustrie. Diese fungieren teils als verlängerte Werkbank Westeuropas, teils sind sie direkt in die europäischen *just in time*-Netze integriert. Es beschleunigte sich nicht nur das Wirtschaftswachstum auf 7 Prozent, sondern insbesondere das Wachstum der Industrieproduktion: 2006 stieg diese in fast allen Monaten um mehr als 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, im Mai 2006 sogar um 18 Prozent.

In den ersten zwei Jahren ging ein Großteil dieser Produktionsausweitung noch auf das Konto von Produktivitätssteigerungen, inzwischen wird auch die Beschäftigung ausgeweitet. Insgesamt sind zwischen Mai 2004 und November 2007 in Polen knapp 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Die Gesamtbeschäftigung hat mit 15,4 Millionen den höchsten Stand seit 1989 erreicht.

Anfang 2006 lag das Beschäftigungswachstum bei 2,6 Prozent, im November 2007 schon bei 5 Prozent. Gleichzeitig beschleunigte sich der Lohnzuwachs auf 8,6 Prozent im Januar 2007 und 12 Prozent im November 2007. Im Verlauf von weniger als zwei Jahren sind die Löhne um mehr als 20 Prozent und somit deutlich schneller als das Bruttoinlandsprodukt gestiegen. Laut einer Umfrage vom Februar rechnen die größeren Unternehmen in diesem Jahr mit weiteren Lohnerhöhungen von durchschnittlich 14 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit, die Anfang 2005 noch durchschnittlich 19,2 Prozent betragen hatte, war bis Ende 2007 um mehr als die Hälfte auf 8,5 Prozent gesunken. In den meisten großen Städten liegt sie noch niedriger: Warschau und Poznan 3,4 Prozent, Danzig 4,3 Prozent. Nur in einigen der in den 90er Jahren abgewickelten ehemaligen Industriezentren wie Lodz oder Bytom bleibt die Arbeitslosigkeit mit 9,4 bzw. 16,2 Prozent relativ hoch.

Für diese drastische Senkung der Arbeitslosigkeit ist neben dem Beschäftigungszuwachs die Auswanderung verantwortlich. Seit dem EU-Beitritt Polens und der Öffnung der Arbeitsmärkte mehrerer EU-Länder für polnische ArbeiterInnen sind Millionen ins Ausland gegangen. Etliche gingen nicht nur wegen der Arbeitslosigkeit und der schlechten Löhne in Polen, sondern auch wegen des repressiv katholischen Klimas. Ende 2006 arbeiteten nach Angaben des polnischen Statistikamtes fast zwei Millionen Polen im Ausland, nach inoffiziellen Daten über eine Million allein in Großbritannien. Der neue Ministerpräsident Tusk hat während des Wahlkampfs ausgiebig unter den Emigranten auf den Inseln getourt und nicht nur ein »Wirtschaftswunder« und ein »zweites Irland« versprochen, sondern auch eine kulturelle Öffnung und Modernisierung. Trotz Abwertung des Pfunds und des Euro gegenüber dem Zloty und hoher Lebenshaltungskosten in Großbritannien kommen die Polen bisher nicht massenhaft zurück.

Zur polnischen Einwanderung in Großbritannien vgl. den Artikel *Kein Mensch ist legal* auf Seite 41 ff. in diesem Heft.

Aber die Stimmung bei den im Land Gebliebenen hat sich geändert. Noch im Mai 2007 antworteten bei einer Umfrage zum Thema »Was tun Sie, um mehr zu verdienen?« nur 4,7 Prozent »streiken«; 52,2 Prozent antworteten »auswandern«. Im Januar 2008 sagten 44 Prozent, dass sie glaubten, im laufenden Jahr eine Lohnerhöhung durchsetzen zu können. Den besten Weg dazu sahen sie in Streiks und Protesten. Und die Angst sinkt: Während Anfang 2006 noch etwa die Hälfte der Befragten den Verlust des Arbeitsplatzes befürchtete, waren es Ende 2007 nur noch 22 Prozent.

Die Unternehmen geben dem Druck bisher nach, bevor es zu großen Protesten kommt. Allerdings steigt mit den Löhnen auch die Inflation: Im Januar 2006 lag sie noch bei 0,6 Prozent, im November 2007 schon bei 2,8 Prozent, für Lebensmittel sogar bei 8 Prozent. Sie trifft damit in erster Linie die proletarischen Haushalte.

Der Staat versucht, weitere Arbeitskräftereserven anzuzapfen. Ein spezielles Programm »50+« zur Förderung der Einstellung älterer ArbeiterInnen wurde aufgelegt, und Arbeitslose werden jetzt ähnlich schikaniert wie in Deutschland. Obwohl

80 Prozent der registrierten Arbeitslosen in Polen kein Geld vom Arbeitsamt bekommen, sondern sich hauptsächlich wegen der kostenlosen Krankenversicherung arbeitslos melden, wird auch diese in Zukunft an die Bereitschaft zur Teilnahme an Trainings- und Umschulungsmaßnamen geknüpft.

Außerdem wird die Einwanderung erleichert. Ukrainer, Weißrussen und Russen können jetzt bis zu sechs Monate im Jahr ohne Arbeitserlaubnis in Polen arbeiten. Wieviele Einwanderer von dort kommen werden, ist allerdings unklar, denn in Moskau sind die Löhne höher als in Warschau, und Russland ist für viele Weißrussen und Ukrainer auch aus sprachlichen Gründen attraktiver. Ein Wirtschaftsexperte des Arbeitgeberverbands schlug bereits vor, eine halbe Million Bauarbeiter aus China zu importieren, um Stadien und Autobahnen für die EM 2012 zu bauen.

Streikwelle in den Krankenhäusern

Vor diesem Hintergrund begann es schon im Sommer 2007 im Öffentlichen Dienst zu rumoren. Ärzte streikten (unter strikter Abgrenzung von anderen Beschäftigten) und konnten bis zum Herbst an den meisten Krankenhäusern[2] Gehaltserhöhungen zwischen 800 und 2000 Zloty, d.h. um bis zu 80 Prozent, durchsetzen.

Direkt im Anschluss begann ab Oktober eine Welle von Krankenschwesternstreiks. Sie liefen meistens an den großen Krankenhäusern in der Provinz und begannen mit sehr hohen Lohnforderungen, die direkt Bezug auf den vorher erzielten Abschluss der Ärzte im jeweiligen Krankenhaus nahmen. Sie endeten nach mehreren Wochen schließlich mit Lohnerhöhungen um die 500 Zloty. Bei einem der ersten Streiks in Suwalki z.B. forderte die Krankenschwesterngewerkschaft *OZZPiP* 1200 Zloty mehr – bisher verdienten die Schwestern 1800 Zloty. Nach Warnstreiks ab dem 17. Oktober und einer Verhandlungspause wurde ab dem 9. November gestreikt[3]. Am 14. November unterschrieb die *OZZPiP*-Betriebskommission eine Lohnerhöhung von 400 Zloty.

Um den Konflikt zu zentralisieren, rief die *OZZPiP* einen landesweiten Warnstreik für den 21. Januar aus, an dem sich immerhin Schwestern an 80 Krankenhäusern beteiligten. In etwa 15 Prozent der Krankenhäuser wurden am nächsten Tag Lohnerhöhungen um die 500 Zloty unterschrieben, aber an den meisten Krankenhäusern blieb die Situation offen. Die Regierung schlug vor, die Streiks für einen zweimonatigen »weißen Gipfel« auszusetzen und über Lohnerhöhungen in Zusammenhang mit einer Umstrukturierung des Gesundheitswesens zu verhandeln.

Währenddessen gingen die lokalen Lohnkonflikte in Lublin, Wschow, Radomsko, Czestochowa, Stalowa Wola, Zurawica, Bilgoraj, Konin, Pila, Przemysl, Kobierzyn, Bialystok, Koszalin, Lomza und anderen Provinzstädten weiter. Dabei wurden auch Krankenhäuser besetzt, wobei die Schwestern aber teilweise »im Interesse der Patienten« weiter arbeiteten und nachts im Krankenhaus schliefen. An einigen Krankenhäusern traten Schwestern auch in Hungerstreik. Die meist mehrwöchigen Auseinandersetzungen endeten meist mit Lohnerhöhungen um die 500 Zloty. Inzwischen (Anfang April) hat es fast überall Lohnerhöhungen gegeben, hier und da laufen noch Nachzüglerkämpfe.

Die Krankenschwestern hatten den Ärzten immer ständische Abgrenzung vorgeworfen, und zwar zu Recht. Sie selbst grenzten sich aber genauso »nach unten« ab und streikten im Rahmen »ihrer« Gewerkschaft ohne die nichtmedizinischen Beschäftigten. Diese setzten sich ihrerseits unmittelbar nach dem Ende der Krankenschwesternstreiks an einigen Orten in Bewegung. In Przemysl blockierten sie am 3. März sogar anderthalb Stunden lang die Nationalstraße zur ukrainischen Grenze. Insgesamt blieben diese meist von *Solidarnosc* organisierten Proteste aber schwach und die Lohnerhöhungen unter denen der Krankenschwestern.

Öffentlicher Dienst

Gleichzeitig mit den Krankenschwestern stellten auch andere gewerkschaftlich relativ stark organisierte Berufsgruppen im Öffentlichen Dienst Lohnforderungen auf. Die Lehrer, deren Gehälter zentral im Haushalt festgelegt werden, demonstrierten mehrmals für Gehaltserhöhungen zwischen 600 und 1100 Zloty (bis zu 50 Prozent). Letztlich konnten sie nicht mehr durchsetzen als die von der Regierung schon im Dezember angebotenen 185 bis 200 Zloty (etwa 10 Prozent) und das Versprechen (oder die Drohung?) einer »Revolution der Gehälter an den Schulen« im Jahr 2009. Das Angebot, die Gehälter um 20 Prozent zu erhöhen und dafür die Frühpensionierung erst nach 35 statt 30 Berufsjahren zu ermöglichen, lehnten sie ab. Aktuell droht die Lehrergewerkschaft *ZNP* mit einem Streik während der mündlichen Abiturprüfungen im Mai.

Die Zöllner, die schon vor der Wahl im Oktober drei Tage lang wild gestreikt hatten, forderten eine Erhöhung der Gehälter von 1700-2900 um 1500 Zloty und das Recht, wie die Angehörigen anderer »uniformierter Dienste« nach 15 Jahren in Frühpension zu gehen. Da die Zöllner als Beamte kein Streikrecht haben, meldeten sie sich zwischen dem

[2] Im Zuge der Umstrukturierung des staatlichen Gesundheitswesens haben die Krankenhausdirektionen Budgethoheit bekommen. Zwar kommt das Geld immer noch vom Nationalen Gesundheitsfonds NFZ und auch zusätzliche Mittel für Lohnerhöhungen werden – als politische Entscheidung – vom Gesundheitsministerium bereitgestellt, aber es gibt keine zentralen Tarifverhandlungen. Löhne und Arbeitsbedingungen werden an jedem Krankenhaus einzeln ausgehandelt und sind von Krankenhaus zu Krankenhaus sehr unterschiedlich. Daher waren auch die Forderungen und der Verlauf der Auseinandersetzungen unterschiedlich.

[3] So funktionieren »Tarifauseinandersetzungen« in Polen: Zunächst muss der Tarifvertrag gekündigt werden, dann gibt es Verhandlungen, Warnstreiks und Schlichtung, schließlich die Urabstimmung und dann die »Streikbereitschaft«, während der legal gestreikt werden kann. Urabstimmungen und Streiks werden normalerweise von einer der Gewerkschaften im Betrieb organisiert, seltener auch von mehreren gemeinsam. Bei den Krankenschwestern ist dies fast überall die OZZPiP; Solidarnosc spielt im Pflegebereich kaum eine Rolle.

22. und dem 30. Januar massenhaft krank oder nahmen »Urlaub auf Anforderung«[4]. Der Grenzverkehr war lahmgelegt. Am 30. Januar wurden 500 Zloty Gehaltserhöhung ab Januar und die Erfüllung der anderen Forderungen zugesagt.

Der erfolgreiche wilde Streik beim Zoll inspirierte andere Gruppen: Die Staatsanwälte z.B. nahmen am 25. Februar gemeinsam Urlaub auf Anforderung, die Polizisten meldeten sich am 6. März krank, und die Finanzbeamten machten am 10. März Dienst nach Vorschrift für 500 Zloty mehr (»wie die Zöllner«). Auch der Gewerkschaftsverband *Solidarnosc*, der enge Beziehungen zur abgewählten *PiS*-Regierung gepflegt hatte und sich nun dringend profilieren muss, wollte sich an den Sieg der Zöllner anhängen und forderte Ende Januar Lohnerhöhungen für den gesamten Öffentlichen Dienst (»nicht nur für Zöllner und Lehrer«). Die Regierung versuchte, *Solidarnosc* auflaufen zu lassen (»Keine Verhandlungen in einer Atmosphäre des Streiks!«), begriff aber gleichzeitig, dass sie die geweckten Erwartungen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst nicht einfach aussitzen konnte, und beschloss am 13. Februar weitere Lohnerhöhungen, unter anderem für die Kommunalbeschäftigten. Der Gewerkschaftsverband *OPZZ*, der auf enge Beziehungen zur neuen Regierung hofft, will »Proteste auf der Straße vermeiden« und in der »trilateralen Kommission« (Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat) über Lohnerhöhungen verhandeln. Damit macht er sich aber nicht viele Freunde, denn die »trilaterale Kommission« schlägt im Gegenzug zu Lohnerhöhungen Personalabbau und die Einführung von Leistungslöhnen vor. Gegen diese Pläne drohten u.a. am 19. März die Beschäftigten der Stadtverwaltung von Krakau mit Dienst nach Vorschrift.

Anders als die neuen internationalen Fabriken ist der Staat seinen Beschäftigten nicht entgegengekommen, sondern hat es auf die Konflikte der letzten Monate ankommen lassen. Letztlich hat er aber nachgeben und die Gehälter kräftig erhöhen müssen. Jetzt versucht er, die Energie der Konflikte in die Umstrukturierung des Öffentlichen Dienstes umzulenken: Einführung von Leistungslöhnen, stärkere Differenzierung zwischen zentralen und prekären Gruppen von Beschäftigten, Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Der Zoll beispielsweise soll ab 2011 »modernisiert« werden, indem ein Teil der Beamten bessere Bedingungen bekommt und der Rest durch billigere Zivilangestellte ersetzt wird.

Die Nachschlagbewegung erfasste auch staatseigene Betriebe außerhalb des eigentlichen Öffentlichen Dienstes wie Bahn, Post und die noch nicht privatisierten alten Industriebetriebe mit vergleichsweise »alten«, relativ stark gewerkschaftlich organisierten Belegschaften, die in den letzten Jahren von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt worden sind. Die Geschäftsführung der Staatsbahn *PKP* gab selbst zu, »dass das Lohnniveau zu niedrig ist«, und einigte sich Ende Februar mit den meisten Gewerkschaften auf eine Lohnerhöhung von 330 bis 400 Zloty. Bei einer Urabstimmung Anfang März votierte eine Mehrheit der Lokführer für einen Streik für 550 Zloty netto (etwa 850 brutto) mehr. Bei der Post, wo die Gewerkschaften die wilde Streikwelle im Dezember 2006[5] praktisch ohne Ergebnisse abgewürgt hatten, fordern sie diesmal 700 Zloty mehr, während die Postdirektion 300 Zloty bietet. Bei der Urabstimmung am 22. März votierte eine große Mehrheit für Streik. Drei Tage später hat die Regierung die Umwandlung der bisher öffentlich-rechtlichen Post in eine Aktiengesellschaft bekannt gegeben.

Beim Baumaschinen- und Rüstungsproduzenten *Huta Stalowa Wola* stimmten bei der Urabstimmung im Februar 98 Prozent für Streik, um eine Lohnerhöhung von 15 Prozent, mindestens aber 300 Zloty mehr für alle durchzusetzen. Im Laufe der Auseinandersetzung forderte *Solidarnosc* eine Zeitlang sogar größere Lohnerhöhungen für die unteren Lohngruppen. Am 20. März unterschrieb *Solidarnosc*

[4] »Urlaub auf Anforderung« hat sich im letzten Jahr als populärste Form des wilden Streiks in Polen erwiesen. Im polnischen Arbeitsrecht stehen allen Beschäftigen jährlich vier frei verfügbare Urlaubstage zu, die sie jederzeit kurzfristig nehmen dürfen. Im letzten Jahr ist dies immer wieder für formal legale unangekündigte kurze Streikaktionen genutzt worden. Die Regierung plant jetzt die Abschaffung dieser Regelung.

[5] Zum wilden Streik der Briefträger siehe *Wildcat* 78, Dezember 2006

Lohnforderung an der Unibibliothek Breslau

eine Einigung über 150 Zloty ab April und weitere 150 Zloty ab August. Beim ebenfalls staatseigenen Schiffsmotoren- und Triebwagenproduzenten *H. Cegielski* in Poznan gibt die kleine anarchistische Gewerkschaft *Inicjatywa Pracownicza* (Arbeiterinitiative) den Takt an. Hier hat es allein im Lauf des letzten Jahres zehn wilde Streiks gegeben: *plyta* (Platte) genannte unangekündigte Versammlungen auf dem Hof, meistens nach der Pause. Die letzte Platte fand am 27. März statt. Inzwischen fordern alle Gewerkschaften im Betrieb 500 Zloty mehr. Die *IP* fordert außerdem seit langem die Abschaffung aller Prämien und Akkorde. Am 3. April fand ein offizieller zweistündiger Warnstreik statt.

Der Streik in der Zeche *Budryk*

Der längste und härteste Streik der letzten Monate hat sich in der Zeche *Budryk* im oberschlesischen Ornontowice abgespielt. Dort wurde ein 46-tägiger Besetzungsstreik mit Nachdruck niedergekämpft. Als im Herbst 2007 die Übernahme der staatseigenen Zeche *Budryk* in Oberschlesien durch den ebenfalls staatseigenen Kohlekonzern *Jastrzebska Spolka Weglowa* (*JSW*) beschlossen wurde, stimmten die großen Gewerkschaften *Solidarnosc* und *ZZG* zu, die Löhne bei *Budryk* erst 2011 an das um 700 Zloty höhere Lohnniveau bei *JSW* anzugleichen. Die Bergarbeiter hatten dafür nicht zuletzt deswegen kein Verständnis, weil *Budryk* als eine der produktivsten Zechen im Land gilt. Die kleinen Gewerkschaften *Sierpien 80*, *Kadra* und *Jednosc Pracownikow Budryka* organisierten am 8. Dezember 2007 eine Urabstimmung, bei der sich 86 Prozent der Belegschaft für Streik aussprachen. Als am 17. Dezember ein unbefristeter Streik begann, beteiligten sich allerdings nur etwa 500 der 2000 Bergarbeiter. Sie besetzten am 19. Dezember das Verwaltungsgebäude. Fast 300 Bergleute verbrachten Weihnachten und Silvester unter Tage. Am 9. Januar gab die *JSW*-Geschäftsführung nach, wurde aber am nächsten Tag von der Regierung in Warschau zurückgepfiffen. Der Streik wurde wieder aufgenommen, zunehmend begleitet von körperlichen Auseinandersetzungen mit Streikbrechern und einer Medienkampagne gegen die streikende »böse Minderheit«. *Sierpien 80* gelang es, eine Gegenkampagne auf die Beine zu stellen, der sich international auch Promis wie Dario Fo und Ken Loach anschlossen. In Polen unterstützte hauptsächlich die radikale Linke die Bergarbeiter.

Am 31. Januar endete der Streik, der Abschluss ist durchwachsen: Die Streikenden bekommen 490 Zloty mehr Lohn und die Zusage, die Löhne wie gehabt bis 2011 vollständig anzugleichen. Keinerlei Zugeständnisse gab es bei der Frage der nachträglichen Repression gegen Streikende. Im Gegenteil wurde einer Reihe von »Rädelsführern« gekündigt und fünfstellige Schadensersatzforderungen gegen sie erhoben. Überlegungen, den Streik deshalb wieder aufzunehmen, wurden letztlich als aussichtslos verworfen. *Sierpien 80*, die gerade versucht, zu einer im ganzen Land und in allen Branchen präsenten »kämpfenden Gewerkschaft« zu werden, stellt den Ausgang des Streiks als Erfolg dar. Als Sieger stehen aber eher Mehrheitsgewerkschaften und Staat da.

Diesem geht es gar nicht in erster Linie um die Löhne. Schließlich verdient der größere Teil der *JSW*-Belegschaft jetzt schon mehr als die *Budryk*-Arbeiter. Während bei *Budryk* gestreikt wurde, erreichten die *JSW*-Arbeiter im Rahmen von der regulären Tarifverhandlungen 9,5 Prozent mehr Lohn (ca. 450 Zloty). Es geht auch nicht um die Abwicklung einer notleidenden Branche, denn seit die Ölpreise steigen, ist die polnische Kohle wieder hoch profitabel. Noch während des *Budryk*-Streiks gab *JSW* bekannt, im laufenden Jahr 1870 neue Leute einzustellen. Vielmehr geht es um ein politisches Problem: 20 Jahre lang haben die traditionell kampfstarken Bergarbeiter zu hören bekommen, sie seien zum Aussterben verurteilte Dinosaurier. Jetzt, da die Branche wieder boomt, sollen sie auf keinen Fall zum Vorbild für die weniger erfahrenen ArbeiterInnen in den neuen internationalen Montagebetrieben werden. Gleichzeitig sollen die kleinen, radikaleren Gewerkschaften ausgehebelt werden, um ein sozialpartnerschaftliches System unter Einbindung der großen Gewerkschaften zu schaffen. Dazu werden Betriebsräte nach deutschem Muster eingeführt, und die historisch verfeindeten großen Verbände *Solidarnosc* und *OPZZ* sprechen offen über eine strategische Allianz.

Ausstrahlung auf die Privatwirtschaft?

Die Nachschlagbewegung im Öffentlichen Dienst ist die erste offensive Arbeitermobilisierung in Polen seit den 80er Jahren. Die letzte große Streikwelle gab es 1992-93, und sie richtete sich hauptsächlich gegen die vielen Betriebsschließungen im Rahmen der »Schocktherapie«. 2002-03 gab es

wieder eine Serie von teilweise sehr heftig geführten Auseinandersetzungen wie die Straßenschlachten um die Schließung der Kabelfabrik in Ozarow, in denen eine neue Generation von Linksradikalen die Arbeiterklasse wiederentdeckte. Aber diese Kämpfe hatten fast alle defensive Ziele und erzeugten keine gesellschaftliche Aufbruchstimmung. Zum ersten Mal seit der Streikwelle von 1988[6], an deren Ende die Staatspartei *PZPR* faktisch die Pleite des staatskapitalistischen Entwicklungswegs zugab und die Gewerkschaft *Solidarnosc* ins Boot holte, stehen wieder hohe Lohnforderungen im Mittelpunkt. Auch wenn die Mobilisierung den gewerkschaftlichen Rahmen nicht verlassen hat und jede Berufsgruppe für sich gekämpft hat: Immerhin haben sich die verschiedenen Gruppen aufeinander bezogen, und die Streiks waren keine Inszenierung zur Begleitung zentraler Tarifverhandlungen, sondern eine wirkliche Bewegung. Vor allem haben sie gezeigt, dass Lohnerhöhungen erkämpft werden müssen – und können. Die große Frage der nächsten Zeit wird sein, wie viel von diesem »Kämpfen lohnt sich«-Gefühl auf den Privatsektor überspringt. Erste Anzeichen gibt es.

Am 20. Februar fand bei *Tesco* in Tychy der erste offizielle Streik in einem polnischen Hypermarkt statt. In dieser Branche sind in den letzten Jahren besonders viele und besonders mies bezahlte Arbeitsplätze entstanden. Den Streik mit der Forderung nach 700 Zloty mehr organisierte *Sierpien 80*. *Tesco* reagierte bisher nur mit Repressionen und der Streichung von Prämien. Die anderen Gewerkschaften haben aber die 700-Zloty-Forderung übernommen und wollen nun ebenfalls die ArbeiterInnen bei *Tesco* und den anderen Hypermarkt-Ketten organisieren.

Die Hafenarbeiter im größten polnischen Containerterminal in Gdynia, über das 80 Prozent des internationalen Seecontainerverkehrs abgewickelt werden, haben im März zwei Wochen lang gestreikt. Am 2. April gab der philippinische Eigentümer nach und stimmte der geforderten Lohnerhöhung um 400 Zloty zu.

In der kapitalintensivsten Branche, nämlich der polnischen Autoindustrie, sind Lohnverhandlungen und Lohnerhöhungen schon zum Ventil für Konflikte um den Arbeitsstress und die Verlängerung der Betriebszeiten geworden. Bei *Opel* in Gliwice gab es im November eine Lohnerhöhung um 500 Zloty und im Dezember und Februar zwei Einmalzahlungen von 800 bzw. 400 Zloty. Außerdem scheint die Firma Probleme mit der Fluktuation zu haben, denn sie will 350 Leiharbeiter fest einstellen und den Leiharbeiteranteil auf fünf Prozent

Streik bei Tesco in Tychy

begrenzen. Bei *Fiat* in Tychy haben die meisten Gewerkschaften im Dezember eine Lohnerhöhung von 1060 Zloty unterschrieben. Davon sind allerdings 750 Zloty an die Einführung des sogenannten 18-bis-20-Schichten-Systems (Regelarbeit von Montag bis Samstag, zusätzlich Arbeit an vielen Sonntagen) gebunden. *Fiat* will die Produktion mit allen Mitteln ausweiten, denn in Tychy ist im Januar der neue *Fiat 500* angelaufen, Mitte des Jahres soll auf der technischen Plattform des *Fiat 500* noch der neue *Ford Ka* dazukommen. Letzterer soll für den Weltmarkt ausschließlich in Tychy produziert werden. Nachdem die Stückzahl schon 2007 um 50 Prozent auf 361 000 erhöht wurde, ist für 2008 eine weitere Steigerung auf eine halbe Million geplant. Gerade wurden eine neue Lackiererei und ein neuer Rohbau in Betrieb genommen. Die früher geäußerte Drohung, die Produktion nach Italien zu verlagern, hatte die Firma wieder zurückgenommen. Um Formen des Drucks wie Lohnabzüge bei zu niedrigem Arbeitstempo und die Entlassung von krankgeschriebenen Arbeitern gibt es ständige Auseinandersetzungen. *Solidarnosc* versucht den Unmut der Arbeiter jetzt zu »monetarisieren« und droht, die Zustimmung zum 18-bis-20-Schichten-System von einer Erhöhung des Grundlohns um 1000 Zloty abhängig zu machen.

Beim Elektrotechnikproduzenten *GE Power Controls* in Lodz, wo die ArbeiterInnen Hungerlöhne von 1800-1900 Zloty brutto verdienen, stimmten am 6. Februar 92 Prozent der ArbeiterInnen für Streik um 350 Zloty mehr. Am 8. April gab es einen Warnstreik. Kurz vor Beginn eines unbefristeten Streiks am 15. April sagte die Firma 300 Zloty mehr zu. Die Lokalausgabe der *Gazeta Wyborcza* spricht vom *»ersten Beispiel eines offenen Kampfs um Lohnerhöhungen, seit so viele neue Fabriken mit ausländischen Kapital errichtet wurden«*, und fragt, ob *»die Unzufriedenheit und der Vergleich mit den Löhnen in anderen Betrieben zu einer Lohnspirale führen«* könnten, möglicherweise auch weil *»viele Fabriken wie etwa Dell noch nicht lange in Lodz sind. Daher gibt es keine Arbeiter, die ›schon immer‹ dort arbeiten. Sie haben keine Bindung an den Betrieb und kündigen, wenn sie woanders 50 Zloty mehr bekommen.«*

Mitte April 2008■

[6] Zur Streikwelle in Polen 1988 siehe den Aufsatz »Autonome Arbeiterkämpfe gegen sozialistische Verwertung – Gewerkschaften gegen autonome Klassenkämpfe. Polen 1988/89« in: Thekla 13, 1990
Zu beziehen über www.wildcat-www.de

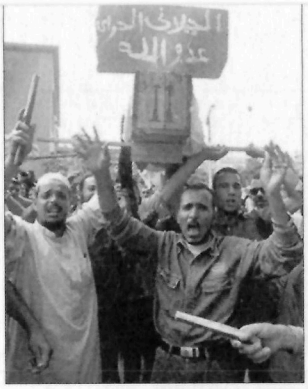


Foto:
Streikende aus Mahalla tragen symbolisch einen Sarg mit dem Namen des Firmenbosses, den sie zum Rücktritt gezwungen hatten.

Morgenröte nach der langen Nacht des

Persönliche Eindrücke aus zwei Aufenthalten 2003 und 2008

Am 6. April 2008 erregte ein Streik in der größten Textilfabrik Ägyptens in Mahalla-al-Kubra im Nildelta weltweit große Aufmerksamkeit. Verschiedene politische Oppositionsgruppen nutzten die Popularität der TextilarbeiterInnen, um einen Generalstreik auszurufen. Dieser wurde von einem massiven Polizeiaufgebot unterbunden, zentrale Plätze in der Hauptstadt von Truppen besetzt. Polizeiliche Repression ist in der ägyptischen Militärdiktatur nichts Ungewöhnliches, die Gegenwehr diesmal schon: Über zwei Tage lieferten sich Tausende von Arbeitern Straßenschlachten. Mindestens zwei Menschen sind umgekommen[1].

Mit einer Million Beschäftigter ist die Textilbranche eine Schlüsselindustrie in Ägypten. Die Kämpfe ihrer ArbeiterInnen gegen Privatisierungen fachen seit zwei, drei Jahren auch Streiks in anderen Sektoren an und verändern die Stimmung im Land entscheidend: Anfang der 90er Jahre wollten militante Gruppierungen wie die *Gama'a Islamiyah* mit der Vision einer »gerechten islamischen« Ordnung die verheerenden Lebensbedingungen der Massen durch einen bewaffneten Kampf gegen das Regime Mubaraks ändern. Anfang dieses Jahrzehnts traten die kleinbürgerlich geprägten *Muslimbrüder* und das von der »Intelligenz« getragene liberale Wahlbündnis *Kifaya* für eine Demokratisierung des formell parlamentarischen Systems der Diktatur an. Beide Versuche der Veränderung wurden vom Regime abgewehrt, die Islamisten militärisch zerschlagen, die Demokratisierer polizeilich und durch manipulative Verfahrenstricks ausgebremst. Die aktuellen Kämpfe hingegen drehen sich ausschließlich um konkrete soziale Anliegen (Löhne, Wohnbedingungen, Umweltverschmutzung, Polizeigewalt); »politische« Mobilisierungen, etwa gegen den Irak-Krieg, für Solidarität mit Palästina, für eine Aufhebung des Ausnahmezustandes oder für ein anderes Wahlrecht sind marginal und auf die Mittelklasse beschränkt.

Die Religion ist nach wie vor ein wichtiger Bezugspunkt im persönlichen Leben (das gilt auch für die 10 bis 15 Prozent Christen), als politischer Bezugspunkt tritt sie in den Kämpfen jedoch zurück. Die Versuche der *Muslimbrüder*, in Streiks religiöse Trennungen zwischen Christen und Moslems einzuführen, sind bei den ArbeiterInnen abgeblitzt. Und natürlich führen Kämpfe in einer zu 70 Prozent weiblichen Textilarbeiterschaft dazu, dass die traditionelle Rolle der Frauen Risse bekommt.

Der Kampf in Mahalla markiert durch seine offene Konfrontation mit dem Repressionsapparat einen entscheidenden Punkt. Es war der erste *riot* in Ägypten seit 1977 (damals starben Dutzende bei Brotunruhen). Solange sie »unpolitisch« waren, hat die Diktatur die Arbeiterkämpfe relativ unbehelligt gewähren lassen. Durch die (innerhalb der Aktivisten durchaus umstrittene) Intervention der politischen Oppositionsgruppen haben sie das Regime offen herausgefordert[2].

In internationalen Wirtschaftskreisen wird Ägypten zu den »Next Eleven« gezählt[3]. Was bedeutet die Tatsache, dass es zu Arbeiterkämpfen kommt, noch *bevor* die von der Regierung angehäuften »Petrodollars« einen neuen industriellen Entwicklungssprung in Gang setzen?

In internationalen Regierungskreisen zittern die einen um ihren strategischen Verbündeten Mubarak (Ägypten ist ein enger Verbündeter der USA), die anderen sehen Raum für eine demokratische Öffnung, wieder andere stellen heraus, dass angesichts leerer Mägen wohl die Sorge um das Kopftuch abhanden käme. Viele Linke, besonders gewerkschaftliche, sehen eine weltweite Bewegung gegen die neoliberale Privatisierungspolitik auf dem Vormarsch – wir wollen in der widersprüchlichen Realität Ägyptens die Bedeutung der momentanen Arbeiterkämpfe nicht vorschnell einschätzen.

Bei einem ersten Aufenthalt im Golfkriegsjahr 2003 erlebten wir den Abspann des *Arabischen Sozialismus*; noch immer gründete sich der ägyptische Staat weitgehend auf den Erdölexport, die Nutzungsgebühren des Suezkanals und den Tourismus. Es herrschte der Eindruck einer extrem hierarchischen und tief gespaltenen Gesellschaft vor, in der Korruption als Kehrseite von ausgeprägtem Paternalismus und Klientelismus weit verbreitet war. Beziehungen und Geld waren das einzige, was zählte – für den Einzelnen, aber auch für »Kollektive«, wie etwa für die staatstragende Gewerkschaft. Das Ganze funktionierte, aber es funktionierte schlecht. Ein minimales Auskommen für die Bevölkerung war staatlich garantiert: Es gab eine kostenlose Grundversorgung, subventioniertes Brot, Schulen

[1] Auf *Labournet* findet sich eine gute Materialsammlung, die ständig aktualisiert wird: www.labournet.de/internationales/eg/index.html

[2] Die wichtigsten Forderungen der Streikenden vom 6. April:
1. Der Lebensstandard aller TextilarbeiterInnen muss angehoben werden, um den explodierenden Lebenshaltungskosten gerecht zu werden. Anhebung des landesweiten Mindestlohns, der seit 1984 stagniert;
2. Die Nahrungsmittelbeihilfen sollen auf 150 Ägyptische Pfund angehoben werden;
3. Monatliche Zulagen sollen auf mindestens 20 Prozent des Lohns angehoben werden;
4. Jobgarantien für ArbeiterInnen, die sich fortbilden;
5. Anklageerhebung gegen die ehemaligen und gegenwärtigen korrupten Manager des Betriebes;
6. Neustrukturierung des betriebseigenen Krankenhauses inkl. Einstellung von mehr medizinischem Personal.

Hossam el-Hamalawy in der Übersetzung der *Linken Zeitung* vom 6.04.08: www.linkezeitung.de

[3] Das sind die elf Länder, in die sich das Kapital nach den zunehmenden Kämpfen und steigenden Löhnen in den Boomregionen Asiens, Lateinamerikas und Russlands flüchten will.

Eine Welle von Arbeiterkämpfen in Ägypten

»Arabischen Sozialismus«?

und Krankenhäuser. Seit Nassers »Sozialismus« ist die Pacht für Kleinbauern auf dem Niveau der 50er Jahre festgeschrieben, bei »lebenslanger« Garantie für die Landnutzung. Ähnlich bei den Wohnungen: die Mieten für Altbauten sind auf dem Stand von Mitte der 50er Jahre, und die Mieter haben Kündigungsschutz. Das bedeutet andererseits, dass sich niemand um die Häuser kümmert; immer wieder fallen Häuser mitsamt BewohnerInnen in sich zusammen. Eine Arbeitslosenversicherung gab es nicht.

Der Staatsapparat war ungeheuer aufgebläht. Staatsangestellte verdienten zwar kaum mehr als das Existenzminimum, hatten aber Anrecht auf eine Rente. Der karge Verdienst wurde durch Zusatzgeschäfte aufgebessert: Lehrer ließen nur die Schüler weiterkommen, die Privatstunden nahmen, Ärzte behandelten nur gegen Extracash; das Pflegepersonal wollte auch was abhaben, damit es ein frisches Bettlaken gab usw. Wer nicht beim Staat oder den noch wenigen privaten Firmen angestellt war, arbeitete im informellen Sektor, als Handwerker, Händler, Müllsammler, Schuhputzer, Parkwächter o.ä. Für die Mittelschicht war ein Uniabschluss oft nur dann der Weg zum Aufstieg, wenn man über die richtigen Beziehungen oder passende Herkunft verfügte. Auszuwandern war wegen des Verfalls des Ägyptischen Pfunds und der immer rigideren Einreisebestimmungen der westlichen Staaten fast unmöglich geworden. Die frustrierte Mittelschicht war oftmals Trägerin eines sehr rigiden Islam. Komplett verschleierte Frauen kamen meistens aus dieser Schicht.

Deutlich sichtbar wurde die Diktatur, sobald man die großen Städte und die touristischen Zentren verließ. Bewegung war nur unter permanenter Begleitung von bewaffneten Polizisten möglich. Ganz Mittelägypten stand unter militärischer Besatzung, überall Straßensperren, Militär. Die Verbreitung von Informationen wurde rigoros unterbunden. Als etwa Journalisten über den Ausbruch einer Seuche im Nildelta mit Dutzenden von Toten berichteten, wurden sie wegen »Verunglimpfung des Staates« verhaftet.

Im **März 2008** ist allein schon das Straßenbild frappierend anders: Esel und Pferde sind weitgehend aus dem Straßenbild verschwunden, dafür sind sehr viele neue Autos unterwegs. Verschwunden sind auch die Leute, die an der Straße ihr Mobiltelefon als »Telefonzelle« angeboten haben – Handys sind jetzt weit verbreitet. Ebenso das Internet: Gab es vor fünf Jahren in Alexandria vielleicht zehn Internetcafes, haben heute selbst Leute aus der Mittelschicht DSL-Anschluss. Überall wird neu gebaut. Das »islamische Kairo«, die Altstadt aus Saladins Zeiten, wird straßenzugweise mit viel Geld für Touristen saniert und rausgeputzt.[4]

Auf der anderen Seite: War es früher verpönt, direkt zu betteln (für das Geld wurde immer was geleistet: Tür aufhalten, Parkwächter am Straßenrand, Verkauf von Taschentüchern usw.), so betteln heute viele Leute aus nackter Verzweiflung. Es gibt Tote bei Streitigkeiten in den Schlangen für subventioniertes Brot. Die Mittelschicht dünnt aus, die soziale Schere öffnet sich noch weiter.

Thema Nummer Eins ist zur Zeit die Brotkrise. Die Lebensmittelpreise sind dramatisch gestiegen. Anfang März gibt es Gerüchte, dass die Regierung die Subventionen für Benzin streichen will, worauf es zu Hamsterkäufen und stellenweise zum Zusammenbruch der Benzinversorgung kommt. Die Regierung dementiert umgehend. Manche sagen, dass die Regierung solche Gerüchte gezielt streuen lässt, um die Reaktion der Menschen zu testen. Beim Brot hat die Regierung mit Hinweis auf gestiegene Weltmarktpreise die Menge des importierten Weizens gekürzt. Als es daraufhin zu dramatischen Engpässen bei subventioniertem Brot kommt, schiebt sie die Schuld auf Verfehlungen einzelner Bäcker: alles ein Verteilungsproblem. Schließlich weist sie die Armeebäckereien an, Brot für die Öffentlichkeit zu backen.

In den letzten Jahren hat die Regierung Mubarak versucht, die gestiegenen Einnahmen vor allem aus dem Verkauf von Erdgas für einen neuen industriellen Entwicklungsschub zu nutzen. Um den unproduktiven ArbeiterInnen in den Hintern zu treten, wird versucht, den riesigen informellen Sektor durch staatliche Auflagen zu regulieren und produktiver zu gestalten – etwa indem das System der städtischen Minibusfahrer lizensiert und an feste Routen gebunden wird. In diesem Bereich kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen um den Preis für den staatlichen Eingriff, z.B. wenn Taxi-

Foto:
Sitzstreik von 284 TextilarbeiterInnen der *Mansoura-España Garments Company* in Talkha im Nildelta.

[4] Erstaunlich, wie stark sich innerhalb von wenigen Jahren die Nutzung moderner Kommunikationstechniken bis in Teile der Arbeiterklasse hinein durchgesetzt hat; alle Berichte sprechen übereinstimmend von der Bedeutung, die Informationsaustausch über Weblogs und Mobilisierungen via SMS in den aktuellen Kämpfen haben. Angesichts dessen, dass vor wenigen Jahren abseits der staatlichen Medien zumindest auf Arabisch kaum Informationen »über die Welt« verfügbar waren, ist das nicht zu unterschätzen.
Zwei englischsprachige Blogs:

http://arabist.net/arabawy/
Der Journalist Hossam el-Hamalawy; sein Blog ist sicherlich der umfangreichste, der zudem auf Englisch geschrieben ist

http://hmlc.katib.org/english

The Memory of the Class
Photogalerie von El-Hamalawi zu verschiedenen Streiks und Aktionen von Bewohnern in Armenvierteln
http://www.flickr.com/photos/elhamalawy/collections

Sucht man bei Youtube nach »Egypt« und »Strike«, findet man eine Reihe von (selbstgedrehten) Videos über die letzten Kämpfe
http://www.youtube.com

fahrer um die Höhe ihrer Entschädigung kämpfen, weil ihnen aus »Umweltschutzgründen« ihre über 20 Jahre alten Autos genommen werden sollen. Zum anderen wird der staatlich kontrollierte industrielle Sektor seit 2004 verstärkt privatisiert. Der Textilindustrie als größter Industriebranche kommt hier eine Vorreiterrolle zu. Eine Million Menschen, davon 700 000 Frauen, machen ein Drittel der industriellen Arbeitskraft des Landes aus. Sie erwirtschaften aber lediglich drei Prozent des Bruttoinlandproduktes, denn die Maschinerie ist hoffnungslos veraltet. Doch noch ist die Kapitalisierung der Industrie kein Selbstgänger: Die Regierung schießt Milliarden US-Dollar bei der Errichtung von industriellen Modellzonen[5] hinzu. Bei der Rekrutierung frischer Arbeitskräfte können die Unternehmer nicht, wie in Asien, auf eine junge weibliche Arbeitskraft vom Land zurückgreifen – zwar arbeiten viele Menschen in Ägypten in der Landwirtschaft, aber spätestens seit dem Bau des Assuanstaudamms ist diese auf den Markt ausgerichtet, zumindest im Delta gibt es keine Subsistenzbauern mehr. Man muss auf eine schon proletarisierte Arbeiterklasse zurückgreifen, und die macht Probleme.

[5] Qualified Industrial Zones (QIZ) ermöglichen zollfreien Zugang zum USA-Markt (Voraussetzung: ein Mindestanteil von Zulieferungen aus Israel) und schützen so weiterhin vor dem freien WTO Markt; für 2005 wurde eine Zunahme auf 250 000 ArbeiterInnen erwartet.

Die Streikwelle

Der linke Sozialhistoriker Joel Beinin schrieb Anfang April (Auszüge):[6]

»Die Anzahl der Aktionen wächst weiterhin. Die liberale Tageszeitung *Al-Misri al-Yawm* zählte 222 Streiks, Demos und Proteste 2006 und 580 im Jahr 2007. Die arbeiternahe Website *Workers and Trade Union Watch* berichtet von 27 kollektiven Aktionen allein im Januar 2008. Schätzungen zufolge waren 300 000 bis 500 000 ArbeiterInnen daran beteiligt. Im Laufe des Jahres 2007 griffen die Streiks von ihrem Zentrum in der Textil- und Bekleidungsindustrie auf Bau- und Transport-ArbeiterInnen, die Kairoer U-Bahn-ArbeiterInnen, NahrungsmittelverarbeiterInnen, Bäcker, Stadtreinigung, Ölförderer im Suez und viele andere über. Im Sommer 2007 weitete sich die Bewegung zudem auf Angestellte, Beamte und Facharbeiter aus. Der größte einzelne Kampf war dabei der Streik von rund 55 000 kommunalen Grundsteuer-Eintreibern im Dezember 2007. Nach monatelangen öffentlichen Demonstrationen setzten sie mit einem kurzen Streik ihre Forderung nach Lohngleichheit mit ihren direkt beim Finanzministerium beschäftigten Kollegen durch.

Von längerfristiger Bedeutung war, dass das gewählte Streikkomitee der Steuereintreiber sich defacto in eine unabhängige Gewerkschaft verwandelt hat. Dasselbe passierte bei der staatlichen Textilfabrik in Mahalla. Die TextilarbeiterInnen von Mahalla zählen zu den am besten Organisierten und politisch Bewusstesten. Im November 2007 riefen sie regelmäßige Treffen mit Vertretern anderer öffentlicher und privater Unternehmen ins Leben, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die organisatorische Infrastruktur für eine vom »Allgemeinen Ägyptischen Gewerkschaftsverband« – faktisch einem Arm des Staates – unabhängige Gewerkschaft aufzubauen.

Die oppositionelle mittelständische Intelligenz, die bis Ende 2007 Schwierigkeiten hatte, sich auf die Streikbewegung zu beziehen, zeigt inzwischen konsequentere Solidarität mit der Arbeiterklasse und ihren Forderungen.

Am Freitag, den 17. Februar demonstrierten mehr als 10 000 TextilarbeiterInnen in Mahalla gegen die galoppierenden Preissteigerungen und die Brotknappheit. Die Mahalla-ArbeiterInnen machten die Forderung nach einem staatlichen Mindestlohn von monatlich 1200 Ägyptischen Pfund [ca. 150 Euro] als Ausgleich für die Inflation populär. Diese Demonstration brachte den Gewerkschaftsverband dazu, sich für eine Anhebung des Mindestlohns von den seit 1984 üblichen 115 auf monatlich 800 Ägyptische Pfund einzusetzen.

Im März streikten Universitätsprofessoren einen Tag lang gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. Auch Ärzte drohten mit Streiks. Die Beteiligung dieser Mittelklasse-Fachkräfte an den Protesten verlieh der Arbeiterbewegung breitere Legitimität und brachte das Regime Mubarak weiter in Misskredit. Es bemühte sich in letzter Zeit, durch Subventionserhöhungen die Unzufriedenheit über den Mangel an Grundgütern in Schach zu halten. Wie auch immer – die politische Perspektive der Streikbewegung bleibt offen.«

Die Kämpfe der ArbeiterInnen können für das Kapital nützlich werden, wenn sie die verkrusteten patriarchalen Beziehungen aufbrechen. Dafür werden die Herrschenden auch einige Bauernopfer bringen. Dass beispielsweise die Korruption einzelner Beamter kein Tabuthema mehr ist und sie unter Umständen auch verhaftet werden, deutet in diese Richtung.

In diesen Kämpfen kann auf Seiten der Arbeiterklasse aber auch etwas völlig Neues entstehen. Dass die einzelnen Kämpfe zu einer Welle geworden sind, in der die Leute anfangen, sich aufeinander zu beziehen, lässt jedenfalls hoffen. ■

[6] *Underbelly of Egypt's Neoliberal Agenda*, www.merip.org. Hier findet Ihr die neueste Ausgabe des Merip Reports

»Ihnen geht alles zu langsam... «

Update zur China-Beilage von *Wildcat* 80

Was wolltet Ihr mit Euren Analysen und Veranstaltungen politisch erreichen?

Wir wollten im Grunde klarmachen, dass China für die Zukunft des Kapitalismus eine bedeutende Rolle spielt. Mit der Entwicklung zur »Fabrik der Welt« ist auch eine neue Arbeiterklasse entstanden, und heute sind grob ein Viertel der ArbeiterInnen auf der Welt aus China. Das bedeutet auch, dass eine größere Klassenbewegung in China weltweit alles in Bewegung setzen kann! Wir wollten rausfinden, was in China los ist und welche Beziehung es zwischen Kämpfen hier und dort gibt bzw. noch geben kann.

Wie waren bisher die Reaktionen auf Eure Artikel?

Die Leute nutzen sie, um sich eine Basis zu schaffen, denn viele wissen bisher wenig darüber. Was sie politisch damit anfangen, kann ich noch schwer einschätzen. Auf den bisherigen Veranstaltungen zur Beilage waren erstaunlich viele Leute, und das Interesse ist größer geworden.

Ein Schwerpunkt im Heft sind die Wanderarbeiter. Sie standen im letzten Jahrzehnt im Zentrum der weltweiten kapitalistischen Verwertung...

... und stehen im Zentrum der Auseinandersetzungen, weil sie die dynamische Kraft der Entwicklung sind. In der Beilage versuchen wir aber auch die anderen beiden sozialen Kräfte zu fassen, die staatlichen ArbeiterInnen und die Bauern. Bei den WanderarbeiterInnen bricht viel auf, vor allem bei den jungen Frauen, die in die Industriegebiete des Ostens ziehen. Positiv ist, dass sie zunehmend den patriarchalen und »feudalen« Beziehungen und Strukturen auf dem Land entkommen, aber gleichzeitig kann das auch dramatische Formen annehmen, wenn soziale Gefüge zerfallen und ihnen jede Absicherung verloren geht.

Du warst gerade noch mal in China. Hat sich deine Einschätzung geändert?

Ja, wir können jetzt tatsächlich von einer »zweiten Generation« der WanderarbeiterInnen sprechen, eine soziale Generation, die in einer anderen Situation steckt als die erste vor zehn Jahren. Die WanderarbeiterInnen heute sind lauter und offener und haben vor allem eine ganz andere soziale Perspektive. Die erste Generation ist in die Stadt gegangen, um Geld zu verdienen, das sie ins Dorf zurückgeschickt hat, um der Familie zu helfen, aber auch in der Hoffnung, sich selber dort eine Existenz aufbauen zu können: ein Haus, ein Geschäft... Ihnen war noch klar, dass sie zurück gehen. Die jetzige Generation muss oft kein Haus mehr für die Familie bauen, das haben die Eltern schon getan. Viele wollen langfristig in der Stadt bleiben, was sie nicht dürfen, da es immer noch die »Haushaltsregistrierung« gibt. Und oft reicht der Lohn nicht für eine eigene Wohnung in der Stadt. Sie klemmen regelrecht dazwischen, wissen nicht, wo sie langfristig leben können. Aber sie sind mutiger, militanter, machen deutlich, was sie wollen und streiken schneller. Und sie haben auch aufgrund der Arbeitskräfteknappheit bessere Chancen, sich durchzusetzen. Einige wechseln einfach den Job, wenn ihnen langweilig ist. »Das ist hier wie ein Knast, ich hasse diese Arbeit!« So was hörst du heute ständig. Das war vor zehn Jahren nicht so.

Gibt es Auseinandersetzungen um die Haushaltsregistrierung?

Sie wird nicht mehr so strikt durchgesetzt wie noch vor Jahren. Leute vom Land können vorübergehende Aufenthaltserlaubnisse bekommen, wenn sie Arbeit finden, sie dürfen sich nur weiterhin nicht langfristig in der Stadt niederlassen. In den aktuellen Konflikten geht es aber weniger um die Forderung

Unruhen in China
Veranstaltungen der Redaktion der China-Beilage von Wildcat 80

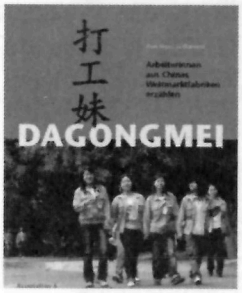
Nächste Termine:

Dortmund (BUKO):
Sonntag, 11. Mai 2008, 10:00 Uhr.
Universität Dortmund, Emil-Figge-Str. 50 (Campus Nord); (www.buko.info)

Braunschweig: Dienstag, 20. Mai 2008, 19:30 Uhr. Grotian, Zimmerstr. 24c,1. OG

Halle: Donnerstag, 29. Mai 2008, 20:00 Uhr. Infoladen, Ludwigstraße 37 (www.ludwigstrasse37.de)

Pun Ngai und Li Wanwei:
Dagongmei. Arbeiterinnen aus Chinas Weltmarktfabriken erzählen
ca. 240 Seiten | erscheint Juni 2008 | 18.00 / 32.90 sF



Mit Chinas rasanter Entwicklung vom maoistischen Armenhaus zum »Fließband der Welt« entstehen neue Arbeitersubjekte, darunter die Dagongmei, wörtlich: arbeitende Schwestern. Millionen junge Frauen migrieren vom Land in die Städte, um dort in den Weltmarktfabriken zu arbeiten. Sie kommen als Teenager und kehren meist mit 25 aufs Land zurück. Pun Ngai und Li Wanwei haben in der Industriestadt Shenzhen im Rahmen eines Unterstützungsprojektes Dagongmei interviewt und ihre Geschichten aufgeschrieben. Die Frauen erzählen von der Benachteiligung der Mädchen in der Familie, der Flucht aus dem Dorf, Gefahren der Wanderung, den Bedingungen in den Betriebswohnheimen und an den Fließbändern, von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Es wird deutlich, welch bittere Erfahrungen sie machen und wie sehr sie um ihren Raum und ihre Freiheit kämpfen müssen. Gegen arrangierte Ehen, die despotischen Vorgesetzten und die Diskriminierung durch die lokalen Behörden finden sie trotz aller Probleme und Widersprüche Wege des Widerstands. Sie erkämpfen sich ein neues Selbstbewusstsein, und manche organisieren Petitionen, Demonstrationen und Streiks. Pun Ngai hat selbst in einer Fabrik in Shenzhen gearbeitet. Ihre genaue Schilderung der Verhältnisse dort, der Überwachung und Auspressung am Fließband, der Beziehungen der Dagongmei untereinander und ihrer Widerstandsformen ergänzt die Erzählungen der jungen Frauen.

nach Abschaffung der Haushaltsregistrierung als vielmehr um ausreichende Geldmittel, um in der Stadt bleiben zu können.

In den Kämpfen der letzten Zeit haben die qualifizierten FabrikarbeiterInnen und VorarbeiterInnen eine wichtige Rolle gespielt. Auch sie sind oft WanderarbeiterInnen. Sie wollen einen Lohn, der ausreicht, um eine Wohnung zu mieten, ihre Kinder in der Stadt in die Schule zu schicken usw. In den gegenwärtigen Kämpfen setzen sie oft durch, dass alle streiken.

Die Situation der einfachen ProduktionsarbeiterInnen ist anders. Ihr Lohn reicht bei weitem nicht für das Stadtleben oder eine eigene Wohnung. Wenn sie in der Stadt bleiben wollen, müssen sie in der Regel in Wohnheimen leben, ohne Familie. Allerdings unterlaufen auch viele die Aufenthaltsregelungen, leben in der Illegalität. In den Dörfern im Umkreis der Städte entstehen zudem »Wanderarbeiter-Communities«. Die Bauern werden zu Hausbesitzern, und in ihren Häusern und Verschlägen leben Bauarbeiter, Müllsammler, FabrikarbeiterInnen. Die versuchen, ihre Familien nachzuholen, die Kinder dort zur Schule schicken usw. Das ist die chinesische Version von Slums.

Wie wichtig sind die Verwandtschaftsbeziehungen und die Herkunft bei der sozialen Organisierung der WanderarbeiterInnen? In der Beilage wird angedeutet, dass sich da was verändert.

So ist es, allerdings in unterschiedlichem Maße. Bei den Bauarbeitern kommen die Kolonnen, die von einer Baustelle zur nächsten ziehen, aus einem Dorf und werden dort von einem einheimischen Subsub-Unternehmer angeheuert. Hier spielen Herkunft und Dorfgemeinschaft noch eine ganz andere Rolle als in der Fabrik. Viele junge FabrikarbeiterInnen sind auch mit Leuten aus ihrer Gegend unterwegs, aber die Fluktuation in den Fabriken ist hoch und die ArbeiterInnen sind immer wieder mit Leuten aus anderen Provinzen zusammen, wenn sie in einen neuen Betrieb kommen – und auch, wenn sie kämpfen.

Haben sich die Löhne der WanderarbeiterInnen verbessert?

Ja, in den Industriegebieten im Osten haben die Leute in den letzten zwei, drei Jahren real um die 20 Prozent höhere Löhne durchgesetzt, und auch die Situation in den Wohnheimen ist teilweise besser geworden. Heute haben die meisten ein Handy und gehen ins Internetcafé. Ab Anfang 2007 stieg aber die Inflation, und die Provinzregierung in der Provinz Guangdong weigerte sich z.B., den Mindestlohn wie in den Jahren vorher zu erhöhen. Es gab dann eine deutliche Zunahme von Streiks, so dass die Provinzregierung Ende 2007 dem Druck nachgab und den Mindestlohn doch erhöhte. Auch hier zeigt sich, dass sich die Situation im Vergleich zu 2002 oder 2003 geändert hat: Den WanderarbeiterInnen geht alles zu langsam! Sie wollen bessere Einkommen, ein besseres Leben, und sie wollen in der Stadt bleiben. Daraus wächst eine Unzufriedenheit, eine spürbare Wut.

Wie reagiert das Regime auf diese Wut?

Auch das Regime ist nicht mehr das alte. Es hat sich weiterentwickelt, hat mehr »Sensoren« geschaffen, um mitzukriegen, was diskutiert wird, wie »böse« die Leute sind, was sie wollen und was für Bewegungen es gibt. Sie haben neben der Repression auch andere Instrumente geschaffen oder weiterentwickelt, wie Schlichtungsorgane bei Arbeitskämpfen oder sozialstaatliche Maßnahmen, Sozialversicherungen oder ähnliches. Eine Aktivist aus Hongkong nannte das »Mittel zur Absorption der sozialen Kämpfe«.

Im Februar gab es eine »Schneesturmkrise«. Was hat es damit auf sich?

Vor dem Frühlingsfest im Februar wollten die Leute wie üblich ihren Lohn ausgezahlt bekommen und dann in ihre Dörfer fahren. Auf dem Bau bekommen die Arbeiter z.B. erst kurz vor dem Fest ihren Jahreslohn. Alle sind nervös. Die ArbeiterInnen, weil sie nicht wissen, ob sie den Lohn kriegen, wann sie nach Hause kommen und was passiert, wenn sie wiederkommen. Und die Unternehmer sind nervös, weil sie nicht wissen, ob die ArbeiterInnen nach dem Fest zurückkehren.

Als dann der Schneesturm kam und im Süden die Energieversorgung zusammenbrach, geriet die »Heimreise« der Millionen WanderarbeiterInnen ins Stocken. An manchen Bahnhöfen standen Zehntausende, viele schon mit Ticket in der Hand, aber es kam kein Zug. Die Regierung war äußerst besorgt, versuchte die wütenden Leute zu beruhigen, und schickte Soldaten und Polizisten, um sie in Schach zu halten. Die Angst der Regierung war offensichtlich. Ihr Bild von der »Harmonischen Gesellschaft« bekam eine Delle.

Die schnelle Entwicklung in China ist eng geknüpft an die Herstellung von Konsumprodukten für den Weltmarkt, von Klamotten, Spielzeug bis zu Computern. Nun werden die Grenzen auf dem Weltmarkt sichtbar. Gleichzeitig aber auch nach innen: Viele realisieren, dass das Versprechen auf Entwicklung und Reichtum für sie nicht gilt...

... aber dieses Versprechen gibt es noch, zumindest für all jene, die es schaffen, in die Städte zu kommen und dort zu arbeiten. In China geht es heute kaum noch um Essen oder Kleidung, und auch viele ArbeiterInnen in den Städten haben

Handys oder Digitalkameras. Es hat sich also was getan. Sie sind aber nicht »zufrieden«, denn es ist noch ein langer Weg bis zur eigenen Wohnung oder gar zum eigenen Auto. Das Versprechen zieht also noch. Das kann sich allerdings schnell ändern, wenn mit der »Finanzkrise« in den USA und anderswo der Boom in China zusammenbricht und die Leute ohne Jobs und Einkommen dastehen.

Was passiert in China, um einem drastischen Rückgang des Weltmarkts und einem Zusammenbruch des chinesischen Entwicklungsmodells zu begegnen?

Das chinesische Regime versucht seit Jahren gegenzusteuern. Der Export von Konsumartikeln in die USA war bisher die zentrale Säule des Booms, und die Exportüberschüsse wurden vor allem in US-Staatsanleihen angelegt, flossen also in die USA zurück und ermöglichten somit diesen Export-Kredit-Kreislauf zwischen China und den USA, der jetzt zusammenzubrechen droht.

Mittlerweile werden aus einigen Ballungsgebieten die dreckigen und billigen Industrien rausgedrängt und Hitech-Produktionsstätten hochgezogen. Und das Regime versucht, den Handelsaustauch mit Europa und anderen Regionen zu verstärken und nicht so sehr auf die amerikanische Blase zu setzen.

Nun kommt es drauf an, ob wir einen rapiden Zusammenbruch erleben oder einen graduellen Abstieg, also eine Art kontrollierter Rezession. In Diskussionen mit AktivistInnen und ArbeiterInnen wurde mir aber klar, dass sie eine harte Landung überraschend und unvorbereitet treffen wird. Anders als hier kennt eine 20-jährige Arbeiterin in China diese Art »Krise« noch nicht. In den letzten Jahren gab es genug Jobs, und es ging langsam, aber kontinuierlich bergauf, trotz all der Probleme.

Lohndruck von unten und von »außen« – Indonesien, Vietnam... wie diskutieren die ArbeiterInnen das?

In bestimmten Branchen, wie bei Textil, gibt es Verlagerungen in andere Länder oder ins chinesische Binnenland, aber für die ArbeiterInnen im Osten Chinas hat das bisher wenig Auswirkungen, weil es Arbeitskräfteknappheit und viele offene Stellen gibt. Und die WanderarbeiterInnen, die oft aus tausend Kilometer entfernten Dörfern kommen, sind mobil und fahren dorthin, wo sie Arbeit finden.

Der Lohndruck von unten ist stark, und die inländischen und ausländischen Investoren beschweren sich bei der chinesischen Regierung. Die weiß, dass sie hier reagieren muss, um einerseits die wirtschaftliche Entwicklung abzusichern und andererseits die Konflikte in den Griff zu kriegen.

Wenn die Regierung die Konflikte im Griff behalten will, dann gilt das auch für die gegenwärtigen Demos und Aktionen in Tibet...

Dort spielt die Diskriminierung der TibeterInnen eine große Rolle, aber das vermischt sich mit sozialen Fragen. Tibet ist eine der ärmsten Regionen Chinas, und die TibeterInnen haben wenig Anteil am Boom. Sie bekommen aber mit, dass es im Osten Chinas bessere Bedingungen gibt, und in Tibet vor allem die ChinesInnen von dem profitieren, was dort vom Aufschwung ankommt oder investiert wird. Auf dem Bau in Lhasa sollen Tibeter z.B. nur halb so viel Lohn bekommen wie Chinesen.

Das chinesische Regime hat ein Interesse an der Ethnisierung der Konflikte bzw. der Betonung ethnischer Hintergründe. Es braucht den chinesischen Nationalismus als sozialen Kitt, und will die Kommunistische Partei als einzige Ordnungsmacht darstellen, die das Land zusammenhalten kann. Deswegen schürt sie die Stimmung gegen die TibeterInnen – wie sonst auch gegen die Uiguren. In den Tagen nach dem Riot in Lhasa gab es ähnliche Bilder wie 1992 nach dem Riot in Los Angeles. Damals wurde ein weißer LKW-Fahrer aus dem Truck gezogen, diesmal war es ein chinesischer Motorradfahrer. So was konntest du ab Mitte März im chinesischen Fernsehen sehen.

Die tibetische Exilregierung und die westlichen Staaten, aber auch das chinesische Regime stellen den Konflikt als Frage »nationaler« Unabhängigkeit hin. Letztlich geht es allen um eine Eindämmung der sozialen Konflikte und die Durchsetzung einer »nationalen« Ordnung. Sie haben nur unterschiedliche Vorstellungen, wer dabei in Tibet die staatliche Gewalt ausüben soll.

Handelt es sich in Tibet um einen ersten Aufstand der »Abgehängten«?

Das ist möglich. Bisher haben wir wenige gesicherte Informationen über das Ausmaß und die Hintergründe des Widerstands. In einer Diskussion mit Aktivisten in China sagte jemand, wenn andere Gruppen mitkriegen, dass da was geht, könnte das eine Welle sozialer Unruhen auslösen, welche weit über die gegenwärtigen Konflikte hinausgeht. Das wissen auch die Machthaber. Sie müssen die Demonstrationen in Tibet niederschlagen und damit allen Grenzen aufzeigen, damit nicht andere ebenfalls losschlagen. Diese Demonstration polizeilicher und militärischer Macht ist eine Drohung an alle Bewegungen in China. Tibet bietet sich an, weil es abseits der großen kapitalistischen Produktionsketten und Warenströme liegt und die Regierung dort militärisch durchgreifen kann, ohne die kapitalistische Akkumulation zu gefährden. ■

Die südkoreanische Arbeiterklasse:

Vom Massenstreik zu Deregulierung

Den großen Kämpfen in Südkorea Ende der 1980er Jahre folgte mit der Demokratisierung die Fragmentierung der Arbeiterklasse, die bis heute jede Kampfkraft lähmt. Der folgende Artikel von Loren Goldner führt diese Zersetzung zum einen auf die weltwirtschaftlichen Entwicklungen und die asiatische Finanzkrise, zum anderen auf die Politik der Gewerkschaften zurück. Die einst radikalen Kräfte kooperieren heute mit dem Kapital und tragen zum Gegeneinander von ArbeiterInnen mit regulärem und dereguliertem Status bei. Hintergrund ist Loren Goldner zufolge, dass ein Teil der ArbeiterInnen wegen der jahrzehntelangen Erfahrung von Diktatur und Korruption zunächst zu bürgerlicher Demokratie und Neoliberalismus hingezogen waren. Aus der südkoreanischen Geschichte erklärt sich auch, dass die Linke von den Entwicklungen in der Neuen Linken in anderen Ländern ab den 1960er Jahren abgetrennt und stark stalinistisch geprägt war. Viele AktivistInnen zogen sich nach dem Ende der Sowjetunion, dem Einsetzen harscher Repressionen und den ersten Niederlagen zurück.
Der Artikel hilft erstmal dabei, die Spaltung und die Schwäche der ArbeiterInnen in Südkorea zu verstehen. Allerdings erfahren wir wenig aus der Sicht der ArbeiterInnen selber über ihre Kämpfe, auch wenn der aktuelle Streik bei E-Land ausführlich geschildert wird, in dem Loren einen Aufbruch sieht.

[1] Siehe *Wildcat* 42 und 43: Südkorea – Demokratie oder Arbeiterautonomie

Die Streikwelle, die in Korea als *Der Große Arbeiterkampf* (*Nodongja Taettujaeng*) bekannt ist, begann im Juni 1987 und dauerte in beachtlicher Stärke bis 1990. Sie ist so bedeutend wie die polnische *Solidarnosc* 1980-81, die iranischen Arbeiterräte 1979-81 oder die Streikwelle in Brasilien von 1978-83, also eine Schlüsselepisode im Klassenkampf der 1980er. Sie erschütterte die Fundamente einer seit dem Koreakrieg fast durchgängigen Diktatur, erreichte für weite Teile der südkoreanischen Arbeiterklasse bedeutende Lohnerhöhungen und etablierte für eine kurze Zeit (1990-94) im *Nationalen Gewerkschaftskongress NGK (ChoNoHyop)* radikaldemokratische Gewerkschaften, die sich zumindest verbal dem Antikapitalismus verschrieben.[1]

Doch kaum hatte die Streikwelle ihren Sieg errungen, wurden ihre Erfolge schon wieder untergraben. Der ChoNoHyop wurde durch staatliche Repression gegen seine besten Militanten zerstört, während die Regierung die konservativeren Aktivisten dabei unterstützte, ab 1995 den Koreanischen Gewerkschaftsverband *KGV* (*Minju Nochong*) aufzubauen.

Trotz Finanzkrise, »Strukturanpassung« und einer fast endlosen Reihe von Rückschlägen musste die südkoreanische Arbeiterklasse Stufe um Stufe niedergeschlagen werden – in langen und bitteren Streiks – und die jüngsten Ereignisse zeigen, dass ihre Kampfbereitschaft noch immer anhält. Heute, 20 Jahre nach dem *Großen Arbeiterkampf* von 1987, ist die Situation der ArbeiterInnen in Südkorea eine der größten Erfolgsgeschichten kapitalistischer Deregulierung weltweit, zumindest unter den entwickelten Industrieländern. Etwa zehn Prozent der südkoreanischen ArbeiterInnen sind in Gewerkschaften innerhalb des *KGV* organisiert und haben geregelte Jobs und Löhne, während 60 Prozent deregulierte, ausgelagerte und verschlankte Arbeitsplätze haben.

Hintergrund: Der Generalstreik und die IWF-Krise 1997-1998

Ende 1996 peitschte die Regierung Kim Young Sam in einer nächtlichen Sondersitzung des Parlaments und in Abwesenheit der Opposition das erste einer Reihe von Gesetzen zur Deregulierung der Arbeit durch. Diese Gesetze waren darauf ausgelegt, die Wirtschaft des Landes vollständig auf die Linie der »Globalisierung« zu bringen, Unternehmern die Entlassung von ArbeiterInnen zu erleichtern und das Nebeneinander unterschiedlicher Arbeitsverträge zu ermöglichen. Die Unternehmer hatten die Errungenschaften der Arbeiter aus den

und Rückzug

Demo mit Riot-Polizei vor einer New Core-Filiale

80er Jahren stetig scheibchenweise zurückgedrängt, die Wirtschaft siechte während des gesamten Jahres 1996 weiter dahin, und Bankrotte häuften sich, doch dies war die erste direkte Konfrontation mit der neu gewonnenen Macht der Arbeiterklasse.

Der *KGV*, fest in der Hand der Rechten, die den *NGK* besiegt und abgelöst hatten, rief unter dem Druck der Massen sofort zum Generalstreik auf. Dieser Aufruf wurde auch weithin befolgt. Sogar die konservative »gelbe« Gewerkschaft *FKTU* aus der Zeit des Kalten Krieges beteiligte sich. Auch Angestellte nahmen teil, und an seinem Höhepunkt waren drei Millionen ArbeiterInnen im Streik. (Der ursprüngliche Gesetzestext wurde zurückgezogen, doch im März 1997 wurde ein praktisch gleichlautendes Gesetz verabschiedet, ohne dass der *KGV* groß eingeschritten wäre.) Die historische Erfahrung der südkoreanischen Arbeiterklasse und die Neuheit der Deregulierung führten wieder einmal dazu, dass der Streik eher »antifaschistisch« wurde als anti-neoliberal. Der *KGV* tat alles in seiner Macht stehende, um eine Konfrontation mit der Regierung zu vermeiden, und demobilisierte tatkräftig, wo er nur konnte. Die Basis ihrerseits zeigte große Spontaneität, etwa bei *Hyundai* und *Kia Motor Company*. Es gab Gerüchte, denen zufolge der *KGV* sich heimlich mit den Kapitalisten traf und ihnen versicherte, dass der Streik unter Kontrolle und am Abflauen sei. Er schlug die ohnmächtige Taktik des »Mittwochsstreiks« vor – die in den folgenden Jahren oft wiederholt wurde. Der Streik lief Ende Januar ohne Ergebnis langsam aus.

Als Folge des Generalstreiks wurde im Frühjahr 1997 die Koreanische Demokratische Arbeiterpartei (*KDAP* oder Minju Nodong Tang) gegründet, in der dieselben Rechtsgerichteten vertreten waren, die im *KGV* das Sagen hatten.

Der Misserfolg des Generalstreiks vom Januar 1997 wurde allerdings von den Verwüstungen der südkoreanischen Wirtschaft während des asiatischen Finanzmeltdowns von 1997-98 noch in den Schatten gestellt.

Die Krise hatte im Juli 1997 mit dem Verfall der thailändischen Währung begonnen und schwappte in den folgenden Monaten quer durch ganz Asien. Jedes Land, das freudig den »freien Markt« begrüßt und demzufolge seine Kontrollen über das Kapital gelockert hatte, erlebte eine massive Kapitalflucht und den plötzlichen Verfall seiner Währung, wobei Thailand, Indonesien und Südkorea am stärksten betroffen waren. Bis die Regierung Kim Young Sam im November 1997 vom *IWF* die Finanzspritze von 57 Mrd. US-Dollar erhielt, hatte der südkoreanische Won 40 Prozent an Wert verloren. Als Bedingung für die Auszahlung der Summe mussten alle vier Kandidaten zur Präsidentschaftswahl im Dezember 1997 unterschreiben, dass sie sich mit dem *IWF*-Abkommen einverstanden erklärten. Somit musste Kim Dae Jong, der nach Jahrzehnten der Unwägbarkeiten demokratischer Opposition endlich zum Präsidenten Südkoreas gewählt worden war, seine Amtszeit damit verbringen, das drakonische Paket der *IWF*-Maßnahmen durchzusetzen: Entlassungen, Kürzungen bei den öffentlichen Dienstleistungen, den fremdfinanzierten, unkontrollierten Ausverkauf südkoreanischer Industrien und Banken an ausländische Firmen, sowie die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse. Wie zuvor die organisierte Arbeiterbewegung Südkoreas feierte die südkoreanische Demokratie ihren Triumph just in dem Augenblick, als die Erfüllung ihrer bisherigen vorgeblichen Versprechen unmöglich geworden war – und sie triumphierte als das notwendige Feigenblatt für solch bittere Medizin.

Die Zahl der Bankrotte und Selbstmorde nahm sprunghaft zu. Ursprünglich hatte der *IWF* von den südkoreanischen Banken verlangt, die Hälfte ihrer Belegschaft zu entlassen (dieser Anteil wurde später auf 30 Prozent gesenkt), ähnlich im Öffentlichen Dienst. Bis 1999 verdreifachte sich die Arbeitslosenquote, und Millionen wurden in Armutsverhältnisse zurückgeworfen.

In dieser Situation spielten Kim Dae Jong und der *KGV* die ihnen gebührende Rolle. Kim brachte im Februar 1998 den *KGV* zur »historischen Übereinkunft«, im Gegenzug zu dessen voller Legalisierung Hunderttausenden vom *IWF* geforderten

Entlassungen und Betriebsverkleinerungen zuzustimmen. Zur Beschönigung richtete die Regierung Kim Dae Jong 1998 die gemäß korporatistischen Grundsätzen aufgebaute Dreiparteien-Kommission aus Vertretern von Staat, Kapital und Arbeitern ein. Diese Institution war völlig bedeutungslos und handelte natürlich nur zugunsten von Staat und Kapital.

1998 gab es einige breitere Streiks gegen Entlassungen, etwa bei der *Hyundai Motor Company* (*HMC*), aber die neue Leitung des *KGV* wurde verhaftet und die Streiks insgesamt niedergeschlagen. Während der IWF-Krise wurden viele kleine Fabriken ausradiert, einschließlich solcher mit kämpferischen Belegschaften, die zu Zeiten der Streikwelle gegen Ende der 1980er Jahre entstanden waren und zuvor mit dem *KGV* sympathisiert hatten. So wurden im Einklang mit der Erfüllung der IWF-Forderungen die zu deregulierten Bedingungen Beschäftigen zum ersten Mal ein bedeutendes Phänomen innerhalb der südkoreanischen Arbeiterschaft. Als Reaktion auf den erzwungenen Ausverkauf der *Korea Telcom*-Aktien an Investoren der Wall Street beispielsweise brach ein Streik aus. Dieser wies immer mehr Anzeichen der zunehmenden Spaltung zwischen regulären und deregulierten Arbeitern auf. Die älteren regulären ArbeiterInnen erhielten nicht nur mehr Geld für weniger Arbeit, ihnen fehlten auch die Computerkenntnisse der jungen Deregulierten, so dass sie fürchteten, ihre Arbeitsplätze zu verlieren. Die Gewerkschaftsführer hielten scharfe Reden, unternahmen aber nichts. Schließlich streikten sowohl die regulären als auch die deregulierten Arbeiter, allerdings nicht gleichzeitig. Der Streik bei *Korea Telcom* endete mit der Entlassung von 10000 deregulierten ArbeiterInnen.

Das Abkommen vom Februar 1998 zwischen Kim Dae Jong und der rechten *KGV*-Führung über Massenentlassungen führte zu einer Revolte der *KGV*-Basis. Die gesamte Führung wurde abgesetzt, nachdem mit Stahlrohren bewaffnete Arbeitermilitante die *KGV*-Büros besetzt hatten. Eine neue linke Führung übernahm die Kontrolle und versuchte im Mai, Juni und Juli vergeblich, nochmals einen Generalstreik gegen das neue Arbeitsgesetz in Gang zu bringen. Die alte Führung hielt sich in den Gewerkschaften der Schwerindustrie verschanzt und wandte sich gegen militante Aktionen. Im Sommer 1998 gab es einen 28 Tage langen Streik bei *HMC*, der mit der Entlassung von 10000 regulären Arbeitern endete. An ihrer Stelle wurden binnen zweier Jahre 10000 deregulierte Arbeiter eingestellt. *Korea Telcom* und verschiedene Banken feuerten ebenfalls reguläre Arbeiter und stellten sie als Deregulierte wieder ein.

[2] »Nationale Befreiung« oder *Juche-isten*: eine pro-nordkoreanische Fraktion (»juche« bedeutet nach nordkoreanischer Doktrin etwa Autarkie).

E-Land-ArbeiterInnen fordern die Wiedereinstellung ihrer gefeuerten KollegInnen

Nach 1998 – Der Gegensatz zwischen regulären und deregulierten Arbeitern wird zum Hauptproblem der Arbeiterbewegung

Seit der IWF-Krise gewannen die Frage der deregulierten Arbeit und der Antagonismus zwischen regulären und deregulierten Arbeitern in der südkoreanischen Bewegung an Bedeutung. Die regulären Arbeiter sehen in den Deregulierten eine Gefährdung ihrer Jobs. (Im Jahr 2000 wurde eine landesweite Gewerkschaft der deregulierten ArbeiterInnen gegründet, daraus wurde inzwischen ein Dachverband mit über 50000 Mitgliedern).

Schon 1999 hatte ein landesweiter 32-Tage-Streik von 4000 Tutoren der Jaenung-Schulen (Hakwon, Privatakademien für Feierabendstudien) das Recht auf Tarifverhandlungen durchgesetzt. Die Regierung hatte bestritten, dass sie Arbeiter seien, und bezeichnete sie stattdessen als »unabhängige Subunternehmer«. Der Streik war wichtig, denn er zeigte, dass es möglich ist, deregulierte ArbeiterInnen zu organisieren, sogar gegen den Widerstand von Staat und Arbeitgebern.

Ein weiterer Streik bei *Korea Telcom* in den Jahren 2000-2002 dauerte 517 Tage. Nach der Niederlage wurde die Gewerkschaft der deregulierten Arbeiter aufgelöst. Die regulären ArbeiterInnen bei *Korea Telcom* waren allgemein den deregulierten gegenüber feindlich eingestellt. Nach dem Streik stellte *Korea Telcom* Leute als »indirekte Subunternehmer« ein. 2002 wurden 49 Prozent der Anteile des Unternehmens an US-Investoren verkauft, was mit erhöhten Abfindungszahlungen sowie der Ausgabe von Aktien an die Festangestellten verbunden war.

2000-2001 gab es einen Streik bei einer Klimaanlagen-Fabrik, der über einen Monat dauerte und gegen die Militanz der deregulierten ArbeiterInnen von den Regulären verraten wurde.

Ein Gegenbeispiel ist jedoch die Kampagne zur Organisierung der Arbeiter bei *Lotte Hotel* im Jahr 2000. Sie zeigte, dass eine Gewerkschaft der regulären ArbeiterInnen unter bestimmten Umständen

Deregulierte organisieren konnte. Nach gewaltigen Repressalien seitens der Hotelbesitzer und der Verhaftung von Streikenden willigte das Hotel ein, die Verträge seiner ArbeiterInnen über einen Zeitraum von zwei Jahren zu regularisieren.

Während derselben Jahre driftete die *KDAP* jedoch nach rechts, und die Vorherrschaft der auf die Bürokraten des *KGV* und die Politiker der *KDAP* ausgerichteten »NB«-Linie[2] verhinderte die Organisierung deregulierter Arbeiter. (Im Jahr 2004 half der *KGV* sogar einem *Hyundai*-Manager bei seiner Wahlkampagne als Unabhängiger.) Einige Militante sahen im *KGV* einen integralen Bestandteil des Neoliberalismus, der sogar Auslagerungen durchsetze. Zum Beispiel gelang 2003 LKW-Fahrern aus Pusan ein Streik, aber Regierung, Arbeitgeber, *KGV* und *KDAP* sabotierten ihn. Im selben Jahr brach ein großer Streik in der *LG Caltex*-Raffinerie aus (heute *GS Caltex*), aber der KGV unternahm nichts, um den Streikenden zu helfen. 2005 streikten in Ulsan 10 000 deregulierte Öl- und Chemiearbeiter 83 Tage lang für bessere Arbeitsbedingungen. Die per Arbeitsgesetzgebung vorgeschriebene komplizierte Beschäftigungsstruktur und die Firmenstrategie lähmten den Streik jedoch. Für die Schlichtung wurde ein »Komitee für die Region Ulsan« gegründet, das aus Kapitalisten, Managern, kleineren Unternehmern, NGOs und der Ulsaner *KGV*-Fraktion bestand. Eine Vereinbarung wurde erzielt, die sich auf die Anerkennung der Gewerkschaft beschränkte. Die ArbeiterInnen nahmen die Arbeit wieder auf, während die »Diskussion« im Komitee sechs Monate lang anhielt, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Die Firma erreichte die Wiederaufnahme der Arbeit durch kleine Zugeständnisse. Nachdem *KGV* und *KDAP* sich aus dem Geschehen zurückgezogen hatten, setzte sie jedoch nie auch nur einen Teil der Vereinbarung in Kraft.

Über den Sommer 2005 gab es bei Ulsan *HMC* wieder eine Schlacht um Deregulierung, als ein Arbeiter sich aus Protest selbst tötete und die Gewerkschaft sich weigerte, seinen Tod in Zusammenhang mit der Arbeitssituation zu stellen. Die Deregulierten versuchten, das Fließband anzuhalten, aber die regulären Arbeiter zogen nicht mit. Manager ließen das Band mit Streikbrechern wieder anlaufen, während die regulären Arbeiter dabeistanden und nichts unternahmen. Alle an dem Kampf beteiligten deregulierten Arbeiter wurden gefeuert.

Im Juni 2006 stimmte die Metallergewerkschaft dafür, eine Industriegewerkschaft zu bilden. Das war ein Versuch, die Zersplitterung der Arbeiter in die Myriade von Tochterfirmen-Ausgründungen mit unterschiedlichen Verträgen zu überwinden, aber *HMC* verhandelt immer noch mit der *HMC*-Firmengewerkschaft. Viele militante Arbeiter waren wegen ihrer korporatistischen Ausrichtung gegen diese Initiative für eine Industriegewerkschaft. Später im Sommer traten die deregulierten Bauarbeiter der gigantischen *POSCO* Stahlwerke in Pohang in einen wilden Streik und erlitten eine Niederlage. Und als im August 2007 die deregulierten Arbeiter bei *KIA Motor Company* wild streikten und einen Teil der Fabrik besetzten, wurden sie von den regulären Arbeitern von *KIA* mit körperlicher Gewalt angegriffen und zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen.

Eine positive Entwicklung ist, das im November 2007 reguläre und deregulierte Arbeiter der *HMC* in Ulsan zum ersten Mal eine gemeinsame Basisbewegung starteten.

Der Streik bei E-Land: Hoffnungsschimmer am gesellschaftlichen Horizont

Während dies geschrieben wird (im März 2008), dauert der Streik bei der Supermarktkette *E-Land* immer noch an. Es ist der jüngste und in mehrerlei Hinsicht der wichtigste Kampf von allen, denn er rückt die Frage der deregulierten ArbeiterInnen ins Zentrum der südkoreanischen Gesellschaft.

Im November 2006 verabschiedete die südkoreanische Regierung in einem Gesetzespaket ein weiteres Gesetz über deregulierte Arbeit und nannte es frei nach Orwell »Gesetz zum Schutz deregulierter Arbeiter«. Das Gesetz wurde gemacht, um die Illusion zu erzeugen, es würde gegen die Verhältnisse, die mittlerweile über 60 Prozent der aktiven Bevölkerung in Südkorea betreffen, »etwas getan«. Es sah vor, dass alle Arbeiter nach zwei Jahren in einem Job automatisch regulär beschäftigt würden. Sieben Monate später, am 1. Juli 2007, trat das Gesetz in Kraft, aber es ließ Arbeitgebern, die deregulierte Arbeiter vor der Frist entlassen wollten, riesige Schlupflöcher. Einige Firmen hielten sich an das Gesetz, aber weitaus mehr taten dies nicht und entließen ihre deregulierten Arbeiter bis Juni. Am deutlichsten wurde dieser Prozess bei einer Kaufhauskette namens *E-Land*, und einem damit verbundenen Kampf bei einer ähnlichen Kette namens *New Core*.

E-Land hatte als kleiner Familienbetrieb eines fundamentalistischen Christen angefangen und war zu einem 58 Mrd. Dollar schweren Unternehmen mit 61 Niederlassungen in ganz Südkorea angewachsen. Es hatte die Läden der französischen *Carrefour*-Kette übernommen. Die Firma war bekannt für besonders harte Beschäftigungsbedingungen, wobei meist Frauen zu Armutslöhnen von

800 Dollar im Monat bei 36 Wochenstunden beschäftigt wurden, oft in Zwölf-Stunden-Schichten ohne Toilettenpausen. Darüber hinaus verlangte die Firma von allen Angestellten, ob Christen oder nicht, die Kirche auf dem Betriebsgelände zu besuchen. Im Jahr 2006 spendete der Firmenchef von *E-Land* seiner Kirche 10 Millionen Dollar. Kurz bevor das neue Gesetz in Kraft trat, entließen *E-Land* und *New Core* 1000 ArbeiterInnen, die nach dem neuen Gesetz einen regulären Status erhalten hätten.

Die unmittelbare Antwort war ein Streik, der mittlerweile im neunten Monat ist und inzwischen auf eine beinahe sichere Niederlage zuläuft. Aber in den ersten Streiktagen kamen in ganz Südkorea Tausende von deregulierten Arbeitern aus anderen Branchen, um dabei zu helfen, die *E-Land*-Kaufhäuser dicht zu machen. Der *KGV* wurde aktiv und tat alles, um den Streik unter geschmackloser Rhetorik zu begraben, während er die Energien der Basis und der Unterstützer »von außen« in bedeutungslose symbolische Aktionen umlenkte. Am 20. Juli 2007 besetzten dennoch 200 *E-Land*-Beschäftigte ein Kaufhaus in Seoul und schlossen es. Die Antwort der Regierung bestand darin, 7000 Soldaten, Polizisten und angeheuerte Schlägertrupps loszuschicken, um die 200 Leute gewaltsam zu entfernen und zu verhaften. Die schwächelnde, äußerst unpopuläre Noh Moon Yon-Regierung, deren Amtszeit im Februar 2008 auslaufen sollte, konnte den Erfolg des neuen Gesetzes hervorragend für sich nutzen. Aber sie war nicht die einzige, die die Bedeutung des Streiks erkannte. Viele große Chaebol[3] kamen *E-Land* mit Dollarkrediten in Millionenhöhe zu Hilfe. Der *KGV* seinerseits versprach den Betriebsgewerkschaften von *E-Land* und *New Core* Ende des Sommers, als ihre Streikfonds aufgebraucht waren, beträchtliche Summen, zog das Angebot dann aber wieder zurück. Er drängte die Betriebsgewerkschaften ständig an den Verhandlungstisch, obwohl es von Seiten des *E-Land*-Managements keinerlei Entgegenkommen gab. Im November versuchte *E-Land* sogar, in Pohang mit ausschließlich deregulierten ArbeiterInnen ein neues Kaufhaus zu eröffnen. 500 *E-Land*-ArbeiterInnen und andere Deregulierte blockierten den Eingang des Gebäudes, griffen sogar die zum Schutz des Ladens abgestellten Polizisten und Schläger an und entwaffneten diese. Ähnliche Aktionen, einschließlich Blockaden und Kaufhausbesetzungen, kamen den ganzen Herbst über immer wieder vor.

Vielleicht am bemerkenswertesten am *E-Land*-Streik im Gegensatz zu vielen vorherigen Streiks, bei denen die deregulierte Arbeit im Mittelpunkt stand, ist seine breite Sympathie und Unterstützung unter deregulierten ArbeiterInnen. Ein landesweiter Boykott hatte bis Dezember den Umsatz

Wachschützer beim Versuch, eine Blockade in einer E-Land-Filiale zu räumen

von *E-Land* um 30 Prozent gesenkt, und selbst die Medien hatten im Allgemeinen wohlwollend über den Streik berichtet, zumindest in den ersten Wochen.

Ob der Streik bei *E-Land* die Wiedereinstellung der ArbeiterInnen durchsetzt oder nicht (wonach es im Moment aussieht), er wird für die breitere Bewegung der Arbeiterklasse ein Sieg sein, weil er die Deregulierung der Arbeit in Südkorea endgültig zu einer Frage macht, die nicht länger ignoriert werden kann.

Bei den letzten Wahlen im Dezember 2007 stimmten viele Arbeiter in der vergeblichen Hoffnung auf eine Rückkehr zur expansiven Wirtschaft der 1970er und 1980er für den Präsidentschaftskandidaten der rechtsextremen Partei *Eine Nation* (*Hanaratang*), Lee Myoung Back, einen ehemaligen Manager von Hyundai und Bürgermeister von Seoul. Sein Wahlsieg besiegelte womöglich das Schicksal des *E-Land*-Streiks, denn die neue Regierung unterstützt das *E-Land*-Management noch offener als die ehemalige, weithin verachtete Mitte-Links-Regierung, die so viele Menschen enttäuscht hatte. Das *E-Land*-Management wird zudem weiterhin von anderen großen südkoreanischen Chaebols finanziell unterstützt, während die Streikenden von fast all ihren Verbündeten fallen gelassen worden sind, vorneweg vom *KGV*. Die neue Regierung hat eine breite Offensive von Privatisierungen und »Marktreformen« versprochen, und wird notwendigerweise ihre Anhänger aus der Arbeiterklasse enttäuschen, die eher über die alte Regierung empört waren, als dass sie die neue Regierung stützen wollten. Erfolglose Streiks ziehen sich in Südkorea oft jahrelang hin, wobei der harte Kern dahinschrumpft und die meisten Streikenden andere Jobs finden oder auf die alten Arbeitsplätze zurückkriechen. Aber noch einmal: der *E-Land*-Streik hat dazu geführt, dass die sich verschärfende Krise, die sich in der deregulierten Arbeit in Südkorea ausdrückt, nicht länger unter den Teppich gekehrt werden kann.

Loren Goldner
Seoul, Südkorea, März 2008

[3] Chaebol sind große familienkontrollierte Konglomerate, die in der südkoreanischen Wirtschaft seit dem Korakrieg eine entscheidende Rolle spielen.

Arbeit schafft Familie – Familie schafft Arbeit

Die fortwährend ausgeweiteten Arbeitszeiten in die Nacht und in die Wochenenden hinein, die Intensivierung der Arbeit verschlechtert unser Leben. Sinkende Reallöhne, flexible Arbeitszeiten und Dreischichtbetrieb brauchen familiäre Zusammenhänge als Rückhalt. Die Leute werden in die Familien gedrängt – und drängen selber dahin, obwohl die romantischen Vorstellungen und die materiellen Strukturen immer wieder zusammenbrechen. Ich schreibe im Folgenden aus der subjektiven Sicht eines Industriearbeiters, der zu heutigen, »flexiblen« Bedingungen in Dreischicht arbeitet. Meine Kollegen kommen zumeist aus dem ländlichen Raum der ehemaligen DDR. Auf wichtige Aspekte wie die Bedeutung von Verwandtschaftsbeziehungen und Familienstrukturen in migrantischen Zusammenhängen gehe ich nicht ein.

Mein Alltag ist geprägt durch den Dreischichtbetrieb. Der so stark an die Substanz geht, dass ich auch immer in der Zwickmühle stecke: soll ich aufhören, oder habe ich zusammen mit den Kollegen die Chance, dieser Drecksarbeit so kurzfristig was entgegenzusetzen, dass es direkt an meiner und ihrer Lebensqualität was ändert? Es gibt durchaus hoffnungsvolle Zeichen, aber es ist nicht leicht, sich überhaupt mal in Ruhe zu treffen und zu bequatschen. Im Betrieb sind die Arbeitstakte so intensiv, dass für Pausen kaum Platz ist, und an der Maschine oder am Band miteinander zu reden ist sehr schwer. Die Leute außerhalb der Arbeit zu besuchen oder sie zu mir einzuladen, um Sachen zu bereden, die während der Arbeit nicht ansprechbar sind, ist nur selten möglich, weil wir die Phasen zwischen der Arbeit dazu nutzen, andere Freunde zu besuchen, einzukaufen, Wäsche zu waschen, zu schlafen, abzuschalten. Viele haben auch die ganz klare – teilweise schon zwanghafte – Vorstellung, dass neben der Arbeit nur die Partnerschaft oder die Familie Platz hat. Sie flüchten aus dem tristen Arbeitsalltag in eine Welt aus Liebe, Familie und Glück. Diese Welt ist allerdings strukturiert von dorther, wo sie zu fliehen versuchen! Es ist die pure, materielle Notwendigkeit, einen gemeinsamen Haushalt zu führen, um im Schichtbetrieb überhaupt arbeiten gehen zu können. Und wenn der/die PartnerIn auch noch flexibel arbeitet, muss das Familienglück endgültig in die paar Ritzen gedrängt werden, in denen man sich überhaupt noch sehen kann. Alles andere wird runtergefahren oder ganz gestrichen: Beziehungen zu Freunden, Bands, Reisen, Vereine, feiern und lieben...

Diese Hölle aus Fabrikarbeit einerseits und total zusammengeschrumpftem Leben andererseits lässt sich anscheinend nur ertragen, indem sich das Paar »Ziele« setzt, für die es »sich lohnt«. Dabei stehen zwei noch immer (oder wieder?) ganz oben: Kinder und Eigenheim. Spätestens wenn Kinder dazukommen, mixt sich die romantische Idee vom Liebespaar mit Stammbaum, Wohnung und ökonomischen Zwängen. Konsumorientierte Ziele rücken in den Mittelpunkt, neben dem ausgestatteten Eigenheim (am besten ein Haus) braucht's ein Auto – und auch wenn es zu 90 Prozent nur gebraucht wird, um zur Arbeit zu fahren, kann es schon mal eine Nummer größer und besser sein. Das Gerüst von Arbeit und Familie hat dabei meistens Schlagseite: Romantische Abende weichen versetzten Schichten, sonnendurchflutete Terrassen weichen nie endenden Baustellen, und Urlaube mit den Kindern müssen eingespart werden, weil die Raten den Lohn auffressen. Soziale Beziehungen zu pflegen wird mit steigendem ökonomischen Druck immer schwieriger. Und die Familie selber ist alles andere als ein Ort der Ruhe. Die unregelmäßigen Arbeitszeiten und die ständig notwendige Koordination untereinander zehren Energien auf. Um die Kinder zu betreuen, arbeitet man Gegenschicht und führt auch zuhause Schichtdienst ein; die Elternteile geben sich die Klinke in die Hand.

Die Familie im Betrieb ...

Die Unternehmen suchen händeringend nach Arbeitskräften, die in der Lage sind, einen reibungslosen produktiven Ablauf zu stemmen. Die formale Qualifizierung ist nur begrenzt ihr Kriterium, sie brauchen eine bestimmte soziale Gruppe. Die Dreißig- bis Vierzigjährigen sind noch stabil und belastbar – und sie sind meistens »gebunden«. Die ungebundenen Jungen haben noch eine »ungewisse« Lebensperspektive: Wer will schon ans Band! Zu wichtig sind Freunde, Sex, Parties und Drogen, zu stark der Gedanke, »hey, schmeiß den Dreck doch hin!«

Die Leute sollen motiviert sein. Und da die Fabrikarbeit höchstens Durchgeknallte motiviert, suchen sie Leute, die sich selber motivieren, motivieren müssen. Zum Beispiel gescheiterte Selbstständige,

die finanziellen Druck durch Kredite und Schulden haben; oder eben Leute, die durch familiäre Beziehungen gebunden sind. Letzteres ist den Personalabteilungen besonders wichtig, denn Leute die familienfähig sind, sind meist auch teamfähig. Fabrikarbeiter kommen nicht nur deswegen meistens vom Land, weil die in der Stadt nicht mehr in die Fabrik wollen, sondern auch deswegen, weil dort Ehe- und Familienvorstellungen länger als in den Großstädten halten. Leute, die an der Familie festhalten, verwirklichen sich auch lieber zuhause, anstatt auf der Arbeit Bedürfnisse anzumelden. Sie bleiben aber auch nicht depressiv im Bett liegen, nur weil's regnet – was bei StadtbewohnerInnen immer öfter vorzukommen scheint, wenn man den ärztlichen Statistiken glauben darf!

In der Fabrik müssen wir im Team arbeiten, wir müssen mit unseren Kollegen zurecht kommen, sozial stabil sein, teamfähig, nicht wegen jedem kleinen Konflikt an die Decke gehen, am besten alles ansprechen und produktiv lösen, was uns stört, und durch gegenseitige Kontrolle den Arbeitsablauf garantieren. Diese gegenseitige Kontrolle – arbeite schneller, arbeite langsamer, mach keine Fehler, red keinen Scheiß und lass den da in Ruhe – hat auch immer positive, soziale Züge, die die Unternehmen versuchen, für ihre Zwecke zu nutzen.

Die Unternehmen machen dabei gezwungenermaßen eine Gratwanderung. In unserer Zusammenarbeit steckt auch unsere Macht (Stückzahlen senken; »Nein!« sagen; zusätzliche freie Tage verhandeln), das ist auch dem Letzten klar. Deswegen müssen sie die Kollektivität immer wieder spalten – unterschiedliche Löhne für die gleichen Arbeiten; die Perpektive für Einzelne aufzusteigen; Meister picken sich einzelne Arbeiter raus und behandeln sie als etwas Besonderes, oder sticheln auf, andere rauszumobben. Aber eben auch: befristete Arbeitsverträge! Der Arbeitsmarkt wird durch zermürbende Einstellungstaktiken gespalten und im Sinne der Unternehmen funktional gehalten. Wer auf Jobsuche ist – oder einen befristeten Job hat – soll sich Jahre lang anbiedern, mit wenig Geld auskommen, nicht krank sein und alle Ansprüche des Unternehmers hinnehmen. Wer einen Festvertrag hat, muss mit Leuten zurecht kommen, die sich verstellen, schauspielern und letztlich auch gegenseitig anscheißen.

Trotzdem bleibt der Zusammenhalt untereinander das Wichtigste, niemand würde die stupide Arbeit sonst aushalten. Wenn in einem Team von zehn Leuten einer schlecht drauf ist, kann das nervige Schichten bedeuten. Und Leute sind oft gestresst, weil sie sich zu Hause aufreiben. Diesen Ärger diskutieren wir dann am Band. Da das viel Zeit braucht, wird weniger über die Situation in der Fabrik selber geredet. Anstatt zu verstehen, was die Arbeit mit uns macht und sich aufzulehnen, wird sich angepasst. Die Familie garantiert nicht nur einen funktionalen Haushalt, sondern auch die reibungslose Produktion.

... braucht ein Haushaltsteam – kleiner Familienexkurs

Was ist eigentlich »Familie«? Vom lateinischen Wortstamm *famulus* = Haussklave her ist Familie »die Gesamtheit der einem Mann gehörenden Sklaven«. Mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der Möglichkeit, Vieh zu züchten und Gegenstände über den eigenen Bedarf hinaus zu produzieren, spalteten sich die Lebensgemeinschaften in Haushalt und gesellschaftliche Produktion auf. Aus der ökonomischen Keimzelle »Haushalt« (Reproduktion, Kindererziehung, Geschäft) entwickelte sich mit dem aufsteigenden Handel und später der industriellen Produktion die bürgerliche Kleinfamilie mit der klaren Arbeitsteilung von privatem Haushalt und gesellschaftlicher Arbeit. Die proletarischen Frauen waren aber immer gezwungen, auch (lohn-)arbeiten zu gehen. Deshalb war das Modell der bürgerlichen Kleinfamilie für die ProletarierInnen zumeist ein unerreichbares Ideal.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand in der BRD durch die heimkehrenden Soldaten plus die Flüchtlinge aus dem Osten eine Situation von gewaltiger Arbeitslosigkeit. Im Krieg hatten die Frauen sowohl den Haushalt, als auch die Lohnarbeit alleine machen müssen. Sie wurden nun aus der Lohnarbeit verdrängt, sollten Kinder kriegen und den frustrierten Männern ein Heim bereiten, für das es sich zu schuften lohnt. Nach all den Jahren in Kasernen und Lagern wieder ein »Privatleben« haben, dazu brauchte es die passende Begründung und Ideologie. Eine heile Familienwelt aus Optimismus und Sicherheit war die Begleitmusik zu diesen Prozessen, was sich bis in eine die »Weiblichkeit« betonende Frauenmode niederschlug.

Mit aller Macht wurde das Ideal gepusht, dass die Frau zuhause bleibt und der Mann fürs Geldverdienen zuständig ist. An diesem Ideal hielten die meisten auch fest, als die ökonomischen Verhältnisse sich änderten. (Und erst 1977 wurde der Passus im BGB gestrichen, dass der Ehemann zustimmen muss, wenn die Frau eine Lohnarbeit aufnimmt.)

Im Boom des »Wirtschaftswunders« ergriffen viele verheiratete Frauen die Chance, ihr »eigenes Geld« zu verdienen. In der Krise ab Mitte der 70er Jahre ließen sich die Frauen aus dieser Position nicht mehr vertreiben. In der Folge ist die Männerarbeitslosigkeit in Kriseneinbrüchen immer stärker gestiegen als die der Frauen. Vom Staat und von

der Gesellschaft wird auch nur diese als Problem gesehen, selten die Arbeitslosigkeit von Frauen. Arbeitslose Männer trinken, lassen sich gehen, arbeitslose Frauen machen Hausarbeit, kümmern sich. Seit Mitte der 60er Jahre geht die Geburtenrate zurück (wird gewöhnlich als »Pillenknick« bezeichnet), weil die Frauen sich andere Ziele setzen und es nicht mehr als Schicksal begreifen, schwanger zu werden.

45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lief nach der Wende in Ostdeutschland eine parallele Entwicklung ab. Die Frauen in der DDR waren durchgängig berufstätig gewesen, die Kinderbetreuung und -erziehung war weitgehend verstaatlicht. Seit den 70er Jahren war beides die materielle Basis einer »stillen Frauenbefreiung« gewesen. Die Frauen nutzten ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit vom Mann, die Scheidungsraten waren hoch.

Mit der Wende sind die Scheidungsraten extrem gestiegen und die Geburtenrate ging in den Keller. Das war der Widerstand der Frauen dagegen, dass sie nun in eine Position zurückgedrängt werden sollten, in der sie nur für den Haushalt zuständig sind. Aber letztlich war dieser Angriff erfolgreich, es wurde eine riesige Masse Arbeit »reprivatisiert«. Die lebenslangen Arbeitsplätze mit gesicherten Löhnen, Kantinenessen, Kinderbetreuung und teilweise auch betrieblich integrierten Haushaltshilfen wie z.B. Großwäschereien, wichen privaten Haushalten und Jobsuche.

Heute ist die geschlechtliche Arbeitsteilung in Ost- und Westdeutschland ähnlich. Die Frauen arbeiten vorrangig in Callcentern, im Gaststätten- und Hotelgewerbe, in Einzelhandel und Krankenpflege. Diese Jobs unterliegen einer massiven Flexibilisierung der Arbeitszeiten, es wird auch oft an Wochenenden gearbeitet.

In einer Phase, in der die Krise der Familie offenkundig ist, ist sie für die jungen Leute in Ostdeutschland wieder ein wesentlicher Orientierungspunkt geworden. Mit dem Aufbau eines »Familienteams« versuchen viele, die sozialen Unsicherheiten, die völlig neue Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit zu überstehen. In der ersten Hälfte der 50er Jahre erlebte die Familie einen ähnlichen Aufschwung – aber auf die Restauration der 50er folgte die Revolte der 60er Jahre.

Ich will nicht werden, was ...

Die Kleinfamilie ist in dieser Gesellschaft die kleinste und intimste Parzelle sozialen Zusammenlebens und erfüllt somit eine ganz besondere Rolle: durch die persönlichen, emotionalen Bindungen kann sie einen (permanenten) Zwang erzeugen, den der Staat oder andere Institutionen gar nicht ausüben könnten. Die Familienmitglieder setzen sich selbst und gegenseitig unter Druck, Geld ranzuschaffen (also arbeiten zu gehen), Erfolg zu haben, sich »gut zu benehmen«, diszipliniert zu sein. »Wohl«wollender Druck (»Ich will ja nur, dass aus dir was wird!«) vermittelt Tugenden wie Konkurrenzdenken, Fleiß, Gehorsam und Leistungsbereitschaft. Die Schule tut ein Weiteres, Kinder auf ihre spätere Rolle in der Gesellschaft zu trimmen, kann aber diese grundlegende Wertevermittlung in der Familie nicht ersetzen. Das wird deutlich am Diskurs über das »Versagen der Familien« in sogenannten Problemvierteln (Elternarbeitslosigkeit, »Rütlischule« u.ä.). Wenn Kinder und Jugendliche Leistung und Erfolgsorientierung verweigern, haben sie Sozialarbeiter, Bullen und Ämter im Nacken sitzen, um sie wieder in die Spur zu bringen.

Die Eltern halten sich gegenseitig zur Arbeit an – damit Geld für Miete, Auto, Klamotten und Lebensmittel in die Haushaltskasse fließt. Nicht selten führt die daraus resultierende straffe Alltagsorganisation dazu, dass Familien sich aus ihren früheren Zusammenhängen isolieren und individualisieren. Und der Zwang zusammenzuhalten kann bis zu soziophoben Anwandlungen und einem grundlegenden Misstrauen gegenüber allen anderen gehen. Auf die Angst »vor dem da draußen« und die damit einhergehenden psychischen Probleme finden derart kleine soziale Einheiten keine Antwort. Die Folgen sind abzusehen, der Druck

im Inneren steigt – während die Wände des Druckgefäßes von außen zusätzlich durch den Stress von der Arbeit, die Konflikte mit den Vorgesetzten usw. gepresst werden.

Die soziale Angst der Eltern, ob aufgrund der eigenen Isolierung oder des Drucks, einen halbwegs guten Job zu haben, bringt einen eigenwilligen Umgang mit den Kindern hervor: die Eltern können nicht loslassen. Bevor ein Kind allein zur Schule geht, braucht es ein Handy, um erreichbar zu sein. Sportvereine und ähnliches besuchen viele Kinder nur in Begleitung der Eltern. Nicht selten werden krankhaft computerspielende Kinder zuhause als heimelig empfunden. Neben der Angst vor anderen liegt das auch daran, dass gerade Schichtarbeiter die wenige freie Zeit, die sie haben, mit ihren Kindern verbringen wollen, und dann oft auf ihnen glucken. Auf dem Spielplatz spielen nicht Kinder mit Kindern, sondern die Eltern mit den Kindern, und im Urlaub wird die verlorene Zeit krampfhaft miteinander nachgeholt.

Der Aufstand der Kinder gegen autoritäre Familienstrukturen war in den 60er Jahren ein konstitutiver Teil der Revolte – das ist aber heute viel schwerer: Die Familien sind zu vielköpfigen Monstern geworden. Die Revolte gegen den Patriarchen war ein Zuckerschlecken gegen den Psychokrieg auf zig Ebenen, den die heute Pubertierenden zu führen haben.

... Familie und Staat ist!

Der Staat greift auf zwei Ebenen ein. Zum einen versucht er, die reproduktive Funktion der Familien zu fördern (Betreuungsplätze und Geld für die Kinder, Elternzeit, Eigenheimzulagen) Die gesamte Steuergesetzgebung, die Sozialleistungen, die Architektur der Wohnungen und Häuser – alles ist so angelegt, dass die ökonomisch rationale Lebensform die Kleinfamilie ist. Zum anderen versucht er, das Ausweichen vorm Arbeitszwang zu verstellen: Wohngemeinschaften und Kommunen waren eine Möglichkeit, dem Zwang zur Arbeit ein Stück weit zu entfliehen, indem man Eigentum gemeinsam nutzt und unterschiedliche Einkommen zusammenwirft (Löhne, Arbeitslosengeld, Bafög, Sozialhilfe...), das soll durch die Konstruktion der »Bedarfsgemeinschaft« unterbunden werden.

Die Antwort des Staats auf die Krise der Familie heißt Klassenspaltung. Ganztagsschulen und mehr Krippenplätze sollen Erziehung und Beruf für Mittelklasseeltern verbinden. Die Unterschicht kriegt keine Sportplätze und Integrationsprogramme, sondern angesichts von Verwahrlosung und Kindstötungen verschärfte Kontrollen. Seit Mitte der 90er Jahre gibt es – entgegen aller Propaganda – einen Zuwachs von Kindern in Akademiker-

Familien. Die Betreuungsplätze begünstigen Bessergestellte, weil sie sich die hohen Gebühren leisten können und nicht auf staatliche Subventionen angewiesen sind. Arbeitslose haben keinen Anspruch auf Kinderbetreuung, denn wer keine Arbeit hat, soll selber Zeit haben. Besserverdienende haben hier den Vortritt.

Den Arbeitern wird vermittelt, sich von der sozial abgehängten Unterschicht zu unterscheiden. Sie müssen aufpassen, nicht dahin abzurutschen. Das gilt nicht nur für den Arbeitsplatzverlust und dann Hartz IV, das gilt auch und gerade für die »erfolgreiche« Kindererziehung. Dadurch müssen sie verstärkt an der Familie festhalten und verbeißen sich trotz sinkender Löhne in miesen Jobs. Der daraus resultierende Frust wird oft mit weiterem, sinnlosen Konsum wettzumachen versucht. Ein Teufelskreis mit einem präzisen Zentrum: Familie.

Letztlich löst das alles aber die »Krise der Familie« nicht. Die Reproduktion der Arbeiterklasse wird durch noch so viele Akademikerkinder nicht gesichert; »Bedarfsgemeinschaft« heißt, dass man sich trickreicher anmelden muss... (übrigens wurde sofort gegengesteuert und das einzige, versehentlich Positive an Hartz IV wieder zurückgenommen, das darin bestanden hatte, dass Jugendliche, die noch nie gearbeitet hatten, von zuhause ausziehen und sich die Wohnung vom Staat bezahlen lassen konnten).

Perpektiven: Neue Ziele ...

Wenn die eigenen laufenden Kosten weiterhin so hoch liegen, könnte man meinen, dass dies ein Grund sein könnte, gemeinsam für höhere Löhne zu kämpfen. Aber teure Anschaffungen, die das Familienleben aufpeppen und erträglich machen sollen, sind was anderes als der »Brotpreis« oder allgemein steigende Lebenshaltungskosten wie Miete, Strom, Gas, Sprit...! Die gehen alle gleichermaßen was an, »Konsum« macht jede Familie mit sich aus. Wer geht für die Autorate des Nachbarn auf die Straße, wenn er selber neidisch ist, oder insgeheim lacht, weil sich der Großkotz nebenan übernommen hat? Es werden Schulden aufgenommen, die im Nacken sitzen und ein weiterer Grund sind,

nichts zu riskieren. Fette Autos und riesige Raten für Haushaltstechnik sind kein Ersatz für ein gutes Leben und auch keine Wertanlage fürs Alter sie sind nur Rost und Elektroschrott. Stattdessen sollte es darum gehen, die eigenen Ansprüche ans Leben und an Lebensmodelle neu zu formulieren

Und bei uns im Betrieb ist es wie gesagt schon schwierig, sich überhaupt mal außerhalb der Arbeitszeit zu treffen. Wir schaffen es nicht einmal, nach der Schicht kurz in der Kneipe den Stress am Band zu bereden, weil Zeiten zuhause eingehalten werden müssen. Wenn der Partner auch Schicht arbeitet, wird es schwer, über die acht Stunden Arbeitszeit den Familientakt zu koordinieren. Schon die Koordination innerhalb einer Kleinfamilie macht Arbeiterkämpfe schwierig. Wie soll es dann aber bei Kämpfen, z.B. Streiks sein, wo ein Familienteil tage- oder sogar wochenlang im Betrieb sein muss?

Gewerkschaftlich kontrollierte Streiks mit Streikgeld und täglich einmal im Betrieb vorbeigucken, sind vor diesem Hintergrund kein Problem (es wird ja oft vom »Tapezierstreik« gesprochen, weil die meisten in der Zeit mal ihre Bude wieder auf Vordermann bringen). Aber alle Kämpfe, die über gewerkschaftliches Streikgeld rausgehen, sind nur vorstellbar, wenn sich auch in den (sozialen) Reproduktionsstukturen der Leute was tut. Sei es, dass alle zusammen während der Streikzeit den »Gürtel enger schnallen«, sei es, dass Solidarität aus dem Stadtviertel oder aus dem Dorf organisiert wird. Aber meiner Erfahrung nach ist bereits *der Weg dahin* nur vorstellbar, wenn andere Ziele als »Familie, Schulden, Konsum« interessant werden.

... anders wohnen und haushalten ...

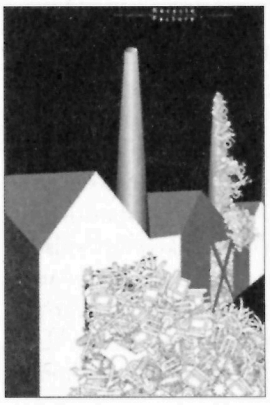
Lebensmodelle wie WGs könnten in solchen Prozessen (wieder) eine Rolle spielen, hier könnte im Zusammenleben was anderes ausprobiert werden. Anfänglich waren die meisten meiner Kollegen von WGs abgeschreckt: die vielen Leute, der Krach, nicht jeder hat ein eigenes Bad... das alles scheint nicht kompatibel mit Schichtarbeit zu sein. Vielen erscheint eine gemeinsame Haushaltsführung, die das Umgehen mit Lohn und Eigentum einschließt, nur im kleinfamiliären Rahmen denkbar: Entscheidungen werden nur mit dem Partner getroffen. Die geringere Miete und Haushaltskosten leuchten dann aber doch vielen ein. Auch viele Leute unter einem Dach, Frauen wie Männer, werden interessant, weil untereinander vielmehr passiert, als allein mit einer Freundin im Arbeiterschließfach. Erst recht, wenn die anderen ebenfalls Schicht arbeiten gehen, wird klar, dass ganz andere Wege offen stehen. Etwa wenn nicht nur die WG – gemeinsame Haushaltsplanung; unterschiedliche Bedürfnisse – im Mittelpunkt der Erfahrung steht, sondern der Stress auf Arbeit auch am Küchentisch thematisiert werden kann.

Verzwickterweise sind gerade in der heutigen Zeit die Vorstellungen vom Zusammenleben in meiner eigenen Szene in einer tiefen Krise. Auch um mich rum gibt es ein tiefes Bedürfnis nach Familie, nach Zweierbeziehung, nach Stammhaltertum. Auf diese hohlen – aber eben auch »unter uns« materiell funktionierenden – Vorstellungen aus der Elterngeneration ziehen sich viele aus Angst und sozialer Unsicherheit zurück. Zusätzlich kompliziert ist es, dass man nicht drüber reden kann – denn das einst kritisierte »Familienglück« wird wieder unantastbar.

... besser leben und zusammen kämpfen!

Die heutige »junge« politische Generation hat kaum Erfahrungen mit politischen Versuchen, das eigene Leben und die Arbeit auf gesellschaftlicher Ebene, das heißt in Verbindung zu anderen Leuten, zu thematisieren.

Mit meinen Kollegen ist es manchmal einfacher, über Alltäglichkeiten zu reden. Kein Bock aufzustehen; will mich nicht rumkommandieren lassen; keine Lust, schwer zu schleppen; würde gerne raus, mal was anderes machen. Im Betrieb muss man mit vielen anderen zusammen arbeiten und zurechtkommen, sich klar ausdrücken und verhalten, statt rumzuquatschen. Die Leute wissen, was sie stört – niemand muss sich einen Feind basteln, ein Problem an die Wand malen oder politische Identitäten entwerfen. Um aber die eigenen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen und den Zuständen wirklich was entgegenzusetzen, muss eine Lebensperspektive her, die was anderes denkbar werden lässt. Und da ändert sich gerade das Klima: Früher wurde alles, was in Job und Familie passierte, als »Privatproblem« gesehen. Das bricht nun auf, alle wissen, dass es dabei um allgemeine Probleme geht, und über die wird auch geredet. So wird es möglich, gemeinsam neue Wünsche und Vorstellungen zu entwickeln. ■



Kein Mensch ist legal

Vom Kolonialismus zum Punktesystem

In der ersten Phase der postkolonialen Zeit (bis 1962) konnten alle Angehörigen des ehemaligen British Empire ungehindert einreisen, so dass sich große karibische, bengalische, pakistanische und westafrikanische »Communities« etablieren konnten. Ab den 1960ern wurden die Beschränkungen kontinuierlich verschärft, die legale Einreise war nur noch über Familienzusammenführung möglich. Mit dem Einwanderungs-Gesetz der konservativen Regierung von 1988 und den darauf folgenden Gesetzen der *Labour-Party* seit 1997 wurden auch diese Einreisemöglichkeiten schrittweise abgeschafft, so dass letztlich der Asylantrag zur einzigen Hoffnung für Nicht-Europäer wurde, ins Land zu kommen. Die Einwanderungsgesetze von 2002 und 2004 schlossen diesen Prozess ab – genau rechtzeitig für die EU-Erweiterung: mit der Erweiterung auf 25 Mitgliedsstaaten erlaubte England, im Gegensatz zur BRD, von Anfang an allen EU-Bürgern, in England zu arbeiten (bei der Erweiterung auf 27 Staaten wurden Einschränkungen für BulgarInnen und RumänInnen erlassen). Parallel dazu wurden die Beschränkungen für Nicht-EuropäerInnen immer weiter verschärft – und damit die Löhne mehr oder weniger entlang der Hautfarbe geschichtet. Das Punkte-System[1] führt nun »deutsche« Standards ein und schreibt gesetzlich fest, was seit 2004 gängige Praxis ist: Arbeitgeber dürfen Nicht-Europäern erst dann einen Arbeitsplatz anbieten, wenn sie ihn nicht mit Europäern besetzen können. Was Gegner der Einwanderung als »Zusammenbruch der Grenzkontrollen« beklagen, der relative Gesamtanstieg der Zuwanderung, beruht in Wirklichkeit fast vollständig auf der legalen Einreise von Europäern – während das schärfste Grenzregime gegen Nicht-Europäer aufgebaut wird, das GB jemals hatte.[2] Leuten, die solche Wahnvorstellungen äußern, kommt das gegenwärtige Grenzregime soweit zupass, dass sie sich einbilden können, ein Interesse an seinem Fortbestand zu haben. Das Punkte-System wird nicht nur die Kriterien noch weiter verschärfen, sondern außerdem die Grenzkontrollen »demokratisieren«, indem es »Bürger« gesetzlich zum Denunziantentum verpflichtet.

Undichte Grenzen

Die undichte Grenze ist keineswegs nur eine Einbildung der Boulevardzeitungen: auch viele »kritische« Kommentatoren der *mainstream* Medien und an den Rändern der Linken plappern das nach. Die Ahnungslosigkeit dieser »Experten« über die sie umgebende alltägliche Realität von polizeilicher Kontrolle der Einwanderung lässt sich nur so erklären, dass sie noch nie Grenzen Großbritanniens oder des Schengenraums ohne das Privileg der EU-Nationalität zu überqueren hatten, und dass nichts in der Lebenserfahrung ihrer behüteten Gesellschaftskreise ihnen irgendwelche Hinweise gibt.

Diese Abkopplung von der Realität ist vielleicht gar nicht so überraschend. Wirklich beeindruckend ist aber, dass trotz eines noch nie dagewesenen Verbots- und Vollstreckungs-Apparats (sowie der beständigen Abwanderung ehemals Eingereister!) tatsächlich noch genug neue Nicht-»Europäer«[3] durchkommen, um so etwas wie eine *kollektive Anwesenheit* aufrechtzuerhalten. Der Grund für diesen vermeintlichen Widerspruch liegt in der Ausdauer kollektiver »informeller« Überlebensstrukturen, die nicht von Computermodellen erfasst werden, und die die Verwalter statistisch auswertbarer »Geschäftstätigkeit« beständig auszumerzen versuchen. Oder in anderen Worten: körperlicher, intellektueller und sozialer *Kampf*, ob »politisch« oder nicht. Es »sollte« für die meisten nicht-europäischen Migranten unmöglich sein, hier zu sein, insbesondere ohne dabei Zeichen von jener be-

[1] **Das Punktesystem definiert fünf Ebenen von ImmigrantInnen:**

Rang 1: Hochqualifizierte Migranten
Rang 2: Qualifizierte Arbeiter mit Jobangebot
Rang 3: Niedrigqualifizierte Migranten
Rang 4: Studierende
Rang 5: Jugendliche und Saisonarbeiter

Es wird 2008 schrittweise in Kraft gesetzt. Laut Innenministerium sollen Arbeitgeber Stellen zuerst an Briten und Angehörige der erweiterten EU vergeben, bevor sie Migranten von außerhalb der EU einstellen. Letztere werden je nach ihrer »Nützlichkeit für das Vereinigte Königreich« nach Punkten bewertet und müssen in eine der fünf Kategorien passen, die wiederum festlegen, welche Rechte sie während ihres Aufenthalts haben.

Die meisten nicht-europäischen Migranten brauchen einen Sponsor, um ins Land zu kommen – ein Unternehmen oder eine Bildungseinrichtung. Der Sponsor muss dem Staat jede Abwesenheit auf dem Arbeitsplatz oder in der Schule melden. Die gesponsorte Arbeiterin/Schülerin ist von ihrem Sponsor absolut abhängig, ihr Aufenthaltsrecht endet, sobald sie den Job oder die Bildungseinrichtung verlässt oder rausgeschmissen wird. Sie hat nicht das Recht, den »Gesponsorten-Status« auf einen anderen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu übertragen: ein neuer Sponsor muss einen neuen Antrag stellen.

Am anderen Ende der Leiter werden Techniker, Mediziner und Ausbilder, die ehedem als »hochqualifiziert« einreisen durften, ausgewiesen und ihre Visa rückwirkend widerrufen, weil sie unter den neuen Kriterien erneut bewertet wurden – und die basieren viel mehr als vorher auf früheren und gegenwärtigen Einkommen und Alter, statt auf »Fähigkeiten« als solchen.

Der folgende Artikel erschien zunächst auf www.metamute.org. Wir haben mit dem Verfasser intensiv diskutiert, so dass für die Wildcat eine neue Fassung entstanden ist. Die alte ist länger und hat mehr Bezüge auf Britannien: http://www.metamute.org/en/No-One-Is-Legal

Der Text kritisiert, ausgehend von den Veränderungen der britischen Einwanderungspolitik im Rahmen des europäischen Migrationsregimes, dortige linke Konzepte, die in ihren »Kampagnen für Rechte« oder den gewerkschaftlichen Versuchen, »um die Illegalität herum« zu organisieren, die Realitäten dieser »Illegalen« gar nicht mehr einfließen lassen. Es wird nicht wahrgenommen, dass die MigrantInnen bereits »organisiert« sind, organisiert sein müssen, um überhaupt hier anzukommen und zu überleben. Denn das läuft außerhalb des institutionell vermittelten Kontextes, den die NGO-Linke üblicherweise als »politisch« versteht. Aus dieser mangelnden Wahrnehmung resultieren nicht nur falsche Zuschreibungen, sondern auch eine falsche (Stellvertreter-)Politik, die im schlimmsten Fall für die MigrantInnen sogar gefährlich werden kann, wenn sie ihnen das wegnimmt, was ihre Stärke ist: ich institutionell unsichtbar machen zu können.

Uns kamen nicht nur die Verschärfungen des britischen Grenzregimes äußerst bekannt vor – sondern auch bestimmte »linke« Politikweisen...

mitleidenswerten Abhängigkeit zur Schau tragen, die ein »Asylbewerber«-Status mit sich bringt (sei es in offizieller Internierung oder in deren Verlängerung: der Schlange beim Anstehen mit Lebensmittel-Coupons). Und doch sind sie da! – als Ergebnis intensiver und vielgestaltiger Kämpfe, als lebendige Widerlegung aller Bevölkerungspolitik, und keinesfalls auf Leben und Tod hilflos auf staatliche Beschlüsse oder die Fürsprache von NGOs und Aktivisten angewiesen. Ihre Kämpfe können kollektive sein, oder individuell und konkurrierend, Solidarität aufbauen oder sie unterminieren. Aber ohne die »informellen« sozialen Mechanismen, die nicht nur nicht um »Rechte« werben, sondern Sichtbarkeit aktiv verschleiern (ganz zu schweigen von Repräsentation), wäre vieles unmöglich.

Die Bedeutung dieser undokumentierten Handlungen anzuerkennen bedeutet nicht, sie wahllos hochzujubeln. Der Grad an Ausbeutung in der informellen, nach »community« organisierten Ökonomie ist ebenso bekannt, wie die reibungslose Einverleibung des in ihr produzierten absoluten Mehrwerts in den selben »seriösen« Kapitalismus, der gleichzeitig *ohne den geringsten Widerspruch* aggressive Grenzkontrollen verlangt. Jedenfalls können wir die auf dieser Ebene statt findenden Konflikte und Überlebenskämpfe und ihre Bedeutung innerhalb der Volkswirtschaft gerade heute nicht ignorieren, wo die Gewerkschaften – die offiziell mit der für die Einwanderungsgesetze verantwortlichen *Labour Party* liiert sind – ehemalige Globalisierungsgegner für ein *organizing*-Projekt »um die Illegalität herum« rekrutieren.

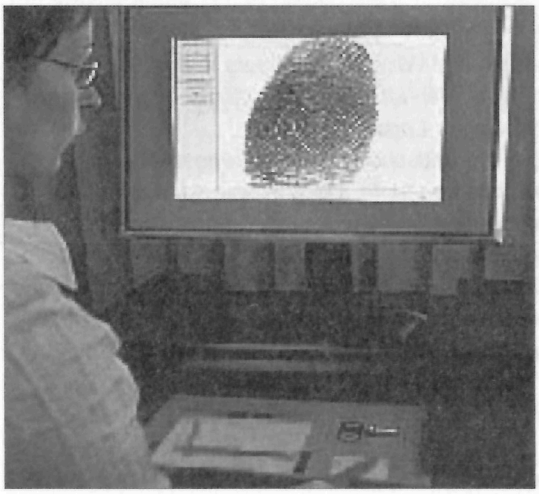
Direkte Aktionen...

Eine organisierte Gruppe von Migranten hat am 4. August 2007 mit einer illegalen, direkten Aktion kollektive Freiheit durchgesetzt, indem sie am Ende eines Massenhungerstreiks aus dem *Campsfield* Abschiebelager in Oxfordshire ausbrachen. Das *No-borders* Netzwerk reagierte mit landesweiten Solidaritätsdemonstrationen vor Einreise-Zentren (d.h. vor Zentren, in denen man sich möglicher Internierung oder Abschiebung ausliefert). Währenddessen riet Imam Dr. Abduljalil Sajid, ehemaliger Vorsitzender des Rats für Immigrantenwohlfahrt (*Joint Council for the Welfare of Immigrants)* den Ausgebrochenen, sich zu stellen. Insgesamt wurde dieser historische Verstoß gegen die Internierung in den Medien als normaler polizeilicher Zwischenfall behandelt. Die *BBC* machte einen gewissen Bill Smith über Nacht zum Star, weil er einen Flüchtigen, der »um Hilfe bettelnd« an seine Tür geklopft

[2] Genau genommen *Nicht-EU* nach Staatsangehörigkeit und je nach Land nicht-britisch, -französisch, -italienisch usw. nach Abstammung. Als das Vereinigte Königreich in den 1960er Jahren zum ersten Mal Immigrationskontrollen einführte, war die Gesetzgebung so formuliert, dass die Kinder und einige Enkelkinder britischer Siedler aus den früheren Kolonien einreisen konnten, nicht aber die verdammten Eingeborenen.

[3] »Nichteuropäisch« in dem Sinne, wie ich es in Anmerkung 2 erklärt habe. Der Kürze halber ab jetzt einfach »MigrantInnen«, sofern nicht anders angegeben. »Grenzen-außer-Kontrolle«-Hysteriker könnten übrigens zu ihrer Verteidigung behaupten, sie würden nicht nur von »Nicht-EuropäerInnen«, sondern von der Gesamtzahl sprechen. Aber fast nie hört man von ihnen, dass Franzosen, Deutsche oder britisch-stämmige Neuseeländer rausgeworfen werden sollen. Stattdessen fordern sie, dass die Unterdrückung, die von der Grenze ausgeht, und die nach momentaner Gesetzgebung ausschließlich und mit beispiellosem Nachdruck auf nicht-Europäer abzielt, noch aggressiver sein solle, als sie schon ist.

Von allen statistischen und faktischen Belegen widerlegt, kommen ImmigrationsgegnerInnen schlussendlich auf den bedrohten »sozialen Zusammenhalt« zu sprechen. Das sagt sehr viel mehr über ihre wahren Ansichten, als sie wohl vorhatten: ein auf Nationalität beruhender »sozialer Zusammenhalt« ist eine rassistische Fantasie, wenn ein solcher je real irgendwo existierte, müsste er mit allen erdenklichen Mitteln zerstört werden.



hatte, privat »festgenommen«, eingesperrt und der militarisierten Fahndung ausgeliefert hatte. Die Story war »gestorben« als 11 (oder je nach Quelle 14) der 26 Geflohenen auch dann auf freiem Fuß blieben, als man ihre Fotos zum Zwecke weiterer Bürgerverhaftungen veröffentlichte. Der (begrenzte) Erfolg des Ausbruchs ist eher am dauerhaften *Verschwinden* aus der öffentlichen Wahrnehmung zu messen, oder entspricht ihm zumindest, als an seiner Sichtbarkeit als Werbung für »Rechte«.

... und Ansätze von Selbstorganisation

Die Anwendung von direkten Methoden im undokumentierten Kampf rechtloser *extracomunitari*[4] ist das Thema von *Ausbrüche und Aufstände*, dem 2007 erschienen Buch von Emilio Quadrelli[5]. Es besteht hauptsächlich aus Interviews mit Leuten, die aus italienischen CPTs[6] geflüchtet sind. Diese Interviews und statistische Daten deuten auf eine seit Mitte 2005 vor sich gehende Veränderung in den Reaktionen der Gefangenen auf ihre Situation hin. Individuelle Selbstverstümmelung, Kleingangstertum und Gewalt zwischen »nationalen« Gefangenenfraktionen werden langsam ersetzt von Gewalt, die über Nationalitätslinien hinweg gegen die Institutionen und ihre Wächter koordiniert wird, was manchmal zu kollektiv geplantem Ausbruch führt. Die Liste der Vorfälle endet im November 2005, aber die italienischen Medien berichten weiterhin regelmäßig von Aufständen in und Massenausbrüchen aus CPTs, ohne das als ungewöhnlich oder überraschend darzustellen.

Das Buch fetischisiert nicht den Haftausbruch, sondern stellt die CPT-Episoden in den Erfahrungszusammenhang der Interviewten als migrantische *ArbeiterInnen* – wobei »Arbeit« alle Formen formeller, informeller, halblegaler und krimineller Beschäftigung meint, von regulär-industriellen zu Gelegenheitsjobs, unter einem Dach oder auf der Straße. Man kann die Interviews lesen als Geschichten über das Benutzen von »Illegalität« und Unterschichtung nach »Rasse« unter »Illegalen« zum Zwecke der Arbeitsdisziplin, und als Vergleich der Wirksamkeit von Flucht oder Gegenangriff. Besonders die Rolle der »community leaders« und der öffentlichen Sprecher der ImmigrantInnen beim Vermitteln der »offiziellen« mit den »illegalen« Geschäftskreisläufen, wodurch sie die Klassenhierarchie sowohl in den »communities« als auch zwischen ihnen auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene reproduzieren, wird betont. Die Interviewten waren aufgrund von halb-organisierten Widerstandsversuchen von italienischer Seite oder vonseiten »ethnischer community«-Bosse interniert worden. (Zum Beispiel »sponsort« ein marokkanischer Fabrikbesitzer die legale Einreise von Mitgliedern seiner erweiterten Familie nach Italien und hält dann ihre Aufenthaltsgenehmigungen zurück; somit verknechtet er ihre Arbeit wirksam in seinem Sweatshop, wenn sie nicht in die Hände der von ihm bestochenen lokalen Polizei fallen wollen. Oder die Ältesten der Roma »verkaufen« ab und zu jüngere ZigeunerInnen an die CPTs in einem Deal mit dem Stadtrat, um die Zerstörung ihres Geländes hinauszuzögern).

Nach anfänglicher Hilflosigkeit und Verzweiflung erweitern die Häftlinge ihre Zusammenarbeit und ihr Pläneschmieden über »ethnische Grenzen« hinaus; damit unterlaufen sie innerhalb der CPTs die staatliche Macht, die auch mithilfe »ethnischer Unterschichtung« real durchgesetzt wird; somit erlangen sie ein Stück weit Verfügungsgewalt über ihre eigene Situation; jene, denen es schließlich gelang auszubrechen, sagen in den Interviews, dass sie seit ihrer Flucht selbstorganisiert in kleinen Gruppen und mit begrenzter physischer Gewalt in der Illegalität überleben, also dank derselben Formen, mit denen sie auch ausgebrochen sind.

Organizing um die Illegalität herum«?

Behauptungen über so etwas wie kollektive Selbstversorgung »außerhalb des Systems« sind natürlich mit großer Vorsicht zu genießen, gerade wenn die Leute selbst eben noch ausführlich beschrieben haben, wie die »kriminellen« Wirtschaftskreisläufe, die jetzt anscheinend ihre Unabhängigkeit absichern, in das »legitime« Kapital integriert sind. Aber es lässt sich ja leicht vorstellen, warum die Leute da, wo sie über ihr *gegenwärtiges* Leben sprechen, sich lieber selbst als Helden stilisieren, anstatt die Realität detailgenau zu beschreiben. Ganz bestimmt realistisch ist jedenfalls ihre Ansicht, dass ein effektiver Kampf nicht nur wenig mit öffentlichem Auftreten zu tun hat, sondern dadurch sogar gefährdet werden kann, und ihr Bewusstsein darüber, dass Unsichtbarkeit in der Praxis oft der Schlüssel zum Erfolg eines Kampfes ist.

[4] Italienisch für »Leute von außerhalb der EU«

[5] *Evasioni e rivolte*, Agenzia X. [http://www.agenziax.it/?pid=13&sid=30]. Vom selben Autor war der Artikel *Fankurven und Vorstädte – Linke Snobs und radikale Rechte* in *Wildcat* 77.

[6] Wörtlich »Zentren für vorübergehenden Aufenthalt«; Abschiebelager für Leute, die nicht sofort ausgewiesen werden können.

Jeder Ansatz einer »Organisierung um die Illegalität herum« müsste das berücksichtigen. Aber es ist schwer zu sehen, wie das gehen könnte, wenn »Rechte« gefordert werden (z.B. das Recht auf gewerkschaftliche Vertretung). »Rechte innerhalb der Illegalität« bleiben ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich selbst, egal wie weit man die Begriffe dehnt. Denn »Rechte« müssen definitionsgemäß *in Gesetze gegossen*, und die Gesetze *öffentlich* in Kraft gesetzt werden. Das ist keine Wortklauberei. Leider lassen sich unschwer die – zumindest von aufrichtigen Aktivisten: unbeabsichtigten – Auswirkungen vorstellen, sollten unter der Schirmherrschaft der Gewerkschaften *einigen* illegalen ArbeiterInnen begrenzte gesetzliche Rechte zugestanden werden, in Rahmenbedingungen, die letztlich ihren Status als »illegale Einwanderer« aufrechterhielten. Die betroffenen ArbeiterInnen hätten noch immer keine vollen Rechte (sich zu bewegen, wohin sie wollen; sich zusammenzuschließen; zu arbeiten, wo sie wollen und damit aufzuhören, wann sie wollen), die sie für eine selbständige, gemeinsame oder individuelle, Gegenwehr gegen die Erpressungsversuche ihrer Bosse brauchen. Zudem würden die neuen gesetzlichen »Rechte« sicherlich gesetzliche »Pflichten« mit sich bringen, und die ArbeiterInnen vermutlich dazu zwingen, institutionell sichtbar zu werden. Damit würden sie die letzte Option zum Rückzug vor den unerträglichen Arbeitsbedingungen und vor der Ausländerpolizei verlieren, deren Macht über sie erhalten bliebe. Tatsächlich wird dadurch die Abhängigkeit und Unterschichtung innerhalb der untersten und am stärksten ausgebeuteten Arbeiterschichten sogar noch *verstärkt*. Die »glücklichen« Halb-Halblegalen hätten einen neuen Sponsor-Aufseher in der Gewerkschaft, außerhalb deren Schutzschirms sie in vermeintliche Hilflosigkeit zurückfallen würden. Gleichzeitig würde zwischen ihnen und den weiterhin schlicht Illegalen eine neue hierarchische Aufspaltung entstehen, was zu noch mehr verzweifeltem *Wettbewerb unter ArbeiterInnen* führen würde – worauf das ganze System angelegt ist.

Eine radikal andere Herangehensweise

Die Problematik der Kampagnen für »gewerkschaftliche Rechte« und die notwendige Kritik an der Gewohnheit, die Kampfbereitschaft von MigrantInnen an ihrem gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu messen, bedeuten zusammengenommen jedoch nicht, dass jede Aktion von in Gewerkschaften organisierten ArbeiterInnen automatisch nutzlos oder kontraproduktiv ist. Im Sommer 2007 rief die Bezirksorganisation *Finsbury Park* der *RMT*[7] zu einer Gewerkschaftskonferenz gegen die Einwanderungskontrolle in London auf, nachdem sie Ende März ein ähnliches Treffen in Liverpool organisiert hatte. Die vorgeschlagene Tagesordnung enthielt den Keim einer radikal anderen Herangehensweise. Themen waren unter anderem: »Wie können wir verhindern, dass MigrantInnen von den Unternehmern herausgegriffen und nach ihren Papieren gefragt werden?« oder »Widerstand statt Willfährigkeit«, also die organisierte Weigerung, »Illegale« anzuzeigen, damit der Staat ihnen die Stütze entziehen und sie abschieben kann. Es wird in Zukunft wichtiger denn je werden, dass ArbeiterInnen, die in der durch die Kontrollen geschaffenen Hierarchie weiter oben stehen, nicht mit der Einwanderungskontrolle kooperieren, weil der Staat daran geht, den Unternehmern die Verantwortung für deren Durchsetzung zu übertragen. Ihre »legalen« Beschäftigten sollen dann die Drecksarbeit der Überwachung und Bespitzelung machen. Diese neue staatliche Strategie spricht zusätzlich gegen Kampagnen für »Rechte«, denn unter dem neuen Gesetz würden ArbeiterInnen, die nicht kooperieren, selbst illegal handeln, was völlig im Gegensatz zu einem (karitativen) Einsatz der eigenen »Privilegien« für die Gefährdeten steht. Um sich mit der neuen Lage auseinanderzusetzen, müssen sich die ArbeiterInnen auf ihre *eigene* Verteidigung vorbereiten. Denn der »Datenstaat«, darauf weisen gewerkschaftliche Aktivisten zu Recht hin, ist zunächst zur polizeilichen Kontrolle der migrantischen Arbeitskraft eingesetzt worden und wird nun ausgeweitet, um die letzten Reste von Freiheiten und Einkommen anzugreifen, deren die breitere Arbeiterklasse sich »illegaler- und unsozialerweise« erfreut.

Dieser (potentielle) Lernprozess könnte ein Schritt sein zur Aufhebung der Isolierung der »Illegalen«. ■

[7] *National Union of Rail, Maritime and Transport Workers*, landesweite Gewerkschaft der Eisenbahn-, Schifffahrts- und TransportarbeiterInnen, nach eigenen Angaben die am schnellsten wachsende Gewerkschaft Großbritanniens.

Das Folgende ist kein Artikel aus einer Zeitschrift für Musikwissenschaft, sondern ein Aufsatz aus dem im September 2007 erschienenen Buch von Sergio Bologna: Ceti medi senza futuro (Mittelschichten ohne Zukunft). Er wurde 1996 geschrieben und hier zum ersten Mal veröffentlicht. Uns gefiel sein Einstieg, sein Zugang zu(m) Musik(hören), seine Interpretation der Bedeutung von Bartók als Musiker vor dem Hintergrund seines sozialen und kulturellen Engagements – vor allem seine Betonung Bartók-scher Auseinandersetzung mit traditioneller Volksmusik: Bartók machte keine Unterscheidung zwischen Volks- und E-Musik und behandelte populäre Musik wie E-Musik. Die innovative Kraft Bartóks und seinen musikalischen Einfluss bis zum heutigen Tag, z.B. auf den Jazz, sieht Sergio Bologna hierin begründet, während die »linke Musikkritik« im Gefolge von Adorno genau diesen Punkt verpasst.

Teilweise schwierig zu übersetzen, aber zentral für die Argumentation sind Sergio Bolognas Begriffe von »Demokratie« und »Grenze«, beide zumeist in Kombination. Bologna meint damit den »amerikanischen« Begriff »frontier«, also die neue Grenze, an der das Bisherige sich erweitert und bewähren muss.

Wir haben den Aufsatz um etwa ein Drittel gekürzt (vor allem im 5. Absatz) und die komplette Übersetzung auf unsere Website gestellt.

Sergio Bologna

Béla Bartók
– eine Lektion in Demokratie

Die alltäglichen Schwierigkeiten in der heutigen komplexen Welt haben einen riesigen Markt für Überlebenshandbücher hervorgebracht. Ich hatte das Glück, bei meinem Studium in Triest große Meister musikalischen Hörens kennen zu lernen. Sie haben mich zu leben gelehrt...
Ich grüble, was dieser Text mit Postfordismus zu tun hat, kann es nicht erklären, spüre aber, dass es so ist.

Demokratie ist für uns kein Regierungssystem,
sondern eine ideale Lebensform.
Karl Polányi, 1918

Béla Bartók

Die Werke des ungarischen Komponisten Béla Bartók werden in den Konzertsälen der ganzen Welt aufgeführt, es gibt eine große Anzahl Neuinterpretationen seiner Stücke und seiner Konzerte für Klavier und Orchester. Aber nur wenige erinnern sich an ihn auch als einen Menschen der Kultur, als vollständigen und außergewöhnlichen Künstler, Forscher, Erzieher, Erneuerer und freien Menschen, der bereit war, sich zu engagieren, wo er neue Grenzen der Demokratie ausmachte, z.B. während der ungarischen Räterepublik 1918.

1. Absatz
[Das Ungarische Jahrzehnt]

Das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts mit seiner ungarischen Kultur war eine außergewöhnliche Zeit: György Lukács, Karl Polány, Béla Balázs, Béla Bartók. Der eine Philosoph, der andere Ökonom, der dritte Poet und Kinokritiker, und Bartók Musiker, aber zumindest die drei erstgenannten haben ihre Leidenschaft und ihre außergewöhnlichen Fähigkeiten auch in das Projekt der Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft gesteckt. Sie haben nicht nur ihr Leben lang daran geglaubt, dass die Dinge sich ändern lassen, sondern auch Denkmodelle erarbeitet, um sich eine andere Welt vorstellen zu können. Sie waren dafür tätig, dass die Kultur Befreiungsinstrument in den Händen der Unterdrückten werden kann. Bartók war Musiklehrer und eine Zeit lang Mitbewohner der Familie des Bankiers Lukács, dem Vater des Philosophen. Er war Freund und Verehrer von Balázs und komponierte zwei seiner berühmtesten Opern über *Sujets* von ihm, *Herzog Blaubarts Burg* und *Der holzgeschnitzte Prinz*. Bartók atmete den Geist der Rebellion und des Antikonformismus, lebte in der Atmosphäre des Forschens und Ausprobierens, des Bruchs mit den konservativen Regeln des Wissens, der Bildung der Arbeiterklasse, der Sozialuntersuchung auf dem Land. Das war die moralische

und kreative Welt der jugendlichen Intellektuellen, die sich in Budapest im »Galilei-Club« von Karl Polányi oder in der »Sonntagsgesellschaft« von Lukács und Balázs trafen.
Bartók ist keiner bestimmten politisch-ideologischen Richtung zuzuordnen. Er ist leidenschaftlich nationalistisch, wenn er gegen die Habsburger Herrschaft und die deutsche Kultur, wie sie als Herrschaftsinstrument gegen die Völker Mittelosteuropas eingesetzt wird, aufbegehrt. In einigen Briefen bringt er atheistische und materialistische Überzeugungen zum Ausdruck, eine Schülerin nennt ihn in einem Brief einen unbekümmerten *kedves anarkista* (lieben Anarchisten), mehr als einmal bringt er seine Sympathie mit dem Proletariat zum Ausdruck.

Aber in Wirklichkeit war Bartók wesentlich mehr als Sozialist oder Anarchist oder Irredentist oder laizistischer Liberaler. Sein Beitrag zur radikalen Veränderung der Musikkultur geht viel tiefer. Sein aktiver und kundiger Beitrag zu einer Gesellschaft, in der das Volk das zentrale Element gesellschaftlicher Organisation ist, ist weitaus wirkungsvoller als es irgendeine Etikettierung ausdrücken könnte.

Diesbezüglich ist seine Botschaft eindeutig und unumstößlich. Manche Kritiker und Biographen verfälschen seine sozialen und somit politischen Entscheidungen mit Begriffen wie »naturalistischer Humanismus« und ähnlichem. Sie zeichnen einen Bartók, der über den Parteien, den Konflikten, der Geschichte steht, versunken in die Trauer über die verletzte Natur, über eine verschwundene ländliche Kultur, einen konservativen und rechtschaffenen Bartók, der niemandem weh tun will. Dass Bartók keine »ideologische« Position einnahm, wird zum willkommenen Anlass, ihn als Künstler über oder außerhalb der menschlichen, d.h. sozialen und politischen Querelen darzustellen; und um zu leugnen, dass einer der bedeutendsten Musiker des 20. Jahrhunderts auch ein Libertärer war, ein Mensch, der immer und überall gegen die »herrschenden Mächte« gekämpft hat; die sterilen Formanalysen einer gewissen Musikwissenschaft zerlegen seine Kompositionstechniken, ohne auf den Menschen zu schauen, der sie geschaffen hat.

2. Absatz
[Die Kunst der Volksmusik]

Bartók wird als einer der größten Erforscher der Volksmusik des 20. Jahrhunderts betrachtet. Aber er war weder der erste, der sich mit Musikethnologie beschäftigt hat, noch der erste, der in den entlegensten Dörfern Haus für Haus geduldig Volkslieder zusammen getragen hat. Im späten Frühjahr 1904 begann Bartók, die Lieder eines slowakischen Mädchens vom Land zu notieren, die in dem Haus Dienstmädchen war, in dem er seine Ferien verbrachte. Aber Bartók war nicht nur Forscher. Er war zuallererst ein instinktiv kosmopolitischer Geist, dem es beim Notieren, Klassifizieren und Analysieren der Lieder verschiedenen ethnischen Ursprungs (von den Ungarn aus Rumänien bis zu den Rumänen von Maramures [Region im Norden Rumäniens, die teilweise zur Ukraine gehört], von den Bulgaren bis zu den Serbokroaten, von den Nomaden Kleinasiens bis zu den Stämmen aus der algerischen Sahara) um mehr ging als um das Nachzeichnen und Markieren ethnischer Trennungslinien. Er verfolgte vielleicht mit noch größerem Interesse den Austausch und die Vermischungen und interpretierte die musikalischen Ethnien als eine Welt, die sich gegenseitig nährt und bereichert, niemals als segmentiert und sich gegenseitig abstoßend. Seine musikethnologische Philologie ist eine Lehrstunde im Zusammenleben. Seine *Schriften zur Volksmusik* sollten wir alle im Bücherschrank haben. Auf ihre Art sind es politische Bildungstexte über das Problem der Beziehungen zwischen den Ethnien sowie über die Geschichte des Balkans und Mittelosteuropas, die ebenso modern und aktuell sind wie – in anderer Hinsicht – *Die Seele und die Formen* (1911) von Lukács.

3. Absatz
[Wo liegen die Wurzeln der kulturellen Erneuerung?]

Leoš Janácek hatte bereits anhand der Metrik der tschechischen Sprache die originäre Herkunft der brüsken Rhythmuswechsel herausgearbeitet, die die Grundlage der ländlichen und Volksmusik bilden.

Bartók 1907 beim Anhören von Volksmusik in einem ungarischen Dorf

Bartók schöpft aus der Volksmusik den Reichtum und die Komplexität, die im unerschöpflichen Reservoir an rhythmischen Formen versteckt ist, und verschmilzt diese mit dem innovativen Material seiner eigenen Kompositionen. Serge Moreux, einer der ersten Erforscher und Biographen Bartóks, paraphrasiert den Titel einer berühmten Abhandlung Schönbergs und spricht von den »strukturellen Funktionen des Rhythmus«. Und in der Tat ist der Rhythmus, bzw. sind die Rhythmen bei Bartók das, was bei Bach die Stimmführung ist: das tragende Element, gleichzeitig aber die Anerkennung einer Tradition, eines Ursprungs, eines »früher«, das ebenso ein musikalisches wie ein moralisches und gesellschaftliches Wertesystem darstellt. Die Bartóksche Rhythmik war eine der großen Innovationen in der zeitgenössischen Musik. Dieser Sprung nach vorne war nur möglich, weil Bartók nicht mitleidsvoll auf ein vermeintlich »niederes Niveau« der Volksmusik herabschaute, er ging weder mit der Arroganz der herrschenden Kaste noch mit der widerlichen Sehnsucht nach einer »verlorenen Unschuld« vor. Sondern er beobachtete und studierte die Welt der ländlichen Bevölkerung mit dem Respekt und der Aufmerksamkeit, die diesen komplexen Phänomenen, tiefgründigen Kulturen und überliefertem Wissen gebühren, so als sei es eine »Hoch«musik. Das erinnert in der Herangehensweise an diejenige Gramscis an die Kultur der Arbeiterklasse. Deshalb erscheint es mir angebracht, Bartók als einen Meister des demokratischen Denkens zu bezeichnen.

In seinem Kielwasser (und in demjenigen Gramscis) bewegten sich in den 60er Jahren in Italien die Forscher um Gianni Bosio. Sie machten sich auf die Suche nach Volks- und Kampfliedern, da sie der Überzeugung waren, dass das politische Wissen des Proletariats ein zu entdeckendes Universum und eine zu lernende Lektion darstellt. Daraus entstanden *Il Nuovo Canzoniere Italiano* und die Reihe *I Dischi del Sole*.

Durch das Studium der ländlichen Musik entdeckte Bartók die Dynamiken der Erneuerung. An dieser Stelle wäre es interessant, einen Vergleich mit Schönberg anzustellen, in dessen Betrachtungsweise die Volksmusik überhaupt keine Rolle spielte, als Phänomen mit kultureller Bedeutung gar nicht existierte. Einige abfällige Anmerkungen in *Stil und Gedanke*, einer Sammlung seiner Texte über die Welt der Musik, machen nicht unbedingt Lust darauf, mehr darüber zu erfahren. Stattdessen müsste man sich mit Theodor Adorno und seiner Philosophie der neuen Musik auseinandersetzen, die eine Art kulturelle Diktatur über die zeitgenössische »linke« Musikwissenschaft ausübt. Adorno führte eine totalitäre und totalisierende Schablone ein: wer der Zwölftonmusik folgt, ist »progressiv«, wer nicht »konservativ« und »restaurativ«. Ein vereinfachendes Schwarz-Weiß-Denken, das bei den Intellektuellen der stalinistischen Epoche viel Zustimmung fand. Adorno, der nichtsdestotrotz ein großer Kenner und selbst Komponist war, hat Bartók einige Seiten in seinem bedeutenden Werk *Dissonanzen. Musik in der verwalteten Welt* (Göttingen 1956) gewidmet, und seine Beurteilungen – wonach Bartók auf halber Strecke zwischen Fortschritt und Restauration steckengeblieben sei – wurden teilweise von Lukács in seiner *Ästhetik* übernommen. Somit hatte die Linke Mühe, die revolutionäre Wende zu verstehen, die Bartóks Musik einleitete, denn diese liegt in den rhythmischen Strukturen und nicht in der Atonalität des Materials.

4. Absatz
[Die Liebe zur Räterevolution und zur Jugend]

Bartók beteiligte sich an der Räterevolution, angeführt von den Kommunisten und insbesondere von Béla Kun, einem Journalisten, der in Russland in Kriegsgefangenschaft war und dort an der Revolution 1917 hatte teilnehmen können. Lukács wurde Stellvertretender Volkskommissar für Öffentliche Bildung, Béla Balázs hatte den Auftrag, das Theaterwesen umzuorganisieren, Bartók, Kodály und der Komponist und Pianist Dohnányi (den Lukács in *Gelebtes Denken. Eine Autobiographie im Dialog* erwähnt) bildeten das Direktorium zur Umorganisierung der Musikdidaktik und ihrer Institutionen. Der große Rätetraum währte jedoch nur kurze Zeit, 133 Tage, dann wurde er von der von den Westmächten unterstützten und bewaffneten Militärreaktion niedergemacht. So wurde einer faschistischen Diktatur der Weg geebnet, die sich mit Mussolini und Hitler verbündete und ein Vierteljahrhundert andauerte.

Beteiligte sich Bartók an der Räterevolution, weil er für den Kommunismus Sympathien hegte? Kein Dokument belegt dies. Glaubhafter ist die Hypothese, dass er mitmachte, weil die Rätebewegung die bedeutendsten Vertreter der ungarischen Intelligenz anzog und weil diese revolutionäre Bewegung (so lassen sich jedenfalls ihre programmatischen Schriften verstehen) in erster Linie eine Bewegung zur Reform der Bildung und der Formen und Institutionen der Wissensvermittlung sein wollte. Sektiererisch und dogmatisch bei ihren Vorhaben wirtschaftlicher und institutioneller Reformen, setzten die Anstifter der ungarischen Räterevolution (Radikaldemokraten, Kommunisten, linke Sozialdemokraten, Anarchisten, Rätekommunisten) ihre besten utopischen Energien in den Entwurf einer anderen Schule und richteten größte

1962 gründete Giovanna Marini in Mailand mit Fausto Amodei, Gualtiero Bertelli (zwei Lieder von ihm sind im Film *Porto Marghera – Gli Ultimi Fuochi* zu hören), Gianni Bosio, Caterina Bueno, Giovanna Daffini, Ivan Della Mea, Roberto Leydi, Paolo Pietrangeli, Alessandro Portelli und den Bands Duo di Piadena und Pastori di Orgosolo das Ensemble *Nuovo Canzioniere Italiano* dessen Ziel es war, das traditionelle italienische Arbeiterlied neu zu entdecken und zu verbreiten.
I Dischi del Sole waren eine Reihe von Platten mit politischen Liedern und Volksliedern, die u.a. Gianni Bosio nach '62 rausbrachte.

Aufmerksamkeit auf die Jugendlichen und Kinder. Auf diesem Gebiet profitierten sie von der bereits geleisteten Reflexionsarbeit und von den Kämpfen der radikalen Bewegung der LehrerInnen, die eine beachtliche Verbreitung erfahren hatten. Auch dies ist eine bedeutende Lektion in Demokratie.

Wir stellen uns Revolutionäre gewöhnlich als zynische und skrupellose Strategen vor. Die Bewegung, die dem kurzen Rätetraum in Ungarn Leben einhauchte, bestand nicht aus Menschen solchen Schlags, sondern war reich an Personen, die klar die neuen Grenzen der Demokratie erkannt hatten und die neuen Generationen von der geistigen Unterwerfung befreien wollten. Sie haben verloren, aber aufgrund des Kräfteungleichgewichts konnten sie dem Zusammenstoß mit allen Mächten des Westens und des Balkans nicht standhalten. Viele Mitstreiter Bartóks wurden ins Exil gezwungen, Kodály erlangte nur mit Mühe seine Anstellung als Lehrer zurück, die er infolge der Säuberungen nach der Machtergreifung Horthys verloren hatte. Bartók war weniger exponiert als die anderen und solchen Repressalien nicht ausgesetzt, er konnte bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs weiterhin als »Exilant im eigenen Land« in Ungarn leben. Beharrlich setzte er seine Bemühungen zur Erneuerung des Musikunterrichts fort, auch wenn er nicht die Möglichkeit hatte, sie konkret umzusetzen.

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte er wundervolle Werke für Kinder komponiert: die Klavierstücke *14 Bagatellen* (1908) und *Für Kinder* (1908-09); in den Dreißiger Jahren brachte er *Mikrokosmos*, eine in sich geschlossene Klavierschule, zum Abschluss, das aus 153 kurzen Klavierstücken mit zunehmendem Schwierigkeitsgrad in sechs Bänden besteht. Nur ein Mensch, der zu unermesslicher Liebe und Respekt gegenüber Jugendlichen und Kindern fähig ist, kann so etwas entwerfen.

Anfang der achtziger Jahre fand in Ravenna der bislang letzte große Kongress über Bartók in Italien statt, zur Musikdidaktik. In den Kongressunterlagen ragt unter vielen guten Ideen eine besonders ergreifende heraus: das Projekt der Lehrerin Klara Kokás, die auf Anregung Kodálys in Ungarn eine Schule für Waisenkinder eröffnet hatte. Sie wandte dort die neuen Lehrmethoden erfolgreich an, was sie vorher einige Jahre lang in den schwarzen *communities* von Boston und Georgia auch schon getan hatte. Die ehemals sozialistischen Länder Osteuropas und insbesondere Ungarn waren Vorreiter der Bewegung für eine neue Musikdidaktik. Ihr Repertoire an Musik für Kinder und AnfängerInnen gehört zu den reichhaltigsten auf der Welt. Ohne die Revolution der Räte, ohne Bartók und Kodály wären diese Horizonte nie erschlossen worden. Das ist Demokratie, *nicht als Regierungssystem, sondern als ideale Lebensform*, um das eingangs erwähnte Motto von Polányi wieder aufzugreifen.

5. Absatz
[Musiksoziologie]

Als Bartók 1940 in die USA auswanderte, ließ er ein Europa hinter sich, das die moralischen und kulturellen Werte zerstörte, an die er geglaubt hatte. Er selber hatte in den Jahren zuvor viel Beifall als Pianist und herausragender Folklorist erhalten. Der Beifall für den Aufführenden, oft zusammen mit seiner Frau Ditta Pásztory, sollte anscheinend die Nichtanerkennung von Bartóks Größe als Komponist kompensieren. Das war weniger ein Problem des Stils, des Geschmacks, sondern eines der Klassen. Bereits in seinen Abhandlungen zur Musiksoziologie (1904-1912) untersuchte Max Weber die Verhältnisse zwischen den sozialen Klassen und der Art und Weise, Musik zu machen und zu hören. Mit diesen Vorgaben interpretierte er die Geschichte der Tasteninstrumente (das Klavier als Symbol bürgerlicher »Domestizierung«). Die deutschen Musikwissenschaftler der Zwanziger und Dreißiger Jahre hatten anhand der Untersuchungen der sozialen Gruppen von Theodor Geiger (der als erster die Selbständigen als »Proletaroide« bezeichnete) »Romane« über die Hörgewohnheiten der verschiedenen sozialen Klassen geschrieben. Bartók schöpfte aus den Schätzen einer Volksmusik, die dem konservativen und spießigen Bürgertum auf seinen Konzerten absolut fremd war.

6. Absatz
[Die Erforschung des Geräuschs]

Ein so innovativer Musiker, eine musikalische Sprache, die so sehr auf den rhythmischen Strukturen basiert, eine Klaviertechnik, die sich vom Anschlag her so deutlich von der Klangsuche des Post-Romantizismus unterscheidet... konnten nicht ohne großen Einfluss auf die Welt des Jazz bleiben. Auch heute gibt es noch klassische Pianisten, die die

Bartók mit Jospeh Szigeti und Benny Goodman im April 1940

Musik Bartóks nur oberflächlich kennen, aber es scheint mir schwer vorstellbar, dass ein Jazzpianist nicht von Bartók zehrt.

Bartók hebt vor allem den perkussiven Charakter des Instruments hervor. Die Klaviertechnik hat sich im 20. Jahrhundert deutlich gewandelt. Während Taylor und Gilbreth die motorischen Abläufe in der Industriearbeit studieren, entwickelt Feruccio Busoni interessanterweise die Technik des »freien Falls« oder des langen Oberarm»gewichts«, um damit einen volleren Klang und mehr Beweglichkeit des Handgelenks zu erzielen. Wenn der Pianist Bartók seiner Ausbildung nach Lisztscher Herkunft ist (sein Lehrer István Thomán an der Musikakademie Budapest war Schüler des großen Liszt), so brachte ihn die Entwicklung seiner Kompositionstechniken dazu, neuartige Spielweisen für sein bevorzugtes Instrument zu entwickeln. Die Betonung des perkussiven Ausdrucks des Klaviers gegenüber dem melodisch-klanglichen geht einher mit der Entdeckung der strukturierenden Funktionen des Rhythmus. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildet das Meisterwerk von 1937, *Sonate für zwei Klaviere und Schlagzeug*.

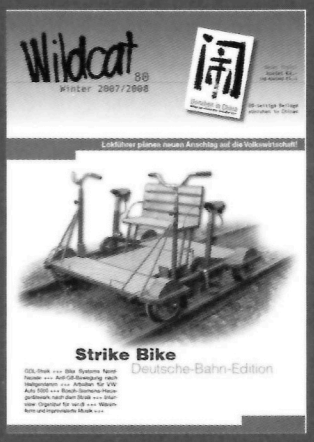
In den USA fand Bartók Gehör und Interesse bei den Jazzmusikern. Benny Goodman gab bei ihm ein Stück in Auftrag (*Contrasts für Violine, Klarinette und Klavier*). Ab diesem Zeitpunkt wurde er zum unvermeidlichen Bezugspunkt für Jazzmusiker (siehe z.B. die Betrachtungen von Keith Jarrett in einem in Italien erschienenen Interviewband). Trotz alledem zeigte er kein besonderes Interesse, weder für den *Sound* noch für die Techniken des Jazz. Wenn wir seine Konzertaufnahmen anhören, scheint er als Pianist der mitteleuropäischen Tradition verhaftet, sein Klavierspiel ist trocken aber nicht gefühllos. In diesem Stil werden seine Stücke auch aufgeführt. Wenn er dem Jazz viel geben konnte, ohne ihn selbst zu praktizieren und aufzunehmen, bedeutet das, dass Bartók wie alle ganz Großen über sich selbst und seine geschichtlich bedingten Grenzen hinauswuchs. Auch wenn seine Musik weiterhin an den Spielorten »klassischer Musik« aufgeführt wird, so ist sein Geist sozusagen überall dort unterwegs, wo guter Jazz gespielt wird. Auch das scheint mir ein Zeichen seiner demokratischen Berufung zu sein, seiner angeborenen Tendenz, Musik für Nutzer neuer Art zu machen, für ein anderes Publikum.

So ist Bartók Teil des historischen Prozesses seiner Zeit, Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts, als sich mit der Entstehung und der Entwicklung der Arbeiterbewegung die Grenzen der Demokratie, der zivilen Teilhabe und der Kultur immer mehr ausweiten. Es entsteht ein neues Publikum, die Rezeption wird reichhaltiger, neue Aufführende betreten die Bühne. Man denke nur an die Arbeiterchöre, die spezifische Form des Musikmachens des Massenarbeiters, die in den Industriemetropolen aufblühen (Turin, Leipzig, Budapest). Die Arbeiterklasse, stolz auf ihr Vereinswesen, stark in ihrem kollektiven Handeln, entdeckt die Chorsinfonie, während die Komponisten vom Geräusch, vom Ökosystem der Industriearbeit und der Metropolen fasziniert sind. Das Geräusch ist grundsätzlich ein menschliches Produkt, Resultat einer sozio-ökonomischen Organisation, einer historisch bestimmten Produktionsweise. Bartók erforscht das Geräusch, ohne auf die Stilelemente der »programmatischen« Musik zurückzugreifen: das Geräusch des Stabs, der auf den Boden klopft, um den Rhythmus eines rumänischen Tanzes vorzugeben, das Geräusch des nächtlichen Zaubers und das Geräusch, das die Wahrnehmungsfähigkeit beeinträchtigt und Angst auslöst, ein Gefühl von Abspaltung und Verlust des Gleichgewichts auslöst. Bartók erforscht die archaischen Geräusche ebenso wie die Geräusche der Moderne. Das Rätsel und das Drama des Geräuschs. Wir sollten uns nicht auf die langsamen *tempi*, sondern auf die obsessiven, hämmernden Rhythmen konzentrieren, auf die »brutale Gewalt« (Boulez) bestimmter »mechanischer« Passagen, auf die *tempi*, deren Pulsschlag auf nichts Menschliches mehr anzuspielen, sondern zum Universum der industriellen Maschinerie zu gehören scheint. Wenn Bartók uns eine Botschaft der Demokratie übergibt, so ist das eine moderne Demokratie, voller Konflikte und Zerrüttungen, eine Demokratie, die mutig erobert werden muss.

In den letzten Kriegsjahren verstärkte sich seine Leukämie. Von den Unsicherheiten und Mühen des Exils aufgerieben, litt seine Frau unter Geistes- und Nervenkrisen. Er sah noch die ersten Tage des Friedens, aber auch den Horror der ersten Atombomben. Im Sommer 1945 verschlimmerte sich die Krankheit und am 26. September 1945 starb er im *West Side Hospital* in New York. Seit 1988 ruhen seine sterblichen Überreste auf dem Friedhof in Budapest. ■

Wildcat

Back Issues.



Wildcat 80 (Winter 2007/2008)

Endlich volkswirtschaftlicher Schaden!
zum Bahnstreik

Erfahrungen aus der Produktion des Strike-Bike

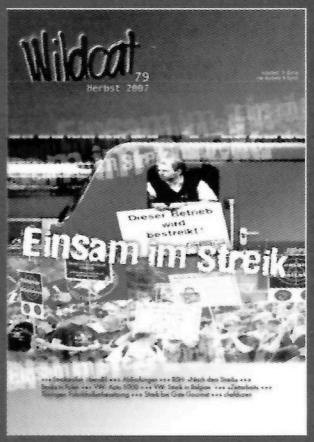
Mobilisierung bei Auto5000 in Wolfsburg

»Ich habe auf euch gewartet...«
Nachverhandlungen bei BSH

»New Labour« – »New Gewerkschaft«
Kritik am Organizing

Am Lagerfeuer in Reddelich
Thesen, Interviews, Fragen zu Heiligendamm

80seitige Beilage: Unruhen in China



Wildcat 79 (Herbst 2007)

Zehn Monate später: nach dem **Bosch-Siemens-Streik**

Abfindung: Kohle nehmen und gehen?

Bike Systems Nordhausen: Eindrücke aus einer besetzten Fabrikhalle

Interviews zu Leiharbeit

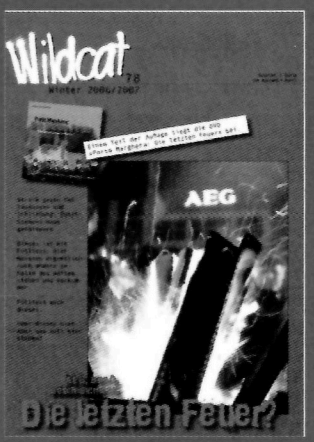
VW Wolfsburg: Gespräch über Auto 5000

Streik bei VW Forest/Belgien

Den Druck weitergeben Arbeiten fürs Job-Center

Sechs Monate Streik bei **Gate Gourmet** (Buchbesprechung)

Besetzte Betriebe in Argentinien



Wildcat 78 (Winter 2006/2007)

Arbeiterautonomie im Veneto: DVD und Interview

Streik bei Bosch-Siemens in Berlin

Belgien: Streik bei VW

Dorfkollektive im Osten

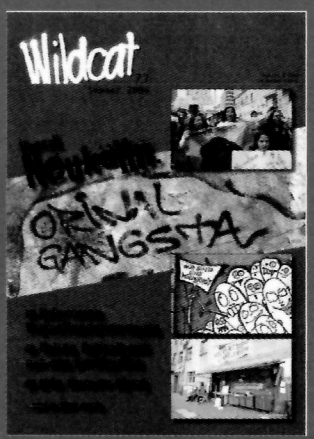
Der Markt mischt sich überall ein –
Neue Prekarität, Ausbeutung und Raub des Wissens

Gewerkschaften auf neuen Wegen

Workers Center weltweit?

Migrantische Arbeit

Automobilindustrie: Slowakei – das neue Detroit?



Wildcat 77 (Sommer 2006)

Streiks im öffentlichen Dienst

Kämpferischer Frühling in Frankreich

Nach den Riots in Frankreich: **Stolzer Abschaum**

»Barmer Block« in Köln besetzt

Fankurven und Vorstädte: Zur Dominanz der Rechten in den Fußballstadien Italiens

Unterwegs in China: aus der Göttin Demokratie wird die Göttin Ware

Sí se puede MigrantInnenbewegung in Kalifornien

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

In der aktuelle Ausgabe 2-3/08) u.a.:

- »Keine Kompensationsgeschäfte«, Interview mit Th. Böhm und W. Günther zur Tarifrunde des Öffentlichen Dienste
- Peter Nowak: »Welche Interventionen?«, Veranstaltung zu Perspektiven betrieblicher Kämpfe und ihrer Unterstützung
- Bispinck/Schulten: »... sich in Beschäftigung hineinpreisen« ... ist eine spezifisch deutsche und nicht haltbare Illusion
- Hans-Jürgen Krahl Institut: »Abstrakter oder ›Praktischer Sozialismus‹?«, Debattenbeitrag zur Organisationsfrage
- »Fass ohne Boden«, Mindestlohnstreit eskaliert, NGG fordert restriktiven Arbeitnehmerzuzug
- »Daimler folgt Nokia«, wozu dient das neue Werk in Rumänien? – fragen KollegInnen

○ Ich möchte ein kostenl. Probeexemplar

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.labournet.de/express

Probeheft gratis! da-abo@fau.org

DA DIREKTE AKTION

Die ganze Lage schwarz auf rot

[Zeitung gegen üble Verhältnisse]

www.direkteaktion.org

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

wildcat

Abo:
6 Ausgaben (incl. Versand)
Deutschland und Österreich € 18,–
sonstiges Ausland € 30,–
Förderabo € 30,–

Einzelheft:
Deutschland und Österreich € 4,–
sonstiges Ausland € 5,–
(zzgl. Versand)

WeiterverkäuferInnen:
8 Exemplare des aktuellen Heftes
Deutschland und Österreich € 16,–
sonstiges Ausland € 20,–
(incl. Versand)

Bestellung per

Brief: Wildcat
Postfach 80 10 43
1510 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder per Aboformular auf unserer Webseite.

Kontakt: redaktion@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles
www.wildcat-www.de

Wildcat

Diesem Heft liegt ein 80-seitiges Special
über die Bewegung vom Mai'68 in Frankreich bei.

Auszug aus dem Inhalt der Beilage:

- der Mai / Juni der ArbeiterInnen
- Erfahrungsberichte
  - Aktionskomitee Montreuil
  - Alsthom Saint-Ouen
- der stalinistische Poker
- die Arbeiterautonomie
- die Selbstverwaltung. Mythos und Wirklichkeit
- die zentralen Streikkomitees
- die Aktionskomitees
- die Frage der Gewalt
- was bleibt vom Mai / Juni 1968?
- von 1968 bis 1971